

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016

GRÜN GEHT'S WEITER

Programm für ein
lebenswertes Rheinland-Pfalz



Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016

GRÜN GEHT'S WEITER

Programm für ein
lebenswertes Rheinland-Pfalz



Inhalt

Präambel	7
1. Nur GRÜN geht's weiter mit der Energiewende und nachhaltiger Entwicklung ...	11
Energiewende und Naturschutz	13
Umweltpolitik	17
Agrarpolitik	24
Tierschutz	29
Gutes Essen – für alle	30
Wirtschaft	31
Verkehrspolitik	37
2. GRÜN geht's weiter zur solidarischen und weltoffenen Gesellschaft	43
Integrations- und Flüchtlingspolitik	43
Familienpolitik	51
Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe	55
Frauen- und Gleichstellungspolitik	56
Wir lieben Vielfalt – Antidiskriminierung und Queerpolitik	60
Arbeit und soziale Teilhabe	62
Inklusion – Politik von und für Menschen mit Behinderungen	65
Gesundheit	67
Wohnen	70
Kultur	70
Sport	73
Ehrenamt	74
3. GRÜN geht's weiter mit Bildung als Schlüssel zur Teilhabe für alle	75
Eine Schule für alle	76
Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	79
Berufliche Bildung	83
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	84
4. GRÜN stärkt weiter Demokratie, Teilhabe und Bürgerrechte	85
Demokratie und Beteiligung	85
Transparenzgesetz: Mit einem Klick zur transparenten Verwaltung	87
Rechtsstaat und innere Sicherheit	89
Kampf gegen Rechts	93
Verbraucherschutz	94
Drogen- und Suchtpolitik	96
Medien- und Netzpolitik	97
5. GRÜN geht's weiter für starke Regionen mit soliden Haushalten	99
Haushalt und Finanzen – solide und nachhaltig	99
Starke Kommunen	102
6. GRÜN denkt weiter – grenzüberschreitend, global und europäisch	105
Europa	105
Die eine Welt	107
Friedenspolitik	108
Konversion	109

Programm zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle
Frauenlobstraße 59-61
55118 Mainz

Fon (06131) 89 243 -0
Fax (06131) 89 243 -30

Mail: lgs@gruene-rlp.de
Web: gruene-rlp.de

V.i.S.d.P.: Silke Dietz

Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Auf nach GRÜNland-Pfalz“ – das war der Titel unseres Wahlprogramms zur Landtagswahl 2011 und der Kompass für unsere Regierungsbeteiligung. Fünf Jahre später können wir GRÜNEN selbstbewusst sagen: Wir sind auf diesem Weg weit vorangekommen. Es hat unserem Land gutgetan, dass GRÜNE mitregieren. Rheinland-Pfalz ist nachhaltiger, bunter, vielfältiger und toleranter geworden. Bei den erneuerbaren Energien haben wir inzwischen einen Spitzenplatz in Deutschland. Der Klimaschutz steht endlich im Gesetz. Mit dem Nationalpark Hunsrück-Hochwald können wir nicht nur stolz auf unsere schöne Natur sein, sondern haben auch gezeigt, dass Naturschutz der Region eine wirtschaftliche Perspektive bietet. Mit kostenloser Kinderbetreuung und Bildung bringen wir Gerechtigkeit und Inklusion voran. Und wir haben beim Zuzug von Flüchtlingen – eine der größten Herausforderungen Deutschlands nach der Wiedervereinigung – mit klarem Kopf und offenen Armen und Herzen gehandelt, und gemeinsam mit vielen Menschen im Land gezeigt, dass Menschlichkeit und pragmatisches Handeln Hand in Hand gehen. Wir haben die Politik aus den Hinterzimmern geholt und mehr Beteiligung und Transparenz nach Rheinland-Pfalz gebracht. Kurz: Der sozial-ökologische Wandel hat begonnen.

Aber nun muss es weitergehen. Wir wollen weiter gehen. Aus vielen Gründen. Wir haben wichtige Weichen gestellt, jetzt müssen die Züge aber auch in die neue Richtung fahren. Andere wollen die Uhren wieder zurückstellen. Wir halten fest am Leitbild einer offenen, toleranten und solidarischen Gesellschaft. Wir wollen verhindern, dass Menschenwürde, Bürgerrechte oder soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben, wenn neue Herausforderungen neue politische Antworten erfordern – oder Grundwerte unserer Gesellschaft durch Terror oder Extremismus auf den Prüfstand gestellt werden. Vor allem aber haben wir noch viele Ideen, wie wir unser Land lebenswerter, nachhaltiger, ökologischer und erfolgreicher machen können. Welche das sind? Das zeigen wir in diesem Programm zur Landtagswahl. Wir wollen Sie überzeugen, dass es sich lohnt, unser Land auch weiterhin den GRÜNEN anzuvertrauen.

Liebe Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer,

Sie haben die Wahl! Am 13. März 2016 entscheiden Sie mit Ihrer Zweitstimme darüber, wie es weitergeht in Rheinland-Pfalz. Sie entscheiden, welche Parteien in den Landtag kommen. Sie entscheiden, wie sich die Regierung zusammensetzt und Sie entscheiden, wer Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft übernimmt.

Unsere gemeinsame Zukunft: ein lebenswertes Rheinland-Pfalz

Unsere gemeinsame Zukunft! Wir wollen den Atomausstieg unumkehrbar machen und die Chancen von Energiewende und GRÜNER Wirtschaft für Rheinland-Pfalz nutzen. Dann kann es uns gelingen, die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Dass der vor den Landesgrenzen nicht haltmacht, sagt uns die Wissenschaft – und jede und jeder von uns merkt es selbst. Stürme und extreme Wetterereignisse nehmen zu – nicht

nur in Rheinhessen oder in der Pfalz. Unser Ziel ist es, die Temperaturerhöhung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Deshalb wollen wir Schluss machen mit Energie aus dreckiger Kohle und mehr Investitionen in Sonne, Wind und Biomasse anschieben.

Unsere gemeinsame Zukunft! Wir sorgen für Kinder genauso wie für ein gutes Leben im Alter. So gestalten wir eine Gesellschaft, in der Behinderte und Nicht-Behinderte gemeinsam länger lernen und leben und in der die Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir kämpfen für die Teilhabe aller an Arbeit, Kultur und dem gesellschaftlichen Leben. Die Pflege von Angehörigen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gleiche Chancen für alle – das sind die großen sozialen Aufgaben, denen wir uns verpflichtet fühlen. Nicht nur in unseren Städten, sondern auch auf dem Land. Das ist GRÜNE Politik, bürgernah und am Morgen orientiert.

Unsere gemeinsame Zukunft! In der lebenswerten Welt von morgen möchten wir gutes Essen für alle – ohne Gentechnik und Pestizide. Mit unserer Agrarwende sagen wir einer Landwirtschaft den Kampf an, die ohne Reserve-Antibiotika schon längst am Ende wäre. Wir sehen im Öko-Landbau und in einer regionalen, naturnahen bäuerlichen Landwirtschaft eine große Chance für unsere ländlichen Regionen. Durch die Stärkung der regionalen Wirtschaft gewinnen Bäuerinnen und Bauern, Winzerinnen und Winzer. Und die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen wissen, was sie essen und sich darauf verlassen können, dass auch drin ist, was draufsteht.

Unsere gemeinsame Zukunft! Wir wollen unsere Wirtschaft auf ein neues Fundament stellen. Auch wenn Deutschland gut durch die Weltwirtschaftskrise gekommen zu sein scheint und sogar ökonomisch profitiert hat, dürfen wir uns nichts vormachen: Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat zugenommen – in unseren europäischen Nachbarländern, aber auch hier im Land. Doch wir können und wollen Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaften verbinden – mit einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft, die unter anderem darauf setzt, Rohstoffe sparsamer einzusetzen und klüger zu verwerten. Das stellt für Unternehmen eine Herausforderung dar, ist aber auch eine große Chance. GRÜNES Wirtschaften bedeutet auch: zukunftsfähige und gute Arbeitsplätze, mehr Gerechtigkeit und die Unterstützung von Initiativen, die auf ein solidarisches Wirtschaften setzen. Deshalb wollen wir nicht, dass die Lobby- und Klientelinteressen von gestern der Politik diktieren, was zu tun ist, sondern wollen dem Neuen und dem Umweltschutz eine Stimme geben.

Das umfassende Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TiSa sowie das Handelsabkommen CETA lehnen wir ebenso ab wie TTIP auf Basis des derzeitigen Verhandlungsmandates in der jetzigen Ausgestaltung.

Unsere gemeinsame Zukunft! Wir wollen Menschen, die neu zu uns kommen, gut integrieren. Die Welt ist voller Unfriede und wirtschaftlicher Not, die auch durch die Auswirkungen des Klimawandels, ungerechten Welthandel und den Kampf um Ressourcen entstehen. Unzählige Menschen machen sich auf den Weg nach Europa und nach Deutschland. Das ist die bittere Folge dessen, dass die Bundesregierung jahrelang die Bekämpfung von Fluchtursachen so sträflich vernachlässigt hat. Entwicklungszusam-

menarbeit wurde nur halbherzig und mit den falschen Prioritäten betrieben. Waffenexporte, die unter der großen Koalition sogar neue Rekordstände erreicht haben, tragen aktiv dazu bei, Konflikte anzuheizen.

Wenn Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, wollen wir sie willkommen heißen und wollen Integration gestalten – in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in Europa. Wir sagen ganz klar: Diese Menschen sind eine Chance für unsere Gesellschaft. Und wir sagen auch, dass sie gerade für unser Land im demografischen Wandel und unsere Wirtschaft, die händeringend Fachkräfte sucht, gebraucht werden. Integrationspolitik ist längst zur Schlüsselpolitik für ein zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz geworden. Das ist nicht einfach und stellt Anforderungen an alle: an die, die hier sind und an die, die zu uns kommen und bei uns bleiben. Wir gehen diese Herausforderung mit unserer aktiven und inklusiven Integrationspolitik an. Wir können und wir wollen das schaffen und sind überzeugt: Am Ende wird es unsere Gesellschaft bereichern. Mit billigen Ressentiments und einfachen Parolen bringt man das Land nicht weiter. Wer wie die AfD politischen Profit aus dem Elend von Flüchtlingen und der Angst der Menschen schlagen will, kann diese Zukunftsaufgabe nicht gestalten. Denn Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber.

Da halten wir gegen und setzen klare Kante – gegen Neo-Nazis und gegen jene, die wissentlich oder unwissentlich zu deren Stichwortgebern werden. Für uns GRÜNE ist ganz klar: Alle politisch Verfolgten haben das Recht auf Asyl. Das ist für uns eine historische Verpflichtung aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus.

GRÜN macht den Unterschied

Liebe Wählerinnen und Wähler,

bei all diesen Zukunftsfragen erwarten Sie zu Recht Antworten der Parteien und nicht nur Schlagworte. Dass GRÜNE diesen Fragen nicht ausweichen, sondern sie im Gegenteil im Mittelpunkt GRÜNER Politik stehen, konnten Sie in den vergangenen fünf Jahren erfahren. Energie- und Klimapolitik, Wirtschaftspolitik, Umwelt und Agrarpolitik, Integrationspolitik, Frauen- und Familienpolitik – das sind die Bereiche, in denen GRÜNE in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode ganz unmittelbar Verantwortung getragen haben.

Auch ans Morgen denken – das war schon immer das Markenzeichen GRÜNER Politik. Deshalb wurde unsere Partei gegründet.

Die SPD hatte Rheinland-Pfalz viele Jahre nur verwaltet. Statt mit frischen Ideen zu gestalten, hat sie viel Geld in die Hand genommen, ins Gestern investiert und auf Großprojekte gesetzt, die im wahrsten Sinne des Wortes auf Sand gebaut waren: Der Nürburgring ist zum Symbol für diese Politik geworden. An den Folgen tragen wir alle noch heute. Aber wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass kein Steuergeld mehr in diese Projekte hineingepumpt wird. Die SPD war müde und behäbig geworden. Die GRÜNE Regierungsbeteiligung hat frischen Wind in die Landesregierung gebracht.

Die CDU beschränkt sich bis heute auf reine Fundamentalopposition, statt konstruktiv um die bessere Richtung für unser Land zu streiten. Konkrete Ideen, wie es weitergehen soll in Rheinland-Pfalz und wohin? Fehlanzeige. Show ersetzt Substanz und Inszenierung geht über Inhalte. Wenn die Konzepte fehlen wird mit Klischees gearbeitet und gezündelt. Julia Klöckner schreckt nicht davor zurück, populistisch Ressentiments zu bedienen. Das spaltet die Gesellschaft, statt Brücken zu bauen. Es ist das Gegenteil dessen, was eine Ministerpräsidentin leisten müsste. Verantwortung für das Land zu übernehmen, das sieht anders aus.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die GRÜNEN sind die verlässliche politische Kraft in Rheinland-Pfalz. Die Kraft, die frischen Wind ins Parlament und in die Regierung bringt. Wir haben mit der SPD gut regiert. Wir haben aber auch, wo es nötig war, die Politik der SPD-Alleinregierung korrigiert – hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Transparenz und Beteiligung. Die GRÜNEN sind zum Antrieb des sozial-ökologischen Wandels in Rheinland-Pfalz geworden. Und das wollen wir auch weiterhin sein.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

sind Sie schon überzeugt? Dann brauchen Sie nicht unbedingt weiterlesen. Aber wir laden Sie herzlich dazu ein! Denn auf den folgenden Seiten erklären wir ausführlich, wie es aus unserer Sicht weitergehen sollte in Rheinland-Pfalz. Unser Programm für die Landtagswahl und unsere Ideen fürs Land geben Ihnen Antworten auf Ihre konkreten Fragen und auf das, was Sie besonders bewegt.

Wir sind neugierig darauf, wie es Ihrer Meinung nach weitergehen soll. Wenn Sie Fragen haben oder mit uns über unsere Ideen reden wollen, sprechen Sie uns an. Diskutieren Sie mit uns, mischen Sie sich ein, gestalten Sie mit uns Rheinland-Pfalz.

Am 13. März 2016 entscheiden Sie mit Ihrer Zweitstimme, wie es weitergeht in Rheinland-Pfalz. Wir sind überzeugt: Rheinland-Pfalz braucht eine starke GRÜNE Landtagsfraktion und braucht die GRÜNEN als innovative, zukunftsorientierte Kraft an der Regierung. Wir GRÜNE sind der Garant dafür, dass Rheinland-Pfalz gut und transparent regiert und das Land nachhaltig gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird. So haben wir mit der SPD erfolgreich regiert – und so wollen wir diese Koalition mit Malu Dreyer fortsetzen. Für uns ist klar: Wer auf die Spaltung der Gesellschaft setzt, statt auf mehr Zusammenhalt, wer sich der Energiewende verweigert und Zukunft als Bedrohung und nicht als Gestaltungsanspruch versteht, der kann für uns keine Partnerin sein. Wählen Sie am 13. März 2016 GRÜN. Stärken Sie eine Politik für mehr Nachhaltigkeit, für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt, für mehr Demokratie und ein selbstbestimmtes Leben. Damit es GRÜN weitergeht in Rheinland-Pfalz.

1. Nur GRÜN geht's weiter mit der Energiewende und nachhaltiger Entwicklung

GRÜN geht's weiter – mit einer Politik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen, unsere Landschaften, Wälder sowie eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt bewahrt. Fünf Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima ist Rheinland-Pfalz bei der Energiewende ganz weit vorn. Damit machen wir den Atomausstieg unumkehrbar und leisten unseren Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung. Wir wollen auf diesem Weg weitergehen, weil Klimaschutz für die Menschen in Rheinland-Pfalz wie auch weltweit entscheidend für eine gute Zukunft ist.

Umweltschutz ist und bleibt die Überlebensfrage der Menschheit. Ohne einen sorgsamsten Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen werden wir weder unseren Wohlstand noch unsere Lebensqualität erhalten können. Wir müssen aufhören, über unsere natürlichen Verhältnisse zu leben.

Der Einsatz für gesunde, natur- und artgerecht produzierte Lebensmittel sowie für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft ist gut für die Entwicklung ländlicher Räume. Unsere GRÜNE Landwirtschaftspolitik begegnet einem zunehmend bewussten Konsum und trifft auch in den Städten auf eine wachsende Nachfrage nach gesunden, nachhaltig produzierten Lebensmitteln.

Wir GRÜNE gestalten den Wandel hin zu einer ökologischen, nachhaltigen und sozialen Wirtschafts- und Lebensweise. Damit sichern wir auch Arbeitsplätze und sinnvolle Wachstumschancen der Zukunft. Wir GRÜNE haben die Konzepte für eine Wirtschaftspolitik, die sich stärker an den realen Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, und für eine Verkehrspolitik, die das Klima schont, die verschiedenen Verkehrssysteme vereint und unnötigen Verkehr vermeidet.

Um uns unserer natürlichen Lebensgrundlage nicht zu berauben, sondern den weltweiten Klimawandel zu begrenzen, bauen wir auch in Zukunft auf die konsequente Umsetzung der Energiewende. Wir GRÜNE haben den Klimaschutz und die Energiewende bereits 2011 zu einem zentralen Schwerpunkt unserer ersten Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz gemacht, ganz nach dem Motto „global denken – lokal handeln“. Denn die Folgen des globalen Temperaturanstiegs sind katastrophal: Der Meeresspiegel steigt und extreme Wetterphänomene wie Dürren, Hochwasser und Stürme nehmen weltweit zu. Das wiederum erhöht die Gefahr von Armut, Hunger und Bürgerkriegen in der Welt. In Ländern des globalen Südens sind die Auswirkungen des Klimawandels stark spürbar. Bereits heute werden Millionen Menschen aufgrund von Wetterextremen aus ihrer Heimat vertrieben.

Der Klimawandel ist längst kein abstraktes Phänomen mehr, sondern weltweit zu beobachten – auch bei uns in Rheinland-Pfalz. Hochwasser und Überschwemmungen verursachen enorme volkswirtschaftliche Schäden, lange Trockenperioden gefährden die menschliche Gesundheit genauso wie die Grundlagen unserer Wirtschaft. Wenn wir den Klimawandel wirksam bekämpfen wollen, müssen wir den hohen Treibhausgasausstoß drastisch senken. Das ist nur durch ein anderes Wirtschaften und die konsequente Umsetzung der Energiewende möglich.

Klimaschutz ist bei uns Gesetz

Im Jahr 2014 haben wir das erste Klimaschutzgesetz fürs Land verabschiedet und dem Klimaschutz damit einen verbindlichen rechtlichen Rahmen gegeben. Darüber hinaus haben wir mit einem Klimaschutzkonzept den Grundstein für gebündelte landesweite Klimaschutzaktivitäten geschaffen. Mit Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz haben wir über mögliche Schritte zur Erreichung der Klimaschutzziele diskutiert und gemeinsam über 100 konkrete Maßnahmen und Instrumente entwickelt. Nun gilt es, diese umzusetzen. Wir wollen entschlossen anpacken, statt wie die CDU in Rheinland-Pfalz nur auf andere zu zeigen. So schützen wir nicht nur das Klima und die Umwelt, sondern starten zugleich ein GRÜNES Konjunkturprogramm. Wir entwickeln unsere Wirtschaft in eine zukunftsfähige Richtung. Damit werden langfristig Arbeitsplätze im Handwerk, der Industrie und im Dienstleistungsbereich gesichert, auslaufende Arbeitsplätze umstrukturiert und neue geschaffen. Die eingesparte Energie entlastet die kommunalen Haushalte ebenso wie die Privathaushalte. Klimaschonende technische Innovationen verschaffen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft internationale Wettbewerbsvorteile.

Atomenergie konsequent abwickeln

Zwar hat der Atomausstieg in Deutschland begonnen, aber zentrale Fragen der Abwicklung und insbesondere der Endlagerung des radioaktiven Abfalls sind noch nicht geklärt. Gleichzeitig sind die grenznahen Pannenmeiler – vor allem Cattenom und Tihange – nach wie vor ein untragbares Risiko für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Mit unserer konsequenten Umsetzung der Energiewende und dem begonnenen Abriss des AKW Mülheim-Kärlich leisten wir in Rheinland-Pfalz bereits heute einen wichtigen Beitrag zum Atomausstieg. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Die Atomtransporte quer durch Europa, auch durch Rheinland-Pfalz, müssen unbedingt adäquat gesichert werden. Dabei können wir nicht zulassen, dass sich die großen Energiekonzerne aus ihrer Verantwortung beim Rückbau der AKWs stehlen. Wer jahrzehntelang hohe Gewinne auf Kosten der Umwelt wie auch kommender Generationen eingefahren hat, muss auch für die Beseitigung der Folgen aufkommen. Wir werden uns vehement für die Abschaltung der grenznahen AKW und gegen eine Renaissance der Atomenergie in Europa einsetzen.

Rheinland-Pfalz erfolgreich beim Ausbau Erneuerbarer Energien

Schon 2011 haben wir festgelegt, dass wir den Strom, den wir in Rheinland-Pfalz verbrauchen, bis 2030 aus Erneuerbaren Energien decken wollen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) und dem Windenergieerlass haben wir die Instrumente dafür geschaffen und im Bereich der Windenergie die Handlungsspielräume der Kommunen erweitert. Denn wir wollen die Energiewende als solidarisches Gemeinschaftsprojekt gemeinsam mit den Menschen vor Ort umsetzen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Kommunen bei der Entscheidungsfindung sowie der technischen Umsetzung Unterstützung durch das Land erhalten. Beispiele hierfür sind der naturschutzfachliche Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz, das Kulturlandschaftsgutachten und der Windatlas für Rheinland-Pfalz.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch macht heute über ein Viertel des im Land verbrauchten Stroms aus. Und der Anteil der „Erneuerbaren“ am in Rheinland-Pfalz erzeugten Strom lag im Jahr 2014 bereits bei knapp 36 Prozent. Beim Ausbau der Windenergie standen wir in den vergangenen Jahren stets mit an der Spitze der Bundesländer. Bei der Photovoltaik hat sich die installierte Leistung seit 2011 beinahe verdoppelt. Das zeigt: Unser Weg führt zum Erfolg.

Energiewende und Naturschutz

Bereits heute werden naturschutzfachliche Belange beim Ausbau der Erneuerbaren Energien berücksichtigt; Richtlinien zu Arten- und Biotopschutz sorgen dafür, dass Windenergieanlagen auf problematischen Standorten vermieden werden. Durch Monitoring, Maßnahmen zur Risikominimierung und gegebenenfalls Abschaltzeiten wird auch weiterhin gewährleistet, dass Vögel und Fledermäuse adäquat geschützt werden. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Genehmigungsbehörden mit dem Gutachten der Vogelschutzwarte und den Vorgaben im Wind-Erlass wichtige Instrumente an die Hand gegeben und setzen uns für weitere Forschung auf diesem Gebiet ein. Auch für den Anbau von Biomasse müssen unsere Grundsätze für nachhaltige Landwirtschaft gelten.

Die Energiewende muss weitergehen

Ohne uns GRÜNE ist die Gefahr groß, dass die Rahmenbedingungen zum Nachteil der Energiewende verändert und die Fortschritte bedroht werden. Gerade die CDU fordert immer wieder einen Ausbaustopp der Windenergie und drückt bei der Energiewende auf die Bremse. Doch für das Gelingen der Energiewende brauchen wir mehr Photovoltaikanlagen auf unseren Dächern und mehr Windenergie – auch an geeigneten Waldstandorten. Wir setzen uns auch für Kleinwasserkraftanlagen ein, solange das Verbesserungsgebot der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie eingehalten wird. Weil viele wesentliche Rahmenbedingungen der Energiewende auf Bundesebene gestaltet werden, haben wir uns in den vergangenen Jahren auch im Bundesrat intensiv für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien eingesetzt. Vor allem bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 konnten wir verhindern, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch Schwarz-Rot in Berlin vollends gestoppt wurde. Auch im Hinblick auf die anstehende EEG-Novelle im Jahr 2017 wird es entscheidend sein, dass starke GRÜNE die Interessen des Klimaschutzes und der Energiewende im Bundesrat durchsetzen. Mit einem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz für Rheinland-Pfalz werden wir die Energiewende im Wärmebereich weiter voranbringen. Mit der gezielten Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes starten wir in den kommenden Jahren ein GRÜNES Konjunkturprogramm für Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus setzen wir auf verstärkte Speicherforschung und auf die Entwicklung von geeigneten Optionen, um den Verbrauch flexibler zu gestalten, sowie auf eine verstärkte Vernetzung der einzelnen Sektoren, um unser Energiesystem fit für die Zukunft zu machen. Eine tragende Säule für die Energiewende ist der sparsame und effiziente Umgang mit Energie. Wir wollen daher ein klares Einsparziel für Rheinland-Pfalz festlegen: Bis 2050 wollen wir den Energieverbrauch im Land halbieren. Dazu werden wir die Forschung und die Informations- und Beratungs-

angebote für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Wirtschaft in diesen Bereichen weiter ausbauen.

Kommunalen Klimaschutz weiter stärken

Bereits heute setzen viele unserer Kommunen auf Klimaschutzmanagement und eigene Klimaschutzkonzepte. Wir wollen, dass sie dieses Engagement fortsetzen und ausbauen. Die durch uns GRÜNE neu geschaffene Energieagentur mit ihren neun Regionalbüros unterstützt die Kommunen bei ihren Klimaschutzaktivitäten und steht ihnen beratend zur Seite. Sie vernetzt und koordiniert die einzelnen Aktionen, Aktivitäten und Projekte im Land. Die Förderprogramme des Landes wollen wir so weiterentwickeln, dass die Kommunen ihre guten Ideen auch umsetzen können. Insbesondere für Verwaltungen wollen wir zusätzliche Fortbildungsangebote schaffen. *(zu Starke Kommunen siehe auch S. 100)*

Klimaschutz geht nur ohne schmutzige Kohle

Die Nutzung fossiler Energien ist die größte Gefahr für Klima, Mensch und Umwelt. Die Abbaggerung der Braunkohle zerstört ganze Landschaften. Die Kohleverstromung bläst große Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre und verursacht enorme Gesundheitsschäden, etwa durch die Quecksilber-Emissionen der Kraftwerke. Angesichts dieser gravierenden Umwelt- und Naturzerstörung ist der Umstieg auf Erneuerbare Energien die einzige Chance für globalen Klima- und Naturschutz. Wir wollen einen sozialverträglichen Ausstieg aus der schmutzigen Kohleverstromung. Über den Bundesrat werden wir uns dafür stark machen, dass es zu einer bundesweiten Einführung eines CO₂-Mindestpreises in Form einer Steuer auf CO₂-Zertifikate kommt. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Entwicklung von Szenarien eines sozialverträglichen Kohleausstiegs ein.

Investitionen aus fossilen Energien abziehen – Fracking stoppen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Investitionen aus fossilen Energien abzuziehen (Divestment). Diese zementieren die schmutzige Erzeugung von Energie auf Jahrzehnte. Die öffentliche Hand soll hierbei als Vorbild dienen. Daher werden wir die Anlageleitlinien des Landes an den Zielen des Klimaschutzes ausrichten. Durch geeignete Informationskampagnen und Beratungsangebote wollen wir Kommunen, Kreditinstitute, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema sensibilisieren. Finanzmittel müssen wir dort investieren, wo nachhaltige Innovationen stattfinden. Fracking zur Förderung von fossilen Energien wie Öl und Gas lehnen wir ab.

In Rheinland-Pfalz gibt es mehrere in Nutzung befindliche Ölfelder, weitere werden derzeit erkundet oder erschlossen. Wir sprechen uns gegen Neuerschließungen aus und setzen uns dafür ein, über eine Bundratsinitiative das Bergbaurecht zu ändern. Wir wollen erreichen, dass Neuerschließungen und Erweiterungen nicht entsprochen werden muss und Beteiligungs- und Einspruchsrechte etabliert werden. Wir wollen erreichen, dass – wie beim Fracking – Bohrungen nach Öl und Gas in Schutzgebieten und ihrer Nachbarschaft nicht mehr erfolgen können.

Energieeinsparung und Energieeffizienz

Ein sparsamer, effizienter Umgang mit Energie und die Nutzung regional verfügbarer Energieressourcen helfen dabei, die Abhängigkeit von Energie-Importen zu reduzieren und gleichzeitig den Geldbeutel zu entlasten. Davon profitieren letztendlich alle: die Menschen, die Umwelt und die Wirtschaft. Bis 2050 wollen wir den Energieverbrauch in Rheinland-Pfalz halbieren. Um dies zu erreichen, werden wir die vorhandenen Beratungs- und Informationsstrukturen aufrechterhalten und weiterentwickeln. Insbesondere Gewerbe, Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) und Handwerkskammern (HWK) weiter unterstützen. Gleichzeitig wollen wir die rheinland-pfälzischen Fördermittel für Projekte zum effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie weiter aufstocken.

Das Energiesystem fit machen für die Energiewende

Unser zukünftiges Stromsystem wird insbesondere durch die Schwankungen unterworfenen Stromerzeugung aus Windkraft und Photovoltaik getragen. Für uns alle ist jedoch Versorgungssicherheit sehr wichtig. Damit das funktionieren kann, brauchen wir stabile Verteilnetze und müssen unser Stromsystem flexibler gestalten. Mit der Verteilnetzstudie für Rheinland-Pfalz haben wir bereits aufgezeigt, wie unsere Netze fit für die Energiewende gemacht werden können. Gleichzeitig haben wir mit der „Zukunftsinitiative Smart Grids“ bereits begonnen, die Entwicklung intelligenter Netze in Rheinland-Pfalz voranzutreiben. Auch auf die Forschung, Entwicklung und Erprobung von Speichern haben wir einen Schwerpunkt gelegt. Gerade der Power-to-Gas Technologie messen wir für die Zukunft eine große Bedeutung bei. Doch auch andere Speicheroptionen müssen weiterentwickelt werden. Daher werden wir die Speicherforschung in Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren noch mehr in den Mittelpunkt rücken. Auch die Lastverschiebung, also die Steuerung der Stromnachfrage mit dem Ziel eines gleichmäßigeren Stromverbrauchs, kann die Versorgungssicherheit stärken und gleichzeitig die Notwendigkeit für den Bau neuer Netze vermindern. Wir wollen die Potenziale in Rheinland-Pfalz genauer unter die Lupe nehmen, weitere Modellprojekte initiieren und uns für eine zunehmende Nutzung dieser Möglichkeiten einsetzen.

Integrierte Konzepte für die Energiewende

Strom, Wärme und Verkehr wie auch Energieeinsparung und Energieeffizienz müssen noch stärker miteinander verknüpft werden. Die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bietet große Chancen bei der Flexibilisierung unseres Energiesystems. Durch ihren Ausbau werden wir den Gesamtwirkungsgrad der Energieerzeugung weiter erhöhen und den Einsatz regenerativer aber auch fossiler Energieträger optimieren. Dabei wollen wir im Sinne der dezentralen Energiewende insbesondere auch den Ausbau der Kleinst- und Mikro-KWK in Rheinland-Pfalz unterstützen.

Auch die Weiterentwicklung von Speicherlösungen – wie das Umwandeln von Strom in Wärme (Power-to-Heat) – bietet Ansätze, um die einzelnen Sektoren miteinander zu

verknüpfen. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Schaffung geeigneter Systemstrukturen für integrierte Konzepte einsetzen. Wir müssen die starre Ausrichtung an den einzelnen Sektoren überwinden, um die Energiewende erfolgreich umsetzen zu können.

Energie in Bürgerhand

Die Energiewende ist für uns der Wechsel von Strom aus fossilen und atomaren Brennstoffen in der Hand weniger Konzerne zu Erneuerbaren Energien in Bürgerhand. Die Bürgerbeteiligung führt zur Wertschöpfung in den Regionen und steigert die Akzeptanz der Energiewende. Doch der Ausbau der Bürgerenergie ist kein Selbstläufer. Mit der EEG-Novelle von 2014 haben CDU und SPD klar gezeigt, dass sie nicht an einer größeren Akteursvielfalt im Strommarkt interessiert sind. Daher ist es bei der für 2017 anstehenden EEG-Novelle umso wichtiger, dass sich starke GRÜNE im Bundesrat für die dezentrale Bürgerenergie einsetzen.

Rekommunalisierung von Energie- und Wasserversorgungsunternehmen

Zur dezentralen Energiewende gehört es auch, dass Versorgungsunternehmen mit ihren Netzen für Strom, Gas, Wärme und Wasser in den Besitz der Kommunen zurückgeführt werden. Wir setzen uns daher auch weiterhin für eine Rekommunalisierung ein. Eine ökologische Ausrichtung von weiteren bürgernahen Stadt- und Gemeindewerken kann die Energiewende voranbringen und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung erhöhen.

Erneuerbare Wärme

Im Bereich der Wärmeversorgung von Gebäuden besteht noch großes Effizienz- und Einsparpotenzial. In Rheinland-Pfalz macht die energetische Versorgung der Gebäude 41 Prozent des Endenergieverbrauches sowie 34 Prozent der CO₂-Emissionen aus. Wir brauchen daher eine Wärmewende für Rheinland-Pfalz.

Mit einem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz für Rheinland-Pfalz wollen wir die Weichen stellen für eine klimaverträgliche Wärmeversorgung zu langfristig stabilen Preisen. Wir analysieren durch ein flächendeckendes Wärmemonitoring den Wärmemix und -bedarf von Rheinland-Pfalz, um darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen für den Ausbau Erneuerbarer Wärme zu entwickeln. Durch die Prüfung von Vorranggebieten für Nahwärmenetze wollen wir die Entwicklung von Wärmenetzen voranbringen, wo dies ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Dabei setzen wir auf integrierte Quartierskonzepte.

Um eine deutliche Erhöhung der Sanierungsquote auf mindestens drei Prozent zu erreichen, werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für die Einführung steuerlicher Anreize sowie eine Erhöhung der bestehenden Förderprogramme einsetzen. Bei energetischen Gebäudesanierungen setzen wir vor allem auf den Einsatz ökologisch verträglicher Dämmstoffe.

Energetisch sanieren, klimaverträglich bauen

Wir GRÜNE wollen die Energiewende auch im Bereich Bauen und Wohnen umsetzen. Wir wollen gezielt energetisches Sanieren fördern und haben deshalb den Klimaschutz in den Förderzielen des Landeswohnraumförderungsgesetzes verankert. Bei der Kontrolle der Umsetzung der Energie-Einspar-Verordnung wollen wir die Kommunen unterstützen. Wir fordern parallel dazu die Ausweitung des KfW-Förderprogramms zur energetischen Sanierung auf Bundesebene. Hier muss der Bund deutlich nachlegen, um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, den Wärmebedarf im Gebäudesektor bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren.

Wir wollen die Verwendung von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ausweiten. Wir haben dazu in der Novelle der Landesbauordnung erhebliche Erleichterungen zugunsten der Holzbauweise geschaffen. Zukünftig darf Holz als Baustoff auch für Gebäude mit bis zu fünf Stockwerken eingesetzt werden. Perspektivisch wollen wir außerdem die Landesbauordnung und die Industriebauverordnung weiterentwickeln, um die Möglichkeiten für den Einsatz von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen zu erweitern.

In der neuen Landesbauordnung haben wir weitere GRÜNE Schwerpunkte gesetzt und die Nutzung Erneuerbarer Energien vereinfacht. Beispielsweise ist die Genehmigungspflicht für gebäudeunabhängige Solaranlagen und Solaranlagen auf Dach- und Außenwandflächen weggefallen. Auch kleinere freistehende Windräder bis zu zehn Metern Höhe in Gewerbe- und Industriegebieten benötigen keine Genehmigung mehr. Außerdem können Kommunen künftig Satzungen zur Nutzung Erneuerbarer Energien im Gebäudebestand erarbeiten. Wir begrüßen das geplante erleichterte Bauen für den sozialen Wohnungsbau, aber dies darf nicht dazu führen, dass energetische Standards gesenkt werden.

Mit einem ökologischen Mietspiegel wollen wir die Energiewende im Baubereich weiter befördern. Er berücksichtigt die energetische Beschaffenheit von Gebäuden in der Berechnung ortsüblicher Vergleichsmieten. Mieterinnen und Mieter energetisch sanierter Wohnungen profitieren von einem verbesserten Wohnklima, geringerem Energieverbrauch und somit von geringeren Energiekosten. Zusätzlich wird die Mieterhöhung aufgrund der energetischen Sanierung durch die geringeren Energiekosten ausgeglichen. *(zu Wohnen siehe auch S. 68.)*

Umweltpolitik

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ – das ist das Leitmotiv unseres politischen Handelns. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung endlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt unserer politischen Aktivitäten. Und das ist bitter nötig. Jeden Tag sterben weitere Arten unwiederbringlich aus. Klimawandel, Schadstoffeinträge und Flächenverbrauch zehren auch an den Lebensgrundlagen kommender Generationen. Trotz großer Erfolge in den vergangenen Jahren braucht die Natur Schutz – und die Umwelt eine Stimme. Dafür stehen wir GRÜNE.

Um den Gedanken der Nachhaltigkeit auf eine breite Basis zu stellen, sind Mitbestimmung und Teilhabe wichtige Voraussetzungen GRÜNER Umweltpolitik. Nur gemeinsam

mit den Menschen in unserem Land können wir Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Transparente und frühzeitige Beteiligungsverfahren sind wichtig, um den Interessenausgleich auch bei zukunftsfähigen Natur- und Umweltschutzprojekten im Einklang mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu realisieren. Der erste in Rheinland-Pfalz errichtete Nationalpark Hunsrück-Hochwald kann dabei zur Blaupause der Beteiligung werden. Unverzichtbar bleibt auch das ehrenamtliche Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Dieses Engagement gilt es materiell und ideell zu unterstützen. Dies bedeutet sowohl die Bereitstellung öffentlicher Mittel als auch starke Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände. (zu *Demokratie und Beteiligung* siehe auch S. 83)

Ein Nationalpark für Rheinland-Pfalz

Nun hat auch Rheinland-Pfalz endlich einen Nationalpark. Mit seinen rund 10.000 Hektar Fläche ist der Aufbau des Nationalparks Hunsrück-Hochwald ein Schlüsselprojekt für die Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie. In der Region, die überdurchschnittlich stark vom demografischen Wandel betroffen ist, wird der Nationalpark wichtige Impulse für eine nachhaltige Entwicklung geben.

Wir GRÜNE haben den Nationalpark erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Landes-CDU war von Beginn an dagegen und lehnt dieses herausragende Projekt der nachhaltigen Regionalentwicklung ab. Nur wir GRÜNE garantieren die langfristig angelegte, erfolgreiche Umsetzung des Nationalparkplans, den wir mit einem breit angelegten Beteiligungsverfahren auf den Weg gebracht haben.

Hier gilt der Grundsatz, Natur Natur sein zu lassen. Inmitten einer Kulturlandschaft entsteht eine Wildnis, die wertvolle Beiträge zur Biodiversität – also der natürlichen Vielfalt heimischer Landschaften, Lebensräume und Arten – liefern wird. Seltene Tierarten wie etwa die Wildkatze, der Schwarzstorch, Schmetterlinge und Käfer gehören zu den Gewinnern des neuen Nationalparks. Wir wollen weiter am Erfolg des Nationalparks arbeiten. Dazu gehören für uns weitere Anstrengungen bei der Entwicklung des Tourismus in der Region ebenso wie die Einbindung des Nationalparks in die Tourismuskonzepte der Einzugsgebiete. Zusätzliche pädagogische Angebote, die Erschließung mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und eine vor Ort abgestimmte Marketingstrategie sollen die Attraktivität des Nationalparks weiter steigern.

Das grenzüberschreitende UNESCO Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen weiterentwickeln

Das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen ist ein wegen seiner großen zusammenhängenden Waldfläche und seiner vielseitigen Fauna und Flora einzigartiges Waldgebiet. Die Besonderheit und einmalige Charakteristik des Biosphärenreservates Pfälzerwald-Nordvogesen muss erhalten und der Reservatstatus gesichert werden. Hierzu ist eine Weiterentwicklung und Umsetzung des Entwicklungskonzeptes unter Einschluss aller Akteurinnen und Akteure notwendig.

Wir fordern die Erweiterung der Kernzonen auf mindestens drei Prozent der Gesamtfläche. Das Biotop-Pflegekonzept soll so weiterentwickelt werden, dass auf aktuelle Branchenentwicklungen reagiert werden kann (Beweidung, Einsatz alter Nutztierassen) und die Offenhaltung der Grünlandflächen im Pfälzerwald durch Beweidung alter Nutztier-

rasen dauerhaft gesichert ist. Mit der Wiederansiedlung des Luchses im Rahmen eines EU-Naturschutzprojektes schaffen wir einen wichtigen Baustein, um die überregionale Bedeutung des Biosphärenreservats für den Artenschutz, die Umweltbildung und die Forschung weiter zu stärken.

Das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen wollen wir zu einer Modellregion machen, die im Einklang mit dem Schutz der biologischen Vielfalt ein regionales Klimaschutz- und Energiekonzept entwickelt. Die konzeptionellen Planungen sollen gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern in Deutschland und Frankreich abgestimmt werden. Wir wollen Maßnahmen zu mehr Energieeffizienz und verbesserter Wärmedämmung sowie eine dezentrale Energieversorgung unter Einbeziehung des heimischen Rohstoffes Holz realisieren.

Für das Biosphärenreservat wollen wir ein Tourismuskonzept aufstellen, das den Gedanken der Nachhaltigkeit und des Naturschutzes („sanfter Tourismus“) in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört auch die Überprüfung und einheitliche Ausweisung des Wegenetzes. Ein wichtiger Bestandteil ist die Entwicklung einer Wertschöpfungskette für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Die Vermarktung wollen wir durch eine regionale Dachmarke stärken. Damit unterstützen wir auch gastronomische Betriebe, die Produkte aus der Region anbieten, oder auch die Pfälzerwaldhütten.

Biotopverbund und Schutz der Auwälder

Wir wollen wertvolle Biotope verbinden, um die Qualität des bestehenden Schutzgebietssystems zu verbessern und Schutzgebietslücken zu schließen. Dafür brauchen wir Vernetzungen beispielsweise durch Wildtierkorridore und Verbundachsen. Für die Errichtung weiterer Grünbrücken an viel befahrenen Verkehrswegen wollen wir eine Prioritätenliste erstellen.

Mit der Gründung der Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahmal ehemaliger Westwall“ haben wir nicht nur die Grundlagen geschaffen, die Ruinen des Westwalls als Zeitzeugnis der NS-Gewaltherrschaft für nachkommende Generationen zu entwickeln. Die Stiftung trägt auch zur Sicherung und Weiterentwicklung der dort entstandenen, einzigartigen Rückzugsräume für seltene Arten bei. Gemeinsam mit anderen Bundesländern wollen wir die Anlagen zu einem „Grünen Band im Westen“ weiterentwickeln. Deutschlandweit sind die Auwälder von der völligen Zerstörung bedroht und stehen deshalb auf der roten Liste der gefährdeten Biotoptypen. Flussauen sind einer der artenreichsten, aber auch am stärksten gefährdeten Lebensräume in Mitteleuropa. Wir werden die Auwälder als Lebensraum erhalten, der sich künftig zunehmend ungestört von menschlichen Eingriffen entwickeln kann. Auenlandschaften mindern zudem Hochwassergefahren und leisten somit einen wichtigen Beitrag für den Hochwasserschutz. Die Vereinbarung zwischen dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium und dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) über die schrittweise und natürliche Entwicklung der Auwälder am Rhein ist deshalb ein großer Fortschritt für den Naturschutz.

Schutz der Natur und unserer Lebensräume – Erhalt der Biodiversität

Auch in Deutschland ist die Artenvielfalt bedroht. Rund ein Drittel unserer heimischen Arten ist gefährdet. In den vergangenen fünf Jahren haben wir in Rheinland-Pfalz zahl-

reiche Maßnahmen ergriffen, um unsere heimische Artenvielfalt zu erhalten. Als erstes Bundesland stehen wir davor, ein zentrales Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie zu erreichen und in zehn Prozent der öffentlichen Wälder eine natürliche Waldentwicklung umgesetzt zu haben.

Geschützte Biotop sind wichtige Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen. Die Umsetzung der Natura 2000-Bewirtschaftungspläne werden wir weiter in Kooperation mit den Nutzerinnen und Nutzern voranbringen.

Unser Anspruch ist es, als erstes Bundesland die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Einhergehend mit dieser Zielsetzung hat Rheinland-Pfalz eine Landesbiodiversitätsstrategie erstellt. Sie priorisiert unterschiedliche Ziele, Maßnahmen und Indikatoren zum Schutz der Artenvielfalt der Wälder, des Grünlands und der Gewässer in einer Gesamtstrategie. An uns GRÜNEN wird es liegen, diese Landesstrategie schrittweise umzusetzen. Hohe Bedeutung hat für uns die Weiterentwicklung der Transparenz und Kommunikation durch Bereitstellung der amtlichen Naturschutzfachdaten zu Biotopen oder Artenvorkommen (z.B. LANIS, LANIS mobile, Artenfinder).

Um den Zustand und die Veränderung der Fauna und Flora in Rheinland-Pfalz besser bewerten zu können, wollen wir die Roten Listen der Tiere und Pflanzen weiter aktualisieren.

Mit dem gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiteten Wolfsmanagementplan haben wir Rheinland-Pfalz auf die natürliche Rückkehr des Wolfes vorbereitet.

Wir setzen uns dafür ein, optische, akustische und andere Immissionen in der Umgebung von Fauna-Flora-Habitat-, Naturschutz- und Vogelschutzgebieten zu begrenzen.

Gewässerschutz und Wasserversorgung

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und unverzichtbar für das gesamte Ökosystem. Gewässer prägen die rheinland-pfälzischen Landschaften, sind beliebte Ziele der Naherholung und wichtige Lebensräume für selten gewordene Arten. Wir wollen die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen und Flüsse, Bäche und Seen in einen guten ökologischen Zustand versetzen sowie die Nitratgehalte im Grundwasser reduzieren. Hierzu setzen wir uns für die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen ein. Die Privatisierung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und Herausnahme aus der kommunalen Verantwortung wird es mit uns GRÜNEN nicht geben. Internationale Abkommen, die eine Liberalisierung der öffentlichen Wasserversorgung zum Ziel haben, lehnen wir entschieden ab. Der Gewässerschutz hat für unsere Umweltpolitik eine zentrale Bedeutung. (zu Europa siehe auch S. 103)

Wichtigstes Instrument und Markenzeichen rheinland-pfälzischer Gewässerschutzpolitik ist die „Aktion Blau“, mit der bereits über 1.400 Gewässerrenaturierungen durchgeführt und finanziert wurden. Die Weiterentwicklung zur „Aktion Blau Plus“ verbindet Gewässerrenaturierungen und Hochwasserschutz stärker mit örtlichen und gesellschaftlichen Belangen wie Naturschutz, kommunaler Entwicklung und Landwirtschaft.

Das von uns eingeführte Entgelt für die Wasserentnahme (Wassercent) hat nicht nur eine ökologische Lenkungswirkung, sondern ermöglicht auch die Realisierung wichtiger Vorhaben für den Gewässerschutz. Die gesetzliche Zweckbindung der Einnahmen aus dem Wassercent für den Gewässerschutz ermöglicht auch zukünftig die dringend

benötigten Investitionen, die Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zugute kommen. Zu den geförderten Projekten zählen Investitionen in Wasserwerke und Kläranlagen. Diese tragen insbesondere zur Sicherung der Infrastruktur in ländlichen Regionen bei.

Mit der Novelle des Landeswassergesetzes haben wir Maßstäbe gesetzt, um die Gewässerqualität in Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren deutlich zu verbessern. Dazu gehört die Etablierung von Gewässerrandstreifen zum Schutz der Gewässer vor Nährstoff- und Pestizideinträgen.

Belastungen der Gewässer mit Schadstoffen, Arzneimitteln, Pflanzenschutzmitteln oder Mikroplastik wollen wir wegen ihrer negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur weiter reduzieren. Dafür haben wir ein landesweites Konzept aufgestellt. Dieses setzt vorrangig auf Vermeidung und – wo das wirksam und sinnvoll umsetzbar ist – auf die Entfernung in den Kläranlagen durch weitere Reinigungsstufen. Mit dem Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“ wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft dafür sorgen, dass die Nitrat- und Pestizidbelastung des Grund- und Oberflächenwassers verringert wird.

Die Überwachung unserer Gewässer einschließlich der Bade- und anderen Seen mit Hilfe von Messprogrammen wollen wir in vollem Umfang erhalten, um schädigende Einträge und gefährliche Entwicklungen der Wasserqualität frühzeitig erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Kein Fracking in Rheinland-Pfalz

Das sogenannte Fracking, also die Ausbeutung von Erdgaslagerstätten durch den Einsatz giftiger Chemikalien, bringt Gefahren für Mensch und Natur mit sich. In Rheinland-Pfalz haben wir Fracking mit den bundesweit schärfsten Landesregelungen weitreichend ausgeschlossen. Seit der Neufassung des Landeswassergesetzes ist Fracking in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten und Mineralwassergewinnungsgebieten generell untersagt. Damit schützen wir nicht nur konsequent unser wichtigstes Lebensmittel, sondern wir sichern auch die wirtschaftlichen Grundlagen für die Getränke- und Lebensmittelherstellung. Bundespolitisch werden wir uns weiter konsequent dafür einsetzen, das Fracking-Ermöglichungsgesetz der schwarz-roten Bundesregierung zu verhindern und den Grundsatz des flächendeckenden Gewässerschutzes, der von der Bundesregierung infrage gestellt wird, aufrecht zu erhalten. Fracking zur Förderung von fossilen Energien wie Öl und die Förderung von Schiefergas mit giftigen Chemikalien lehnen wir generell ab. Wir dürfen die Qualität unseres Grundwassers und damit unsere Gesundheit nicht den Interessen einiger Konzerne opfern. Nur wir GRÜNE stehen in Rheinland-Pfalz für die Forderung nach einem konsequenten Ausschluss.

Hochwasserschutz

Durch den einsetzenden Klimawandel ist auch in Rheinland-Pfalz in Zukunft mit extremen Hochwasserlagen zu rechnen. Hochwasser-Risikomanagement und Verbesserung des Hochwasserschutzes gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern bleiben deshalb für uns vorrangige Aufgaben. Wir werden mit der Reaktivierung von Fluss- und Bachauen zur Wiedergewinnung von natürlichen Rückhalteflächen,

dem Bau von Reserveräumen sowie der Beseitigung von Schwachstellen an Deichen weitere Projekte auf den Weg bringen. Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir erreicht, dass der Bund hierfür finanzielle Verantwortung übernimmt, auch wenn der bisherige Finanzrahmen noch nicht ausreicht.

Bei jeder Hochwasserschutzmaßnahme berücksichtigen wir die lokalen Gegebenheiten und wägen beispielsweise die Interessen von Unterliegern mit denen der ortsansässigen Bevölkerung ab. Den Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen lehnen wir ab, da er schützenswerte Natur bedroht und die Sicherheit der lokalen Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt.

Saubere Luft

Zum Schutz unserer Lebensgrundlagen gehört besonders auch der Einsatz für saubere Luft: zum Schutz der Gesundheit der Menschen und der Umwelt. Dazu werden wir die GRÜNE die Energiewende weiter voranbringen, um auf die schmutzigen Kohlekraftwerke zu verzichten, die unsere Gesundheit mit Feinstaub, Quecksilber und Stickoxiden gefährden, unsere Wälder versauern und die Gewässer belasten. Die EU-Grenzwerte besonders bei den Stickoxiden werden regelmäßig überschritten Gerade in den Städten ist die Belastung mit Feinstaub, Stickoxiden und anderen Schadstoffen oft zu hoch. Wir setzen uns für eine bundesweite Strategie zur Minderung der Schadstoffemissionen ein. Die aktuellen Skandale um manipulierte Abgaswerte zeigen deutlich: Das Fehlen klarer Umweltgesetzgebung sowie eine mangelnde Kontrolle ermöglichen solche Täuschungen und führen, neben den Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit, zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen und der Gefährdung von Arbeitsplätzen. Die Luftreinhaltestandards müssen bundesweit verbessert und kontrolliert werden, um die Einhaltung der EU-Luftqualitätsrichtlinie zu gewährleisten und das drohende Vertragsverletzungsverfahren der EU abzuwenden. Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die zu einer Emissionsminderung beitragen, zum Beispiel bessere Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung sauberer Antriebssysteme, die Förderung von Elektrobussen im öffentlichen Nahverkehr, bessere Mobilitätskonzepte oder die Aufwertung öffentlicher Grünflächen als städtische Lunge.

Schutz der Böden und Atlastensanierung

Unsere Böden wollen wir als lebensnotwendige Ressource schützen und pflegen. Intakte Böden sind unverzichtbar für das Grundwasser und sind die Grundlage von Land- und Forstwirtschaft. Bodenschutz bedeutet unter anderem, die fortschreitende Flächenversiegelung aufzuhalten. Wir wollen den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung, denn unser langfristiges Ziel ist die Netto-Null beim Flächenverbrauch. Mit dem Flächenmonitoring und dem Folgekostenrechner haben wir hierzu bereits Ansätze für die Kommunen gesetzt, weitere Anreize, insbesondere solche, die die Kosten für die Umwelt berücksichtigen, wollen wir prüfen. Hierzu gehört auch ein erhöhtes Mitspracherecht der Kommunen beim Bauen im Außenbereich, beispielsweise bei der Aussiedlung von landwirtschaftlichen Betrieben. Der Schutz der endlichen Ressource Boden ist eine zentrale Aufgabe für eine nachhaltige Politik. Der Zustand unserer Böden verpflichtet uns von daher zur Handlung – und

zwar nicht nur wegen ihrer Bedeutung für unsere Ernährung und Wasserversorgung. Unsere Böden sind Geschichtsbücher, die wir im jetzigen Zustand den zukünftigen Generationen nicht übergeben möchten. Aufgrund einer großen industriellen und militärischen Geschichte sind der Verlust an organischer Bodensubstanz und die Konzentration an Schadstoffen besorgniserregend. Deshalb wollen wir die Atlastensanierung und das damit verbundene Flächenrecycling stärker vorantreiben. Für die wirksame Erkundung und Sanierung fordern wir eine Atlastensanierungsgesellschaft, die flächendeckend für Rheinland-Pfalz diese Aufgabe übernimmt.

Rohstoffe nachhaltig schützen – Landesplanung mit Transparenz und Beteiligung

Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Der Beleg dafür ist die zunehmende wirtschaftspolitische Bedeutung der Verfügbarkeit von und des Zugangs zu Rohstoffen. Der effiziente Umgang mit Rohstoffen ist somit ein zentrales Ziel unserer Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Im Prozess des Rohstoffsicherungskonzepts für Rheinland-Pfalz wurde erstmals eine Beteiligung von Verbänden, Kommunen und regionalen Akteuren initiiert, die eine Grundlage für die Erarbeitung des Regionalplans in Rheinhessen lieferte. Ein offen geführter Dialog und größtmögliche Transparenz von Informationen haben dieses Pilotprojekt geprägt. Ausgehend von diesem Beteiligungsverfahren wollen wir Beteiligung und Transparenz stärken und gesetzlich in der Landesplanung verankern. Wir wollen gemeinsam mit den betroffenen Regionen Rohstoffsicherungs- und Abbaukonzepte entwickeln, um möglichst wenig in Naturräume und bestehende Landschaftsbilder einzugreifen. Dies gilt insbesondere für den Lavaabbau in der Vulkaneifel.

Schonender Umgang mit Ressourcen

Die Förderung effizienter Verfahren zur Rückführung wertvoller Rohstoffe wird im Hinblick auf eine weltweite Ressourcenverknappung in den nächsten Jahrzehnten von zunehmender Bedeutung sein. Das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz hat bereits eine umweltschonende Abfallverwertung auf den Weg gebracht. Statt auf bloße Müllentsorgung setzen wir auf eine echte Kreislaufwirtschaft, die nachhaltig ist, weil sie mit gezieltem Stoffstrommanagement auf den Schutz natürlicher Ressourcen abzielt.

Vor dem Hintergrund sich verändernder gesetzlicher Rahmenbedingungen sowohl auf europäischer, als auch Bundesebene, ist mit erheblichen Einschränkungen in der bisherigen landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm zu rechnen. GRÜNES Ziel bleibt es, im ländlichen Raum weitgehend geschlossene und schadstofffreie Stoffkreisläufe in der Landwirtschaft aufrecht zu erhalten. Innovative, nachhaltige und wirtschaftliche Verwertungsalternativen (z.B. Rückgewinnung des Nährstoffs Phosphor) müssen deshalb entwickelt werden, um den kommunalen Abwasserbetrieben praxistaugliche Lösungen anbieten zu können. Dies kann nur in einem gemeinsamen Prozess gelingen. Deshalb wollen wir die Kooperationen mit den relevanten Akteuren vorantreiben und ein abgestimmtes landesweites Konzept erarbeiten.

Als wichtig für den Erhalt einer unserer kostbarsten Ressourcen, des Bodens, sehen wir an, dass lokale Stoffkreisläufe weitestgehend geschlossen funktionieren. Nur so sind sie

nachhaltig. Das gilt zu allererst für die Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Abfälle und Erntereste müssen dem Boden wieder in verwertbarer Form zurückgegeben werden. Ziel dabei ist auch, die gleichermaßen klima- wie bodenschädliche Überversorgung unserer Böden – und somit auch unseres Grundwassers – mit Stickstoff zurückzudrängen. Eine Eindämmung des Problems kann nicht allein durch eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Praxis geschehen, sondern durch Berücksichtigung innovativer Konzepte, bei denen aus Ernterückständen neuer Humus entsteht.

Die Deponierung von jährlich hunderttausenden Tonnen Abfall aus weit entfernten Regionen Europas auf rheinland-pfälzischen Deponien widerspricht dem Verursacherprinzip und gefährdet langfristig auch die regionale Entsorgungssicherheit. Deshalb wollen wir die landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, damit die Ablagerung von überregional entstandenen Abfällen den rheinland-pfälzischen Deponiebetreibern nur noch sehr restriktiv und nur auf Basis tragfähiger Kooperationen gestattet wird.

Umwelt und Naturschutzverwaltung

Die Umsetzung unserer umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele erfordert eine leistungsstarke und effizient agierende Verwaltung, die dem immer weiter ansteigenden Aufgabenspektrum gewachsen ist. Daneben unterstützen wir auch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte.

Agrarpolitik

Wir wollen eine vielfältige und regional verankerte, bäuerlich geprägte Landwirtschaft, die ohne Gentechnik, Antibiotika-Missbrauch und weitestgehend ohne umweltbelastende Pestizide auskommt. Wir wollen eine Landwirtschaft, die unsere natürlichen Ressourcen erhält und sie nicht schädigt oder gar zerstört. Wir wollen eine Nutztierhaltung, die die Bedürfnisse der Tiere achtet – und keine Massentierhaltung ohne Rücksicht auf Tiere und ökologische Folgen. Wir wollen, dass regionale Lebensmittel eine höhere Wertschätzung erfahren, Bäuerinnen und Bauer sowie Arbeitnehmer der „Grünen Berufe“ ein angemessenes Einkommen erzielen und dass landwirtschaftliche Betriebe beim Aufbau zusätzlicher wirtschaftlicher Standbeine in Tourismus, Gastronomie und verträglicher Energiegewinnung Unterstützung erfahren.

Es ist nicht zuletzt ein Erfolg GRÜNER Agrarpolitik, dass der Öko-Landbau in Rheinland-Pfalz deutlich gewachsen ist. Zwischen 2010 und 2015 hat der Öko-Landbau im Land um 40 Prozent zugenommen. Mittlerweile haben wir im Land einen im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Ökoflächenanteil von 7,4 Prozent aller Agrarflächen. Auch die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach heimischen Ökoprodukten wächst stetig. Deswegen wollen wir den Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen auf 20 Prozent steigern. Mit dem neuen „Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung“ (EULLE) setzen wir Anreize für eine umweltfreundliche und tiergerechte Landwirtschaft. Wir unterstützen die regionale Vermarktung, fördern lokale Zusammenschlüsse mit dem LEADER Konzept und wollen die regionalen Dachmarken weiter stärken.

Durch den Einsatz von Rheinland-Pfalz und anderen GRÜN-mitregierten Bundesländern ist es gelungen, die europäische Agrarförderung in Deutschland ein Stück GRÜNER und gerechter zu gestalten. Die EU-Förderung der rheinland-pfälzischen Agrarbetriebe konnte im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern verbessert werden. Die Flächenprämie der EU ist erstmals an eine Ökologisierungskomponente (Greening) gekoppelt und berücksichtigt stärker kleine und mittlere Betriebe. Ein Teil der EU-Fördergelder für die ländliche Entwicklung muss in eine nachhaltige und tiergerechte Landwirtschaft fließen. Doch für uns sind das nur erste Schritte. Von der Bundesregierung fordern wir, die nationalen Spielräume vollständig zu nutzen. Im Rahmen der 2017 anstehenden Halbzeitbewertung der Agrarreform wollen wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland deutlich mehr der Direktzahlungen zugunsten einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft sowie der ländlichen Entwicklung umschichtet. *(zu Europa siehe auch S. 103)*

Nein zur Agro-Gentechnik, Antibiotika-Missbrauch und Pestizidbelastung

Die überwältigende Mehrheit der Menschen will keine Gentechnik – weder auf dem Acker noch auf dem Teller. Wir GRÜNE nehmen diesen Wunsch ernst und wehren uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Zulassung und Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Wir nutzen dafür alle Spielräume und haben 2013 mit dem rheinland-pfälzischen Beitritt zum „Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen“ eine klare Positionierung unseres Landes erreicht: Rheinland-Pfalz schließt den Anbau von genmanipulierten Pflanzen auf landeseigenen Flächen aus. Die anwendungsbezogene Forschung zur Agro-Gentechnik in Forschungseinrichtungen des Landes haben wir beendet. Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz werden 80 Prozent unserer Ackerflächen vor der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen geschützt. Der Bundesrat hat sich auf unsere rheinland-pfälzische Initiative hin für ein deutschlandweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen ausgesprochen. Von Bundesregierung und Bundestag erwarten wir nun, dass sie dieses starke Signal aufnehmen und umsetzen. Wir wollen den Pestizideinsatz auf unseren Feldern deutlich reduzieren. Der Erhalt der Agrobiodiversität ist eine wichtige Voraussetzung, um die Ernährungssicherung und die nachhaltige Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels langfristig sicherzustellen. Sie ermöglicht eine Bewirtschaftung ohne Pestizide. In Rheinland-Pfalz kommt der Weinbau heute auf zwei Dritteln der Rebfläche ohne den Einsatz von Insektiziden aus, zum Beispiel durch den erfolgreichen Pheromoneinsatz. Zur Beschleunigung dieses Prozesses setzen wir uns für eine bundesweite Pestizidabgabe ein. Damit wollen wir Projekte zur Forschung zum Ersatz von gefährlichen Pestiziden und zur Anwendung von biologischen und technischen Alternativen finanzieren. Für besonders risikoreiche Pestizide wie die bienengefährlichen Neonikotinoide wollen wir schnellstmöglich ein Einsatzverbot erreichen.

Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat, das von der Weltgesundheitsorganisation WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde, muss im Rahmen der anstehenden Wiederzulassung umfassend und unter Einbezug aller kritischen Studien neu bewertet

werden. Bis zum Abschluss des Verfahrens fordern wir, im Sinne des Vorsorgeprinzips den Einsatz von Glyphosat in verbrauchernahen Anwendungen beispielsweise zur Ernteerleichterung oder in Gärten und öffentlichen Freiflächen zu verbieten und in der Landwirtschaft deutlich einzuschränken. Langfristig wollen wir Glyphosat komplett durch umweltschonende Methoden ersetzen.

Den Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung wollen wir stärker regulieren und damit den Missbrauch eindämmen. So schützen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher und stärken die bäuerliche Landwirtschaft. Antibiotikaresistente Keime sind eines der größten Risiken für die Gesundheit der Menschen. Wir setzen uns deshalb für ein Verbot von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung ein, denn bestimmte Antibiotika müssen als letzte Behandlungsmöglichkeit von kritischen Infektionen den Menschen vorbehalten bleiben. Zusätzlich wollen wir weiterhin die Forschung im Bereich antibiotikafreier Tiermedizin und artgerechter Nutztierhaltung unterstützen. (zu Verbraucherschutz siehe S. 92)

Grünland und Milcherzeugung

GRÜNE Agrarpolitik stärkt Betriebe, die Umweltleistungen erbringen und mehr Tierschutz bei der Nutztierhaltung umsetzen. Das artenreiche Grünland ist besonders schutzbedürftig, Jahr für Jahr wird es in Rheinland-Pfalz weniger. Den Umbruch von Wiesen oder Weiden haben wir daher stark eingeschränkt und mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz zusätzlich ökologisch besonders wertvolles Grünland geschützt. Wir sehen insbesondere in der extensiven Beweidung einen wertvollen Beitrag zur einen wertvollen Beitrag zum Erhalt des artenreichen Grünlandes.

Die Milchviehhaltung ist in rheinland-pfälzischen Regionen nicht nur landschaftsprägend, sondern auch ein wichtiger ökonomischer Faktor. Doch die Preisschwankungen auf dem Milchmarkt haben in den letzten Jahren ein existenzbedrohendes Niveau erreicht. Wir GRÜNE wollen in Rheinland-Pfalz eine bäuerliche, nachhaltige und tiergerechte Milcherzeugung erhalten, die den Betrieben ein tragfähiges Einkommen gewährleistet und für die Verbraucherinnen und Verbraucher eine gute Qualität bietet. Die Bundesregierung muss ihre einseitig auf Exporte und Großbetriebe ausgerichtete Milchpolitik endlich beenden. Wir brauchen den Ausbau der EU-Marktbeobachtungsstelle, um Milchmarktkrisen rechtzeitig zu erkennen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns zudem für Kriseninstrumente zur freiwilligen Mengenreduzierung bei Überproduktion und Preisverfall ein. Im Rahmen der Landeskompetenzen stärken wir Betriebe, die Milch erzeugen, zusätzlich durch Agrarumweltprogramme wie die Grünland- und Weideprogramme und indem wir die regionale Verarbeitung der Rohmilch fördern.

Agrarverwaltung und Grüne Berufe

Wir wollen in den „Dienstleistungszentren Ländlicher Raum“ an dem Zusammenspiel von Beratung, Forschung und Lehre festhalten. Die Aufgaben der Agrarverwaltung werden wir zunehmend auf Zukunftsherausforderungen wie Klima- und Ressourcenschutz, Gewässerschutz, Biodiversität, Wertschöpfung, Einkommenssicherung, Qualität und gute Ernährung ausrichten. Die unabhängige staatliche Beratung mit ihrer hohen Fachkompetenz muss gewahrt bleiben.

Die Bildung in den Grünen Berufen in unseren Berufs-, Fachschulen und Universitäten soll weiter in Zusammenarbeit mit dem „Zukunftsforum Grüne Berufe“ gestärkt werden. Wir setzen uns ein für moderne und zukunftsorientierte Ausbildungsinhalte wie zum Beispiel Klimaschutz und Energie, Vermarktungsstrategien zur Einkommensverbesserung, Ökolandbau und Tierwohl oder produktionsintegrierte Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität. Auch die Agrarforschung wollen wir entsprechend ausrichten und den Wissenstransfer in die Praxis unterstützen.

Weinwirtschaft

Der Weinbau prägt unser Land. Ob konventionell oder Bio: Unsere Winzer und vor allem mehr und mehr Winzerinnen tragen mit Spitzenprodukten zum Ruf unseres Landes als Weinland Nummer eins bei. Um Qualitätsweine und regionale Spezialitäten besser am Markt zu platzieren, haben wir gemeinsam mit der Weinwirtschaft neue Bezeichnungen wie Steillage oder Terrassenlage eingeführt. Sie stehen für die besondere Qualität und eröffnen gerade der jungen Winzergeneration neue Möglichkeiten zur Platzierung ihrer Weine am Markt.

Rheinland-Pfalz ist nicht nur Weinland Nummer eins, sondern auch beim Öko-Wein ganz vorne. Rund zwei Drittel der Bio-Rebflächen Deutschlands befinden sich in unserem Land. Wir wollen Winzerinnen und Winzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Betriebe auf ökologische Erzeugung umzustellen, und gehen diesen Weg auch mit den Betrieben des Landes. Das Staatsweingut Bad Kreuznach und die Staatliche Weinbaudomäne Trier haben ihren Betrieb auf ökologischen Weinbau umgestellt. Der Jahrgang 2015 wird der erste landeseigene Biowein.

Gemeinsam mit den Weinbauverbänden ist es uns auf EU- und Bundesebene gelungen, die Ausweitung der Rebflächen in unserem Land zu begrenzen, denn auch und gerade beim Wein gilt: Klasse statt Masse. Angesichts einer wachsenden internationalen Konkurrenz sind Qualität und regionale Verankerung Voraussetzungen für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unserer innovativen Winzerinnen und Winzer.

Wir wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter reduzieren und deshalb den Einsatz von Pheromonen in den Weinbergen weiter fördern.

Stärkung des ländlichen Raums

Wir wollen die Rahmenbedingungen für ein gutes und gesundes Leben in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz weiter verbessern. Für eine positive Lebens- und Arbeitsperspektive unserer Bevölkerung werden wir die Infrastruktur im ländlichen Raum im Lichte der demografischen Entwicklung zukunftsfest machen. Nur so kann der ländliche Raum seine wichtigen Funktionen zum Beispiel für Wohnen, Arbeiten, Erholung, Tourismus und Naturerlebnis erfüllen. Unser Ziel ist die konsequente Stärkung der regionalen Wertschöpfungskreisläufe in den Bereichen der Land-, Wein-, Forst- und Ernährungswirtschaft, des Handels und des Handwerks. Das sichert Arbeitsplätze und bietet attraktive Wohnstätten für die Menschen. Besonderes Anliegen ist uns der weitere Ausbau der dezentralen, effizienten und nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien, beispielsweise aus Holz und Biomasse. Unsere vielfältigen Kulturlandschaften sind das Markenzeichen unserer ländlichen Räume. Die traditionell durch den Anbau von Wein, Obst,

Gemüse und in den Höhenlagen zum Beispiel durch die Milchviehhaltung und Weidewirtschaft geprägten Regionen stärken wir durch zielgerichtete strukturelle Förderprogramme wie den Breitbandausbau und die Sicherung der Wasserversorgung oder von Fachkräften.

Landesgartenschauen fortentwickeln

Die Landesgartenschau 2015 in Landau war ein großer Erfolg und hat die angestrebten Besucherzahlen weit übertroffen. Die nächste Landesgartenschau wird noch stärker neue Wege einer nachhaltigen städtebaulichen und ländlichen Entwicklung zum Ziel haben. Es gilt, modellhaft zukünftige Fragestellungen wie Anforderungen an Inklusion, generationsübergreifende Wohn- und Lebensformen, bezahlbarer Wohnraum, den Einsatz Erneuerbarer Energien, neue Formen der gärtnerischen Nutzung sowie Förderung von regionalen Produkten in den Mittelpunkt der Landesgartenschau zu stellen. Die Anforderungen des Landesrechnungshofes an Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Prozessabläufe und eine intensive Steuerung des Großprojektes Landesgartenschau werden wir weiterhin sicherstellen.

Forstwirtschaft

Mehr als 42 Prozent unserer Landesfläche sind bewaldet. Der Wald bietet den Menschen Erholung. Er filtert Schadstoffe aus Luft, Boden und Wasser und gibt uns im wahrsten Sinne des Wortes die Luft zum Atmen. Er ist für viele heimische Tierarten ein Zuhause, bietet Arbeitsplätze und versorgt Mensch und Wirtschaft mit einem wertvollen nachwachsenden Rohstoff. Diese Multifunktionalität des Waldes ist uns wichtig, sie wollen wir schützen und entwickeln. Der Waldzustand hat sich in den vergangenen Jahren leicht verbessert, aber immer noch bedrohen Umweltbelastungen aus Landwirtschaft und Verkehr sowie zunehmend auch die Folgen des Klimawandels unsere heimischen Wälder.

Wir wollen naturnahe sowie alters- und artendurchmischte Wälder. Sie sind widerstandsfähiger gegen Sturm, Schädlinge wie den Borkenkäfer und Umweltbelastungen. Sie halten dem Klimawandel besser stand als der reine Fichtenforst.

Um Schädigungen des Waldes zu begrenzen, brauchen wir ein angemessenes Wildtiermanagement. So haben wir zum Beispiel die Jagdzeiten für die unterschiedlichen Tierarten angeglichen, um die verantwortungsvolle Jagd und die Ruhezeiten im Wald zu stärken.

Um die Qualität des Waldes zu verbessern, praktizieren wir eine naturnahe Bewirtschaftung im Staatswald und zertifizieren ihn mit dem FSC-Siegel. Wir wollen mehr FSC-zertifiziertes Holz in die Vermarktung bringen. Wir setzen auf ein Konzept für Biotop- und Altbäume sowie Totholz, das landesweit im Staatswald umgesetzt wird. Für die Zukunft der Försterinnen und Förster und zur Sicherung ihrer wichtigen Aufgaben haben wir erstmals seit Jahren einen Korridor für Neueinstellungen innerhalb des Landesbetriebs Landesforsten erreicht.

Mit dem Gemeinschaftsforstamt unterstützen wir die Bewirtschaftung des Waldes in privatem und kommunalem Besitz. Es bietet Beratung für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, für den Erhalt eines multifunktionalen Waldes und bei dessen

Nutzung – sei es im Hinblick auf die Erholungsressourcen oder den Holzeinschlag. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für den Erhalt der Gemeinschaftsforstämter ein.

Tierschutz

Wir wollen, dass die Haltung an die Bedürfnisse der Tiere angepasst ist. Seit 2000 hat der Tierschutz in Rheinland-Pfalz Verfassungsrang und seit 2002 ist er auch im Grundgesetz verankert. Die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags wollen wir weiter voranbringen, denn konsequenter Tierschutz braucht verbindliche Regelungen. Mit der Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände haben wir GRÜNE den Tieren in Rheinland-Pfalz erstmals einen Anwalt gegenüber behördlichen Entscheidungen an die Seite gestellt. Anerkannte Tierschutzverbände finden nun bei vielen behördlichen Maßnahmen schon im Vorfeld Gehör. Damit haben wir den Tierschutz in Rheinland-Pfalz erheblich gestärkt. Wir werden uns aber auch weiterhin für ein Tierschutz-Verbandsklagerecht auf Bundesebene einsetzen.

Wir wollen verhindern, dass in Rheinland-Pfalz die negative Entwicklung der Massentierhaltung mit ihren massiven Umwelt- und Klimaauswirkungen stattfindet. Die Dumpingpreise der Massentierhaltung und der Preiskampf der Discounter schädigen die Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft. Deswegen wollen wir die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wertschätzung für Produkte aus tiergerechter Haltung verbessern. In den vergangenen Jahren haben wir die uns als Bundesland zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt und beispielsweise die Stallaufzucht an Tierschutzkriterien gekoppelt. Verbraucherinnen und Verbraucher sind wichtige Verbündete für bessere Haltungsbedingungen. Die 2004 von uns GRÜNEN durchgesetzte Kennzeichnungspflicht für Eier von 0 für Bio- bis 3 für Käfigeier hat gewirkt, weil vielen Menschen die Tierhaltung wichtig ist: Frisch-Eier aus Käfighaltung wurden im Handel nicht mehr nachgefragt und sind heute weitestgehend aus den Supermarktregalen verschwunden.

Wir setzen uns dafür ein, die Haltungskennzeichnung auch auf Produkte wie Nudeln und Gebäck, in denen Eier verarbeitet wurden, auszuweiten. Gemeinsam mit anderen Bundesländern arbeiten wir in der Landesregierung an einer ähnlichen Kennzeichnung für Fleisch- und Wurstwaren und fordern von der Bundesregierung, diese einzuführen. Unser erfolgreicher Kampf für das sofortige Verbot neuer Käfiganlagen für Legehennen und die Abschaffung der bestehenden Käfige bis 2025 zeigt, wie GRÜNE Politik schrittweise höhere Tierschutzstandards durchsetzt. Gemeinsam werden wir nun darauf drängen, das massenhafte Töten von Küken bundesweit zu stoppen. Schmerzhaft eingriffe wie die betäubungslose Ferkelkastration und das Kürzen von Hühnerschnäbeln wollen wir schnellstmöglich beenden.

Bei der letzten Tierschutzgesetznovelle des Bundes haben wir für zahlreiche Verbesserungen gestritten und werden nicht nachlassen, höhere Standards einzufordern. In Zirkuseinrichtungen ist es nicht möglich, gute Haltungsbedingungen für Wildtiere sicherzustellen. Deswegen werden wir uns im Bundesrat weiterhin für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus einsetzen.

Wir werden uns weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Abschaffung von Tierversuchen einsetzen und die Erforschung von alternativen Methoden fördern. Ein Beitrag ist zum Beispiel der vom Land alle zwei Jahre vergebene Preis zur Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden.

Gutes Essen – für alle

Wie wir uns ernähren, wie unsere Lebensmittel produziert werden, wo sie angebaut, wie sie transportiert und in der Weltbevölkerung verteilt werden – das ist im 21. Jahrhundert eine Schlüsselfrage. Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte sind hierbei aufs engste miteinander verwoben. Etwa ein Drittel der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen gehen inzwischen auf die Ernährungswirtschaft und Veränderungen der Landnutzung zurück, insbesondere auf die weltweit wachsende Fleischerzeugung.

Für uns GRÜNE ist die Forderung nach gutem Essen für alle ein politisches Schlüsselprojekt. Als Partei der Grundrechte wollen wir, dass alle Menschen Zugang zu Nahrung und sauberem Wasser haben. Der Schutz der Süßwasserreserven in Rheinland-Pfalz als Quelle für Trinkwasser hat bei uns höchste Priorität.

Regionale Produkte – bewusste Ernährung

Immer mehr Menschen wollen regional produzierte Lebensmittel kaufen. Der Verzicht auf lange Transportwege senkt den Ausstoß von Treibhausgasen und erhöht die Wertschöpfung vor Ort. Wir wollen deshalb regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen ausbauen und fördern. Dazu brauchen wir eine verlässliche Kennzeichnung regionaler Produkte. Wir wollen eine klare Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher und ein Zertifizierungssystem, welches regionale Dachmarken und ihre mittelständischen, regionalen Strukturen auszeichnet. Diese Dachmarken werden wir stärken und weiter ausbauen.

Gemäß dem Motto „Global denken, lokal handeln“ kann jede und jeder von uns mit dem Einkaufskorb einen Beitrag für eine bessere Welt leisten. Wir setzen uns für einfache und klar zu erkennende Label und Kennzeichnungen für Lebensmittel, beispielsweise über die Herkunft oder die Tierhaltung, ein. Nur wenn wir verlässlich erkennen können, wo die Produkte herkommen, was in ihnen enthalten ist und wie sie verarbeitet wurden, können wir bewusste und fundierte Kaufentscheidungen treffen.

Immer mehr Menschen wollen teilweise oder ganz auf Fleisch oder tierische Bestandteile in ihrer Nahrung verzichten. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche Kennzeichnung veganer und vegetarischer Produkte ein. Außerdem wollen wir, dass in allen öffentlichen Verpflegungseinrichtungen mindestens ein vollwertiges vegetarisches oder veganes Gericht angeboten wird.

Ernährungsbildung

Besonders wichtig ist die Ernährungsbildung. Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, leiden unter den Folgen von Fehlernährung. Wir wollen Essensgewohnheiten nicht vorschreiben, sondern setzen auf Information. Dazu gehören

vielfältige Angebote, die alle Zielgruppen ansprechen. Wir wollen deshalb die Verbraucher- und Ernährungsbildung in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen und verstärkt die Kommunen mit einbeziehen.

Mit der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ haben wir in den vergangenen Jahren Bildungsangebote im ganzen Land realisiert. Das Schulobstprogramm erreicht derzeit 260.000 Kinder und führt sie an das Thema gute und gesunde Ernährung heran. Wir wollen dieses erfolgreiche Programm weiter erhalten. Die Vernetzungsstelle Schul- und Kitaernährung wollen wir mit Bundes- und Landesmitteln sichern und ausbauen. Auch das Betreuungs-, Lehr- und Küchenpersonal in Kitas und Schulen wollen wir mit Angeboten der Ernährungsbildung qualifizieren. Wir wollen, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion für gute Ernährung übernimmt, indem sie sich zum Beispiel in ihren Verpflegungseinrichtungen an den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientiert und frische, regionale, faire und ökologische Lebensmittel einsetzt. *(zu Eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung siehe auch S. 50)*

Wirtschaft

Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und des fairen Handels. Unsere Ziele sind der Erhalt natürlicher Ressourcen, gesamtgesellschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auch für zukünftige Generationen. Der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz steht ausgezeichnet da. Um Beschäftigung und Wohlstand in Rheinland-Pfalz langfristig zu sichern, wollen wir weg von einer reinen Orientierung an quantitativem Wachstum. In einer Welt endlicher Ressourcen ist das nicht zukunftsfähig. Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich am gesellschaftlichen Wohlstand und nimmt die Bedürfnisse aller wie auch die Grenzen der natürlichen Lebensgrundlage in den Blick. Der Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich nicht alleine am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ablesen. Mit dem Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) für Rheinland-Pfalz haben wir bereits damit begonnen, für die Gesellschaft ein neues Wohlfahrtsmaß zu entwickeln und damit eine Bewertungsgrundlage für nachhaltige Wirtschaftspolitik zu schaffen. Mit der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz haben wir dargelegt, was wir unter einem nachhaltigen Rheinland-Pfalz verstehen. Daran wollen wir unsere Wirtschaftspolitik auch in den kommenden Jahren ausrichten.

GRÜNE Wirtschaftspolitik für den Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden die Grundlage der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz. Sie sind häufig eigentümer- oder familiengeführt und übernehmen in besonderer Weise Verantwortung in der Region und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der industrielle Mittelstand hat viele „hidden Champions“ hervorgebracht, die aufgrund überzeugender Technologien weltweit erfolgreich sind und deshalb einen hohen Exportanteil haben. Die Innovationsfähigkeit und hohe Flexibilität des Mittelstands sind wesentliche Voraussetzung, um den anstehenden Herausforderungen der ökologischen Modernisierung, der digitalen Revolution und des demografischem Wandels zu begegnen. Die Politik ist gefragt, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Umso wichtiger ist es, darauf zu achten, dass diese Unternehmen im Wettbewerb gleiche Chancen wie internationale Konzerne haben. Die von uns GRÜNEN eingeleitete Energiewende ist hierfür beispielhaft. Durch eine gute politische Steuerung konnten sich neue Firmen gründen und der von vier Konzernen blockierte Markt konnte aufgebrochen werden. Dadurch wurde die Tür geöffnet für Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien.

Kleine und mittlere Unternehmen sind auf eine gute Regulierung angewiesen, die ihnen faire Wettbewerbsbedingungen etwa bei steuerlichen Rahmenbedingungen ermöglicht. Die Privilegien transnational agierender Konzerne, beispielsweise bei der Steuergestaltung und -umgehung, die sich aus der Möglichkeit ergeben, unterschiedliche Rechtssysteme auszunutzen, wollen wir abbauen. Auch in der digitalen Wirtschaft wollen wir faire Wettbewerbsbedingungen und Standards entwickeln, durchsetzen und sichern. Dafür brauchen wir starke Wettbewerbsbehörden auf Landes-, Bundes und Europäischer Ebene. Wir setzen uns für vereinfachte und separate Regulierungsbestimmungen bei Genossenschaftsbanken und kleinen, regional agierenden Kreditinstituten ein. Die für Großbanken sinnvolle und notwendige Regulierung gefährdet aufgrund der Komplexität kleinere Banken in ihrem Bestand, mit gravierenden Folgen für mittelständische Unternehmen und Privatkunden.

Wir wollen die Kreditversorgung der Realwirtschaft durch regional verankerte Banken wie Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Alternativbanken fördern. Als GRÜNE treten wir für politische Rahmenbedingungen ein, die das Prinzip „too big to fail“ beenden.

Die Energiewende gemeinsam mit dem Handwerk umsetzen

Das Handwerk ist eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Es ist Garant für gute Ausbildung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Gerade die Themen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien haben in den letzten Jahren in unterschiedlichen Feldern des Handwerks an Bedeutung gewonnen und stellen lokale Wachstumsfelder dar. Ob bei der Wärmedämmung von Gebäuden oder beim Einsatz von Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe, die Handwerksbetriebe sind ein zentraler Partner bei der Umsetzung der Energiewende im Land und eine stabile Säule regionaler Wertschöpfung. Auch in den kommenden Jahren hat das Handwerk ausgezeichnete Perspektiven. Ob bei der energetischen Sanierung oder dem Austausch alter Heizungen gegen neue und sparsame, gemeinsam mit dem Handwerk wollen wir die Energiewende in Rheinland-Pfalz weiter umsetzen. Mit der konsequenten Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparung werden wir dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Durch gezielte Förderung der Aus- und Weiterbildung im Handwerk wollen wir dazu beitragen, dass das Handwerk über ausreichend qualifizierte Fachkräfte verfügt, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Nachhaltige Industriepolitik

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist stark von der Industrie geprägt. Unter allen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz den zweithöchsten Anteil an industrieller Wertschöpfung.

Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Industrie in Rheinland-Pfalz sich weiter gut entwickeln kann und sie zu einem Vorreiter des umweltfreundlichen, ressourceneffizienten Wirtschaftens wird. Wir GRÜNE setzen dabei auch auf die Vernetzung und Kooperation unter Moderation und Koordination der Landesregierung, wie wir dies im Industriedialog und in der Innovationsstrategie umgesetzt haben. Wirtschaft und Gewerkschaften haben gemeinsam im Schlussdokument des Industriedialogs die hohe Bedeutung der Steigerung der Ressourceneffizienz betont. Auf diesem Weg wollen wir vorangehen.

Zukunftschancen durch „Green Economy“ nutzen: Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz

Unsere Wirtschaftsweise und damit unser Wohlstand sind mit einem enormen Energie- und Ressourcenverbrauch verknüpft. Das hat nicht nur ökologisch dramatische Auswirkungen, sondern wird vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Nachfrage nach Energie und Rohstoffen auch zunehmend zu einer ökonomischen Herausforderung für unsere Wirtschaft. Gerade ein exportstarkes Bundesland wie Rheinland-Pfalz muss sich auch in Zukunft auf den internationalen Märkten behaupten können. Das gelingt, wenn wir es schaffen, unsere Produkte mit möglichst hoher Energie- und Ressourceneffizienz und damit kostensparend herzustellen. Damit haben wir heute die Chance, das ökologisch Richtige mit dem ökonomisch Notwendigen zu verknüpfen. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat das längst erkannt. GRÜNE Wirtschaftspolitik will sie auf diesem Weg unterstützen. Mit dem Effizienz-Check, dem Effizienznetzwerk Rheinland-Pfalz und der Energieagentur haben wir bereits Beratungs- und Informationsangebote für die rheinland-pfälzischen Unternehmen geschaffen, um die Effizienz- und Einsparpotenziale im eigenen Betrieb zu erkennen und zu nutzen.

Wir GRÜNE wollen diese Strukturen weiter verstärken und so noch mehr Unternehmen die Möglichkeit geben, davon zu profitieren. Wir wollen mittelständische Unternehmen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien, bei der Energieeinsparung und bei der Energieeffizienz wie auch auf dem Weg zu mehr Ressourceneffizienz weiter unterstützen. Dazu werden wir den Umbau der bestehenden Wirtschaftsförderprogramme fortsetzen. Geld vom Land gibt es dann beispielsweise für Investitionen von Unternehmen in neue Produktionsanlagen, mit denen der Energie- und Ressourcenverbrauch gesenkt wird. Wir setzen konsequent auf die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und wollen den Ressourcenverbrauch kontinuierlich senken. Durch eine Erhöhung der Recyclingquoten wollen wir den Einsatz von Sekundärrohstoffen steigern und dadurch den Bedarf an Rohstoffimporten weiter verringern. Die Erfahrungen aus dem „Bündnis Kreislaufwirtschaft auf dem Bau“ wollen wir weiterentwickeln, um das Prinzip der Kreislaufwirtschaft und das Stoffstrommanagement in Rheinland-Pfalz auch in anderen Bereichen zu stärken.

Außenwirtschaftsförderung

In der Außenwirtschaftsförderung haben wir in der Landesregierung den Schwerpunkt auf die Zukunftsmärkte der Umwelttechnologien gesetzt. So wollen wir die rheinland-pfälzischen Unternehmen dabei unterstützen, ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz erfolgreich auf den internationalen Märkten zu positionieren.

Wir GRÜNE wollen auch in Zukunft mit Hilfe der Außenwirtschaftsförderung nicht nur Türen in wichtige Zukunftsmärkte öffnen, sondern auch einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten. Denn die Außenwirtschaftsförderung braucht eine ethische Fundierung, die auf eine faire internationale Arbeitsteilung setzt, und Strategien zum Aufbau wirtschaftlicher, aber auch ökologisch und sozial verantwortbarer Strukturen unterstützt.

Innovationen: Forschung, Cluster, Netzwerke und Gründungen stärken

Der Schlüssel zu einer nachhaltigen Wirtschaft liegt in Innovationen. Denn ohne technologische Innovation werden wir die ökonomisch-ökologischen Herausforderungen nicht bewältigen. Dafür braucht es wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die es Unternehmen erlauben, neue Ideen in die Praxis zu überführen.

Durch die Anpassung der Innovationsstrategie haben wir dafür bereits den Grundstein gelegt. Bei der Neuausrichtung der EFRE-Förderung haben wir darauf geachtet, dass wir künftig gezielt in effektive und zukunftsorientierte Strukturen investieren. Im Rahmen der Innovations- und Technologiepolitik setzen wir auf die Verknüpfung von Forschung und betrieblicher Praxis. Dadurch wollen wir insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen die Chance eröffnen, von der Forschungs- und Technologieförderung in höherem Maß zu profitieren.

Durch einen Innovationsfonds für Wagniskapital wollen wir weiterhin Technologie-Gründungen und jungen, innovativen Unternehmen über die schwierige Startphase hinweghelfen. Denn wir brauchen künftig mehr innovative Gründerinnen und Gründer in Rheinland-Pfalz. Wir haben bereits begonnen, die Gründeroffensive stärker auf Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund auszurichten, um ihr Potential für Unternehmensgründungen stärker zu nutzen.

Chancen der Digitalisierung nutzen: moderne Infrastruktur für eine moderne Wirtschaft

Eine moderne nachhaltige Wirtschaft braucht eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Wir stellen daher die notwendigen Mittel für den Erhalt des bestehenden Straßennetzes bereit. Doch eine moderne Infrastruktur umfasst weit mehr als das Straßennetz.

Die Welt befindet sich seit einigen Jahren in einem fundamentalen Wandel zur Informationsgesellschaft. Dieser Wandel bietet viele Chancen, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung eröffnen neue Wege für eine nachhaltige Politik. GRÜNE Wirtschaftspolitik für Rheinland-Pfalz will die Chancen

der Digitalisierung nutzen und Unternehmen dabei gezielt unterstützen. Wir wollen Innovationen in Rheinland-Pfalz ermöglichen und neue Beschäftigung und Arbeitsformen schaffen. Das Internet der Dinge bietet neue Chancen, um über eine effizientere Ressourcennutzung unmittelbar zum ökologischen Wandel der Wirtschaft beizutragen. Neue Kommunikationsprozesse, Produktionsabläufe und Geschäftsmodelle bilden die Grundlage für neue Dienstleistungen von Handwerksbetrieben, Logistik und Maschinenbau bis hin zur Kreativwirtschaft. Auch der rheinland-pfälzischen Industrie bieten sich im Rahmen der Digitalisierung neue Chancen. Allen voran ist hier das Thema Industrie 4.0 zu nennen, das in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden muss, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft langfristig zu sichern.

Wir wollen Industrie, Handwerk und Mittelstand bei den Herausforderungen auf dem Weg zur Wirtschaft 4.0 unterstützen. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, so dass die enormen Chancen auch genutzt werden können. Geschwindigkeit und Bandbreite des Internetzugangs sind heute zentrale Standortfaktoren. Den Ausbau des Breitbandnetzes wollen wir fortsetzen, bis es flächendeckend zur Verfügung steht. Gleichzeitig spielt der Datenschutz eine immer größere Rolle. Für uns stellen Datenschutz und Datensicherheit jedoch keine Hindernisse, sondern Chancen und Voraussetzungen von Innovation, Wohlstand und Sicherheit dar. An der Schnittstelle von Unternehmen und Verwaltung bietet die Digitalisierung überdies neue Chancen zum Bürokratieabbau. Hierzu wollen wir E-Government Ansätze weiter verbessern und ausbauen.

Zu einer wirtschaftsnahen Infrastruktur gehört noch mehr als die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung. Bei der weiteren Unterstützung der Konversion von früher militärisch genutzten Liegenschaften sowie bei der Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten werden wir die wachsende Bedeutung des örtlichen Breitbandangebotes berücksichtigen und weiter konsequent auf Nachhaltigkeit und Vereinbarkeit von Wirtschafts- und Umweltzielen achten.

Auch ein leistungsfähiges Betreuungssystem ist Bestandteil einer modernen Infrastruktur für eine moderne Wirtschaft. Denn für Fachkräfte wie auch für Unternehmensansiedlungen sind gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten vor Ort ebenso wichtige Entscheidungskriterien wie die Qualität der lokalen Bildungseinrichtungen. Um diese Standortfaktoren zu stärken, haben wir in den vergangenen Jahren bereits gute Arbeit geleistet. Darauf wollen wir aufbauen.

Fachkräfte

Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer größer werdende Bedeutung zu. Mit der Erarbeitung der Landesfachkräftestrategie haben wir bereits den Grundstein für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz gelegt. Die entwickelten Maßnahmen gilt es nun umzusetzen.

Insbesondere die notwendige Entwicklung und Verbreitung von Innovationen erfordert umfassende wissenschaftliche Unterstützung. Um den Nachwuchskräftebedarf in diesem Bereich zu sichern, muss das Angebot an Hochschulstudiengängen sowie Aus- und Weiterbildungsangeboten insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsmärkte verbessert und erweitert werden.

Wir werben bei der Wirtschaft dafür, mehr duale Ausbildungsplätze anzubieten. Die Coaching-Angebote für Jugendliche mit Ausbildungshemmnissen wollen wir ebenso ausbauen wie überbetriebliche Ausbildungsangebote.

Das vorhandene Potenzial an Fachkräften wollen wir noch besser erschließen. Um dies zu erreichen, wollen wir die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern. Durch eine aktive Zuwanderungspolitik ausländische Fachkräfte dauerhaft für die Bundesrepublik zu gewinnen ist ebenso wichtig wie heimische Potentiale zu heben. Mit der Einrichtung von Welcome-Centern wurde ein erster Schritt in Richtung einer echten Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte gegangen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Einwanderungsgesetz ein, um künftig noch mehr ausländische Fachkräfte für Rheinland-Pfalz gewinnen zu können. Die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge wollen wir erleichtern.

Auch die Unternehmensnachfolge stellt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels für viele kleine und mittelständische Unternehmen eine große Herausforderung dar. Durch einerseits den Abbau von Hemmnissen und andererseits Erleichterungen für Menschen, die eine Unternehmensnachfolge antreten möchten, wollen wir die Unternehmen bei der Bewältigung dieser Herausforderung unterstützen und so Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz langfristig sichern.

Alternative Wirtschaftsmodelle stärken

Gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise haben sich in den vergangenen Jahren neue, nicht profitorientierte oder gemeinschaftliche Wirtschaftsformen gebildet beziehungsweise neue Aufmerksamkeit erlangt. Ob Genossenschaften, Repair Cafés, offene Werkstätten oder auch Formen der Sharing Economy: Alternative Wirtschaftsformen nehmen mehr in den Blick als die reine Gewinnmaximierung. Sie orientieren sich am Gemeinwohl und befördern ein umsichtiges und umweltfreundliches Konsumverhalten. Gleichzeitig können sie eine Kultur des kollektiven Teilens stärken. Wir wollen diese Entwicklung befördern und dazu beitragen, dass sich auch in Rheinland-Pfalz verstärkt Unternehmen und Organisationen gründen, die diese alternativen Formen des wirtschaftlichen Denkens umsetzen. Wir wollen bestehende Modelle vernetzen, damit andere von bereits gemachten Erfahrungen profitieren können. Durch Beratungsangebote und gezielte Förderung wollen wir innovative und engagierte Menschen dabei unterstützen, ihre Ideen für alternatives Wirtschaften in Rheinland-Pfalz zu verwirklichen. Beispielhaft steht dafür die Förderung des „Landesnetzwerks BürgerEnergieGenossenschaften“ durch das Wirtschaftsministerium.

Wir GRÜNE unterstützen es, wenn Unternehmen in Rheinland-Pfalz freiwillig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen und veröffentlichen. Ein Pilotprojekt „Gemeinwohlbilanz“ bei Unternehmen mit Landesbeteiligung streben wir an. Dieses Pilotprojekt soll wissenschaftlich begleitet werden.

Nachhaltiger Tourismus

Der Tourismus ist für Rheinland-Pfalz ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Jobmotor. Gleichzeitig verbessert er die Attraktivität und Lebensqualität der ländlichen Regionen und trägt zum Erhalt der Kultur- und Naturlandschaften bei. Mit einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften, attraktiven Ortschaften, gastfreundlichen Menschen und nun auch einem Nationalpark verfügen wir über ausgezeichnete Voraussetzungen, um auch in Zukunft im Tourismus erfolgreich zu bleiben. Dabei setzen wir vor allem auf nachhaltigen, sanften Tourismus. Die Fortentwicklung der Tourismusstrategie der Landesregierung, die auf Wandern, Weinerlebnis und Gesundheit aufbaut, hat mit den Schwerpunkten Natur, Kultur und Barrierefreiheit ihre Ergänzung erfahren. Wir unterstützen die Bewerbung des UNESCO Welterbes „Oberes Mittelrheintal“ für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031. Die regionalen Kräfte zu bündeln, wird eine bedeutsame Entwicklung mit erheblichem Potential für den Tourismus und die Wirtschaft der Region – und damit auch für den Erhalt des Welterbestatus – auslösen. Die Bundesgartenschau kann mit den im Masterplan „Welterbe oberes Mittelrheintal“ festgelegten Maßnahmen einen weiteren Meilenstein darstellen.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt rund 35.000 Menschen und leistet einen beachtlichen Beitrag zur rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir wollen den eingeschlagenen Weg, die Rahmenbedingungen der Branche zu verbessern, konsequent weitergehen. Dabei setzen wir weiter darauf, Angebote für die Beratung und Unterstützung zu schaffen. Wir GRÜNE werden in der kommenden Wahlperiode ein Förderprogramm zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft auflegen.

Verkehrspolitik

Für die Erreichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung ist eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik unverzichtbar. Während in privaten Haushalten, in der Industrie und bei der Energiegewinnung die Emissionen sinken, steigt der Schadstoffausstoß durch Verkehr. In Deutschland gehen fast 20 Prozent der Treibhausgasemissionen vom Verkehrssektor aus. Neben der Fortführung der Energiewende ist deshalb die Verkehrswende ein wichtiger Baustein der GRÜNEN Klimaschutzpolitik. *(zu Die Energiewende muss weitergehen siehe auch S. 11)*

Zentrale Ziele GRÜNER Verkehrspolitik sind weniger Verkehrsunfälle, die Minderung klimaschädlicher Treibhausgase, die Eindämmung des Flächenverbrauchs durch Verkehrswege, mehr Lärmschutz und die allgemeine Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe durch Mobilität. Dazu müssen wir den Autoverkehr vermindern und gleichzeitig die Mobilität jedes Einzelnen verbessern. Dies erreichen wir mit einem gut ausgebauten, attraktiven öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf Straßen, Schienen und Fähren. Der Bund darf sich seiner grundgesetzlichen Zuständigkeit für den Schienenpersonen-Fernverkehr nicht weiter entziehen. Alle Oberzentren in Rheinland-Pfalz

brauchen Anschluss an den Schienenpersonen-Fernverkehr. Für die Moselregion wollen wir kurzfristig umsetzbare Möglichkeiten einer saisonalen Anbindung prüfen.

Mittelfristig sollen Elektro-Pkw angetrieben von Strom aus Erneuerbaren Energien und ein verbesserter ÖPNV die Verkehrswende unterstützen. In der Diskussion ist eine befristete Förderung, die der Bund auf den Weg bringen müsste. Ergänzend sollen strengere Emissionsstandards eingeführt werden, um den Umstieg attraktiver zu gestalten. Bezahlbar muss Mobilität nicht nur für den Einzelnen sein, sondern auch für die öffentlichen Haushalte. Deshalb setzen wir auf Investitionen in den Erhalt des Straßennetzes statt auf kostspielige Neubauprojekte. Hier haben wir GRÜNE auf der Landesebene die Trendwende eingeleitet. Bei der Förderung kommunaler Investitionen haben wir bereits eine Verschiebung der Mittel zugunsten des Radverkehrs und des ÖPNV eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Förderung für den Umweltverbund deutlich verstärken.

Solide Finanzierung für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Insgesamt fehlen dem Verkehrssektor bundesweit jährlich 7,2 Milliarden Euro für die Instandsetzung der vorhandenen Infrastruktur. Wir haben durchgesetzt, dass beim Landesstraßenbau in Rheinland-Pfalz der Erhalt Vorrang vor kostspieligen Neubauprojekten bekommen hat. Wir wollen eine bezahlbare, leisere, sicherere und umweltverträglichere Straßeninfrastruktur für alle. Noch mehr neue Straßen sind heute nicht bezahlbar und können von den kommenden Generationen nicht unterhalten werden.

Wir wollen eine Verbesserung der Mobilität im „UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal“. Der Bau einer Brücke im Mittelrheintal wäre ohne erhebliche Einschnitte bei der Finanzierung wichtiger Verkehrsinvestitionen nicht bezahlbar und würde die bestehenden Fährverbindungen aufs Spiel setzen. Deshalb lehnen wir den Brückenbau ab. Wir wollen weiterhin einen bedarfsgerechten Ausbau sicherer und günstiger Fährverbindungen voranbringen. Dabei setzen wir auch immer mehr auf emissionsfreie Fähren. Attraktive Fährverbindungen bieten mehr vernetzte, umweltverträgliche Mobilität in der gesamten Region, bereichern den Tourismus und sichern langfristig regionale Arbeitsplätze. Alle Fährverbindungen sollen in die Tarife der Verkehrsverbünde aufgenommen und besser mit dem übrigen ÖPNV vernetzt werden.

Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs bleibt eine große Herausforderung, auch wenn mit der Einigung zwischen Bund und Ländern nun endlich Planungssicherheit für die weitere Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs durch den Bund (Regionalisierungsmittel) besteht. Wir werden aber auch weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, dass der Bund sich nicht aus der finanziellen Verantwortung für Mobilitäts- und Infrastrukturaufgaben zurückzieht. Wir wollen alternative Konzepte zur solidarischen Finanzierung des ÖPNV prüfen.

Die Entscheidung der Europäischen Union zum Subventionsstopp für regionale Flughäfen zwingt endgültig zu einer Neuausrichtung der Luftverkehrspolitik des Landes. Dies haben wir GRÜNE ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig werden wir unsere Bemühungen

verstärken, zusätzliche Arbeitsplätze ohne direkten Bezug zum Luftverkehr zu schaffen. Wir wollen den Prozess zur Veräußerung des Hahns mit Nachdruck voranbringen, damit eine Bezuschussung des Luftverkehrs mit Steuergeldern endgültig der Vergangenheit angehört.

Neue Impulse für den ÖPNV

Der Schienenpersonennahverkehr hat mit dem „Rheinland-Pfalz-Takt“ ein bundesweit anerkanntes, hohes Niveau. Mit dem Ausbaukonzept „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ konnte das Land eine weitere Qualitätssteigerung im Schienenpersonennahverkehr erreichen. Wir wollen künftig weitere Angebotsverbesserungen umsetzen und – was sinnvoll ist – zusätzliche Verkehrsstationen und Haltepunkte entlang bestehender Bahnlinien einrichten. Damit schaffen wir attraktive Angebote für die Menschen vor Ort, stärken den Schienenverkehr und erhöhen seine Wirtschaftlichkeit. Wir werden die vorbereiteten Projekte zur Reaktivierung von Bahnstrecken umsetzen – hierzu zählt beispielsweise die Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar von Homburg (Saar) nach Zweibrücken – und weitere prüfen. Dort, wo kurz- und mittelfristig keine Wiederaufnahme des Schienenverkehrs möglich ist, sorgen wir mit Trassensicherungskonzepten langfristig dafür, dass mögliche Bahnstrecken erhalten bleiben.

Weite Teile des Landes können nicht mit der Schiene erschlossen werden. Der Ausbau des straßengebundenen ÖPNV außerhalb der Ballungszentren ist deshalb eine wichtige Zukunftsaufgabe. Der ÖPNV gehört zur Daseinsvorsorge. Anders als in vielen anderen Bundesländern ist er in Rheinland-Pfalz jedoch nur eine freiwillige Aufgabe für die Kommunen. Das kann so nicht bleiben, weshalb wir ihn mit einer Gesetzesänderung zur Pflichtaufgabe machen wollen.

Gleichzeitig gilt unser Augenmerk dem Ausbau des Busverkehrs und des hoch attraktiven Straßenbahnnetzes in den Städten. Hier sind die höchsten Fahrgastzuwächse der öffentlichen Verkehrsmittel und damit die größten Einsparungen klimaschädlicher Emissionen des Individualverkehrs möglich. Um die Mehrkosten für die Beschaffung eines Hybrid- beziehungsweise Elektrobusses zu kompensieren, streben wir ein gestuftes Landesprogramm an, welches die Beschaffung schadstoffarmer und -freier Busse über die nächsten fünf Jahre fördert.

Wir werden die Erfolgsgeschichte der Verkehrsverbünde weiterschreiben. Hierzu gehört deren Weiterentwicklung zu echten Mobilitätsverbänden. Sie sollen gemeinsam mit Radverleih- und Car-Sharing-Angeboten vernetzte, flächendeckende Mobilitätslösungen entwickeln und den Zugang dazu mit neuen Technologien erleichtern.

Eine enge Verzahnung mit modernen Verkehrskonzepten wie Bürgerbussen, Anrufbussen und -taxen werden wir noch in dieser Legislaturperiode mit dem Modellprojekt „ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“ auf den Weg bringen.

Unser Ziel ist es, dass die täglichen Mobilitätsbedürfnisse grundsätzlich mit dem ÖPNV erfüllt werden können. Dabei müssen zentrale Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten aus dem jeweiligen Einzugsgebiet gut per ÖPNV erreichbar sein. Der ÖPNV des Landes wird kontinuierlich barrierefrei ausgebaut. Um ihn zu einer verlässlichen Alternative zu machen, sollen die Echtzeitdaten der einzelnen Fahrten im Internet abrufbar sein. Wir wollen dafür sorgen, dass WLAN in Bahnen und Bussen zunehmend zur Verfügung steht. Bei anstehenden Weiterentwicklungen von regionalen Nahverkehrsplänen werden wir

die Bürgerinnen und Bürger über Mobilitätskonferenzen einbinden. Wir wollen, dass allen Landesbediensteten ein Job-Ticket angeboten werden kann. Die bislang vorwiegend unter sozialen Gesichtspunkten gewährte Telearbeit im öffentlichen Dienst soll – wo dies möglich ist – auch mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung weiter geöffnet werden.

Neue Mobilitätskultur

Wir brauchen eine neue Mobilitätskultur, in der umweltfreundliche Verkehrsmittel als selbstverständliche Alternative zum Pkw-Verkehr etabliert sind. Auf dem Weg zu diesem Ziel wollen wir mit der öffentlichen Verwaltung beispielgebend vorangehen. Dazu wollen wir zunächst Modellprojekte eines betrieblichen Mobilitätsmanagements in einzelnen Behörden und Einrichtungen des Landes initiieren, um die Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs, des Fahrrads und des Car-Sharings so weit wie möglich zu nutzen. Zudem wollen wir die Fahrzeugflotten auf ein angemessenes Maß hinsichtlich Anzahl und Fahrzeuggrößen weiter reduzieren und umweltverträglicher machen. Hierbei entstehen auch Einspareffekte bei Anschaffungskosten und laufenden Kosten. Die Idee eines einheitlichen Fahrscheins für das Land wollen wir neu beleben. In einem ersten Schritt wollen wir landesweite Angebote für junge Menschen, insbesondere Auszubildende, Schülerinnen, Schüler und Studierende prüfen. Darüber hinaus ist es notwendig, Verbände beziehungsweise Kommunen bei der Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen und für Flüchtlinge zu unterstützen. Hindernisse zwischen Verkehrsverbänden wollen wir abbauen, beispielsweise beim Fahrscheinkauf.

Neue Radwege für neue Radtechnologien, sichere Fußwege für Groß und Klein

Die Renaissance des Fahrrads als urbanes Verkehrsmittel dauert an. Elektromotor-unterstützte Fahrräder (Pedelects) erhöhen auch im ländlichen Raum und abseits ebener Radwege die Akzeptanz einer stärkeren Nutzung des Rades. Deshalb wollen wir die Fahrradinfrastruktur ausbauen und dafür Radschnellwege, sichere und gut ausgeschilderte Radwege an Landesstraßen, Radstationen mit Fahrradverleih-Systemen an Bahnhöfen und Busknotenpunkten sowie Ladestationen für Pedelects auch an weiteren geeigneten Standorten realisieren. Bike&Ride wollen wir flächendeckend ermöglichen.

Die von uns vorgeschlagene Änderung der Landesbauordnung ermöglicht mittlerweile die Verwendung von Stellplatzablösen auch für die Radverkehrsinfrastruktur. Dadurch haben wir den Kommunen zusätzliche finanzielle Möglichkeiten für solche Vorhaben eröffnet.

Vorrang für Sicherheit und Umweltverträglichkeit

Bei der Weiterentwicklung des bestehenden Straßennetzes setzen wir auf Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Lärmschutz. Für uns gilt die „Vision Zero“ als Ziel, um schrittweise und stetig die Zahl der Opfer bei Unfällen im Straßenverkehr zu reduzieren. Die Kommunen brauchen bessere Möglichkeiten, innerörtliche Geschwindigkeitsbe-

grenzungen für mehr Lärmschutz und weniger Verkehrsunfälle anzuordnen. Weitere sinnvolle Tempo-30-Ausweisungen an Durchgangsstraßen und flächendeckende Tempo-30-Zonen in Wohngebieten können die Sicherheit des Straßenverkehrs erhöhen und Lärm reduzieren. Entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen im Umfeld von Kindertagesstätten, Schulen und anderen sensiblen Einrichtungen wollen wir konsequent umsetzen. Die erfolgreichen Pilotprojekte mit Tempo 30 auf klassifizierten Straßen wollen wir ausweiten. Für einen besseren Lärmschutz wollen wir mehr Tempolimits auf Autobahnabschnitten in der Nähe dichter Wohnbebauung erreichen, insbesondere nachts.

Der Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wird in Auftragsverwaltung über die Länder abgewickelt, Baulastträger ist der Bund. Auch beim Bundesstraßenbau gilt für uns das Prinzip „Erhalt vor Neubau“. Bei zahlreichen Projekten mit mangelnder Umwelt- und Landschaftsverträglichkeit haben wir erreicht, dass sie vom Land nicht als Bedarf für die Bundesverkehrswegeplanung angemeldet wurden. Einen weiteren vierspurigen Ausbau der B10 haben wir nicht für den Bundesverkehrsplan angemeldet, weil wir einen weiteren Ausbau der B10 generell ablehnen. Stattdessen muss endlich ein Transitverbot für Lkw über 12 Tonnen auf dieser Strecke erlassen werden. Auch für den Moselaufstieg und die Meulenwaldautobahn haben wir erreicht, dass das Land den Bau nicht für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat.

In anderen Fällen haben wir durchgesetzt, dass das Land ökologisch und verkehrsplannerisch sinnvollere Alternativen geprüft und vorgelegt hat. Wir fordern den Bund auf, zum Konsens früherer Jahre zurückzukehren und kein Projekt gegen den Willen eines Bundeslandes voranzutreiben. Er soll deshalb seine Anweisungen für die Durchsetzung umweltschädlicher Straßenbauvorhaben im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung unverzüglich zurücknehmen. Dies gilt beispielsweise für den vom Bund angewiesenen sechsspürigen Ausbau der A643 durch das Naturschutz- und Naherholungsgebiet Mainzer Sand. Für uns bleibt die vom Land angemeldete und vor Ort überparteilich favorisierte, ökologisch vertretbare und kostengünstigere 4+2-Variante weiterhin die beste Alternative. Wir befürworten einen verträglichen Ausbau der bestehenden Straßeninfrastruktur statt des sogenannten Lückenschlusses der A1 in der Eifel.

Die Weichen stellen für weniger Lkw-Verkehr

Wir wollen Güterverkehr auf umweltverträglichere Verkehrsträger verlagern und – wo möglich – vermeiden. Deshalb wollen wir eine höhere Lkw-Maut auf Bundesstraßen und Bundesautobahnen für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen, um faire Wettbewerbsbedingungen des Gütertransports auf Schienen und Wasserstraßen zu erreichen. Mit Streckensperrungen oder Nachtfahrverboten für Lkw wollen wir den Ausweichverkehr reduzieren und die Menschen vor Belastungen an stark befahrenen Straßen schützen. Die sogenannten Gigaliner verschärfen die Ungleichheit im Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern und sind durch ihre Überlänge ein Risiko für die Verkehrssicherheit. Wir wollen die jetzige Politik der rot-grünen Koalition fortsetzen und lehnen die Einführung dieser „Mega-Trucks“ weiterhin ab.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Moselschleusen ist notwendig, um die Entwicklungsmöglichkeiten des Güterverkehrs auf dem Wasserweg zu sichern. Die Umsetzung muss den Anforderungen an einen umweltverträglichen Schiffsverkehr Rechnung tragen.

GRÜNE Verkehrspolitik setzt auf Lärmschutz und Bürgerbeteiligung

Immer mehr Menschen werden durch Bahn-, Straßen und Fluglärm belastet. Lärm macht krank. Der Anspruch auf wirksamen Schutz, auch vor vielfältigen Lärmbelastungen in mehrfach belasteten Gebieten, muss endlich bundesgesetzlich verankert werden. Deshalb brauchen wir ein allgemeines Verkehrslärmschutzgesetz des Bundes, das Belastungen durch mehrere Lärmquellen berücksichtigt und auch im Bestand Lärmschutzvorgaben etabliert. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass militärischer Fluglärm zivilem Fluglärm gleichgestellt wird.

Wir setzen uns für eine Verringerung der Belastungen durch den Flugverkehr insbesondere rund um den Frankfurter Flughafen ein. Auch sind den Bürgerinnen und Bürgern der Westpfalz zum Beispiel die sich überlappenden Übungslufträume für Kampffjets (TRA Lauter und POLYGONE) zusätzlich zur Belastung durch die Airbase Ramstein nicht weiter zuzumuten. Das Land Rheinland-Pfalz kann dies nicht alleine durchsetzen, weshalb wir eine bundesgesetzliche Regelung für wirksamen Lärmschutz fordern. Wir wollen eine deutliche Lärmreduzierung durch verbindliche Lärmobergrenzen, optimierte Flugrouten und die Berücksichtigung der nächtlichen Ruhezeit von 22 bis 6 Uhr für alle Luftverkehrsanlagen. Zudem setzen wir uns für die Abschaffung von Wettbewerbsvorteilen des Flugverkehrs wie der Steuerbefreiung für Kraftstoffe und Flugtickets im internationalen Verkehr ein.

Bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten brauchen wir eine breite Beteiligung von Anfang an. Beteiligung ermöglicht bessere Planungsergebnisse, die auf unterschiedliche Interessen eingehen und eine größere Akzeptanz finden. Hierfür war beispielsweise der Beteiligungsprozess bei der Erweiterung des Straßenbahnnetzes in Mainz vorbildlich. *(zu Demokratie und Beteiligung siehe auch S. 83)*

Aktiv für mehr Schutz vor Schienenlärm

Damit der Umweltvorteil des Schienengüterverkehrs nicht durch die erheblichen Lärmbelastungen verlorengeht, fordern wir den Bund und die Deutsche Bahn AG zu deutlich höherem Engagement für aktiven und passiven Lärmschutz auf. Wir wollen auf eine zügige Umsetzung des Maßnahmenpakets gegen Bahnlärm am Mittelrhein des Beirats Leiseres Mittelrheintal hinwirken. Spätestens ab 2020 sollen dabei umfassende Maßnahmen realisiert sein. Hierzu gehören beispielsweise Fahrverbote oder scharfe Geschwindigkeitsbegrenzungen für Güterwagen mit lauten Graugussbremsen und lärmabhängige Trassenpreise als Anreiz zur schnellen Umrüstung und Modernisierung veralteter und lauter Güterwaggons.

Neben der Ertüchtigung und dem Ausbau geeigneter bestehender Bahnstrecken und der stärkeren Nutzung des Gütertransports auf Schiffen setzen wir uns für die Prüfung einer Alternativ-Güterstrecke parallel zum Mittelrhein ein. Die von Rheinland-Pfalz zum Bundesverkehrswegeplan angemeldete Güterbahntrasse soll langfristig den Schienenlärm im Mittelrheintal deutlich reduzieren und dem künftigen Anstieg des Güterverkehrsaufkommens begegnen. Gleichzeitig kann sie die weitere Verlagerung umweltschädlicher Lkw-Transporte auf die Schiene ermöglichen. Wir befürworten die Prüfung einer weitgehend im Tunnel verlaufenden Trasse durch Westerwald und Taunus als denkbare Lösung der Lärmprobleme durch den Güterverkehr entlang der Rheinschiene.

2. GRÜN geht's weiter zur solidarischen und weltoffenen Gesellschaft

GRÜN geht's weiter – für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik der Gerechtigkeit, mit der wir die Teilhabe aller Menschen ermöglichen und Diskriminierung bekämpfen. Wir stehen zur Verantwortung unseres Landes für Menschen, die nach Rheinland-Pfalz kommen, Schutz suchen und Aufnahme finden. Dafür brauchen wir Integration, die unserem Land große Chancen eröffnet.

Wir stehen für Teilhabe der Menschen im Familienland Rheinland-Pfalz. Unsere Familienpolitik ist ein Angebot an alle Menschen: mit oder ohne Kinder, verheiratet, alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Wir stehen für Vielfalt und Akzeptanz statt Ausgrenzung und Diskriminierung. Mit dem Ausbau der frühkindlichen Förderung und Betreuung erreichen wir gute Chancen von Anfang an und sichern die Teilhabemöglichkeiten der Menschen, die Verantwortung für Kinder übernehmen. Wir stehen für Geschlechtergerechtigkeit und wollen weiter den Weg hin zu einer tatsächlichen Gleichstellung gehen.

Mit Armut in unserem reichen Land finden wir uns nicht ab. Wir GRÜNE wollen eine Gesellschaft, die unterstützt, wo Hilfe nötig ist – und dabei auf Selbstbestimmung setzt. Wir wollen gute Arbeit, gute Beschäftigung und faire Bezahlung. Wir wollen Barrieren abbauen auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen einbezieht. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle und eine gute Gesundheitsversorgung in der Fläche unseres Landes.

Wir GRÜNE stehen für kulturelle Vielfalt und kulturelle Teilhabe in einem solidarischen und weltoffenen Rheinland-Pfalz.

Integrations- und Flüchtlingspolitik

So viele Menschen wie nie zuvor sind derzeit weltweit auf der Flucht. Sie suchen Schutz vor Krieg, Verfolgung, Not und Diskriminierung – viele auch bei uns in Deutschland und Rheinland-Pfalz. Wir erleben die größte gesellschaftliche Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung vor 25 Jahren. Es ist heute schon absehbar, dass Einwanderung auch in den kommenden Jahren die Bevölkerungsentwicklung unseres Landes bedeutsam prägen wird. Das stellt unsere Gesellschaft und unsere Infrastruktur vor enorme Herausforderungen. Wir sehen aber auch die großen Chancen für unser Land und die Menschen.

Deutschland hat viel Erfahrung bei der Aufnahme von Neuankommenden. Seien es die zwölf Millionen Heimatvertriebenen nach dem 2. Weltkrieg, die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, von denen drei Millionen blieben, die Wanderungsbewegungen nach der Wiedervereinigung, die Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie viele Flüchtlinge, die vor allem in den 1990er Jahren vor den Balkankriegen Schutz bei uns suchten. Viele dieser Menschen sind geblieben, haben unser Land bereichert und mitgestaltet. Wir erleben, dass unsere Gesellschaft – auch im Umgang mit Flüchtlingen – heute deutlich weltoffener ist als vor 25 Jahren. Willkommenskultur ist nicht

bloß ein politisches Schlagwort, in Rheinland-Pfalz wird sie gelebt. Wir GRÜNE stehen für diese Willkommenskultur und wollen sie weiter pflegen und ausbauen. Denn wir sind überzeugt: Nur wenn wir Menschen, die sich auf den Weg zu uns gemacht haben, willkommen heißen und Integration großschreiben, werden wir die Herausforderungen bewältigen und die Chancen nutzen können, die sich auch für unser Land mit der Zuwanderung verbinden. Nur wenn die Menschen, die zu uns gekommen sind und eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, sich willkommen fühlen, werden sie sich so integrieren können, dass wir alle uns gegenseitig bereichern.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen längst, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dies auch in Zukunft sein wird. Wir wissen, dass eine gelungene Integration aus Einwanderung eine Erfolgsgeschichte macht. Wir wollen eine bunte, offene Gesellschaft und keine grau-braune Deutschtümelei. Weil wir die Chancen sehen, sei es im Hinblick auf den Fachkräftemangel, auf den demografischen Wandel, die Zukunft unserer Sozialsysteme oder die Kreativität in Zivilgesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Diese Chancen wollen wir ergreifen.

Wir sehen aber auch die Herausforderung für Rheinland-Pfalz und unsere Kommunen, für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, Initiativen, Institutionen und Organisationen. Wir müssen und wollen das Ehrenamt, die Zivilgesellschaft und die soziale Infrastruktur stärken.

Wir sind froh und dankbar über alle, die anpacken, statt bloß zu lamentieren. Wer dagegen in dieser Situation zündelt und Stimmung gegen Flüchtlinge schürt, handelt unverantwortlich.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Gebot der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung. Es hat für uns uneingeschränkt Geltung – unabhängig von der Herkunft des Flüchtlings. Das Konstrukt der „sicheren Herkunftsstaaten“ ist Symbolpolitik und hat keinerlei Lösungen geschaffen. Wir halten sichere Herkunftsstaaten nach wie vor für falsch und lehnen die Ausweitung auf weitere Staaten ab. Beschränkungen des Zugangs zu Asyl durch „Obergrenzen“ wie die schwarz-rote Bundesregierung sie derzeit diskutiert, sind mit uns nicht zu machen. Mit dem Asylrecht verbundene Grundrechte dürfen nicht beschnitten oder ausgehöhlt werden. Das gilt insbesondere auch für den Familiennachzug. Einschränkungen des Familiennachzugs lehnen wir strikt ab. Grund- und Menschenrechte müssen für jeden Menschen überall auf der Welt gelten. Unser Land baut auf demokratischen Werten auf. Wer nach Deutschland kommt, kommt ins Land des Grundgesetzes. Es ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Es ist geprägt von Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Toleranz. Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen wir uns entgegen, egal aus welcher Richtung sie kommen.

Einwanderung hat Deutschland schon immer geprägt. Viele Flüchtlinge wollen Rheinland-Pfalz zu ihrer neuen Heimat machen – und sie werden dieses Land, sich und uns verändern. Wichtig ist, dass die Neuankommenden von Beginn an richtig angesprochen werden – als mögliche deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen.

Daher wollen wir Einbürgerung vereinfachen, die doppelte Staatsbürgerschaft für alle möglich machen und ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen.

Flüchtlinge gut aufnehmen

Wir wollen allen Menschen, die zu uns kommen, ein Bett und ein Dach über dem Kopf bieten. Die sprunghaft angestiegenen Flüchtlingszahlen stellen uns insbesondere hinsichtlich der Unterbringung vor neue Herausforderungen. Um die Aufnahme der zu uns kommenden Flüchtlinge zu gewährleisten, haben wir die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen vervielfacht. Wir wollen trotz der Schnelligkeit der Entwicklungen Unterbringungsmöglichkeiten bieten, die den Menschen Privatsphäre und Schutz geben, und haben uns maßgeblich für die Entwicklung von Unterkünften in Holzmodulbauweise eingesetzt.

Alle Menschen haben das Recht auf Gesundheitsversorgung. Wir haben das Me-deus-Programm zur gesundheitlichen Erstversorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen ins Leben gerufen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht wurde. Diese Gesundheitskarte wird zu deutlichen bürokratischen Erleichterungen für alle Beteiligten führen. Wir GRÜNE fordern bereits seit Jahren, den Umfang der medizinischen Versorgung nicht vom Aufenthaltstitel abhängig zu machen. Wir fordern, dass alle rechtlichen Verbesserungen für Flüchtlinge von den Kommunen im Land umgesetzt werden.

Da gerade in der Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen Sprachkenntnisse noch fehlen, werden wir die Zahl der Dolmetscherinnen und Dolmetscher aufstocken. Auch das Personal zur sozialen Betreuung wollen wir deutlich erhöhen. Um in dieser schwierigen Startphase Geflüchtete bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen, werden wir die Mittel für Migrationsfachdienste und Flüchtlingsberatungsstellen sowie die Sozial- und Verfahrensberatung an den Erstaufnahme-Standorten deutlich ausweiten. Wir setzen uns ein für eine Entbürokratisierung bei Asylanträgen von Flüchtlingen mit großen Chancen auf Anerkennung. Wir wollen einen unbürokratischen Zugang zu Integrationskursen sowie Bildungslotsen, die sich jugendlichen Flüchtlingen annehmen und diesen den Zugang in die passende Schule oder Ausbildung ermöglichen. Anerkannte Flüchtlinge, die zweisprachig sind, sollen nach vorheriger Eignungsprüfung als Dolmetscherinnen und Dolmetscher in das Integrationsssystem eingebunden werden. Weil das Internet oft die einzige Möglichkeit für Flüchtlinge darstellt, den Kontakt mit ihren Angehörigen zu halten, werden wir an allen Erstaufnahmestandorten WLAN einrichten.

Unterstützung für Kommunen

Die Herausforderungen für die Kommunen im Land sind enorm. Vielerorts haben wir Erstaufnahmeeinrichtungen, Außenstellen und Notunterkünfte. Wir haben die Erstattung von Ausgaben im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen an die Kommunen deutlich erhöht. Zusätzlich wollen wir uns künftig auch am Mietspie-

gel der jeweiligen Region orientieren, um den tatsächlichen Kosten noch stärker als bisher Rechnung zu tragen.

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass bezahlbarer Wohnraum, günstige Bustickets und Hilfsangebote für alle Menschen mit kleinem Geldbeutel sowie alle Ausgegrenzten zur Verfügung stehen. Wir wollen Sozialneid aktiv entgegenwirken und gewährleisten, dass alle Menschen Zugang zu Unterstützungsangeboten und Hilfemöglichkeiten haben. In den Städten ist der Wohnraum knapp, daher wollen wir mit einem Programm für den sozialen Wohnungsbau allen Flüchtlingen, aber auch allen mit kleinem Geldbeutel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen. Dazu wollen wir neuen Wohnraum schaffen sowie Sanierungen im Bestand verstärken.

Dieses Programm muss direkte Zuschüsse anbieten, nicht wie bisher nur zinsvergünstigte Kredite für den sozialen Wohnungsbau, um in Niedrigzinsphasen echte Anreize zu geben, Mietwohnraum zu schaffen. Abseits der Städte stehen viele Landkreise vor der Herausforderung, Flüchtlinge im ländlichen Raum unterzubringen, der nur sehr geringfügig oder gar nicht an den ÖPNV angebunden ist. Hier wollen wir den ÖPNV ausbauen und anpassen, denn Teilhabe erfordert Mobilität. Die Einführung von Sozialtickets in den Kommunen für Flüchtlinge und alle mit kleinem Geldbeutel begrüßen wir und wollen Initiative ergreifen, die Sozialtickets auf alle Kommunen im Land auszuweiten. Im Bereich der Gesundheitsversorgung wird das Land die Kommunen stärker als bisher entlasten: Mit der Einführung einer landesweiten Gesundheitskarte für Flüchtlinge haben wir die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen erleichtert und gleichzeitig die kommunalen Verwaltungen durch die Übernahme von Aufgaben durch die Landesverwaltung entlastet. Mit der Gesundheitskarte schaffen wir einen landesweit einheitlichen, diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung. Dabei wollen wir die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen nicht von den Gegebenheiten vor Ort abhängig machen und zugleich die Kommunen entlasten. Daher wollen wir, dass das Land die Gesundheitskosten übernimmt.

Ob Integration gelingt, entscheidet sich ganz konkret in der Kommune. Wir sind allen, die sich hauptamtlich und ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren sehr dankbar, dass sie ihren Teil zu einer gelebten Willkommenskultur vor Ort beitragen. Es gibt in den Kommunen zahlreiche gute Beispiele und Initiativen in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Gesundheit. Wir wollen diese Projekte bekannter machen, in die Fläche tragen und besser als bisher miteinander vernetzen. Die zahlreichen Ehrenamtlichen, die in unseren Kommunen unsere Willkommenskultur tragen, wollen wir unterstützen und stärken: Wir werden aus Landesmitteln Gelder zur Koordinierung und Beratung der Ehrenamtlichen zur Verfügung stellen. Diese Mittel sollen gestuft nach Einwohnerzahl beispielsweise zur Beschäftigung von hauptamtlichen Koordinationskräften genutzt werden.

Teilhabe ermöglichen von Anfang an

Bildung ist der Schlüssel – auch für die Integration und die gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge, die nach Rheinland-Pfalz kommen. Wir GRÜNE wollen für gute

Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten sorgen, damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingt.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb erhöhen wir die Sprachförderung von Kindern an KiTas und Schulen und stocken das Personal in den Kindertagesstätten auf. Wir verstärken die Beratungsangebote für Kindertagesstätten zum Umgang mit kürzlich zugewanderten und traumatisierten Kindern.

Wir wollen eine gute schulische Förderung der Kinder und Jugendlichen erreichen, die als Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz kommen. Dabei setzen wir auf gezielte Angebote der Sprachförderung, um möglichst schnell gute Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht in regulären Klassen an wohnortnahen Schulen zu erreichen. Die Mittel des Landes für Sprachintensivkurse an den Schulen und Feriensprachkurse an den Volkshochschulen haben wir aufgestockt und wollen die Sprachförderung weiter ausbauen. Hierbei wollen wir Schulen aller Schularten einbeziehen. Eine Separierung von Flüchtlingen in eigenen „Flüchtlingsklassen“ wird es mit uns nicht geben. Für den Erhalt kleinerer Schulstandorte können die steigenden Schülerzahlen durch neu zugewanderte Kinder eine Chance darstellen: Wir werden dies für die Schülerjahresplanung sowohl bezogen auf die Standorte als auch für die einzustellenden Lehrkräfte berücksichtigen. Wir werden die Fortbildung von Lehrkräften ausbauen, um die neuen Herausforderungen besser zu bewerkstelligen.

Wir wollen Flüchtlinge in die Hochschulen in Rheinland-Pfalz integrieren. Dafür muss der Hochschulzugang für Flüchtlinge in allen Studienfächern verbessert werden. Ein wichtiger Baustein ist der Ausbau der internationalen Studienkollegs, damit sich mehr angehende Studierende auf die Eignungsprüfung zur Aufnahme eines Studiums vorbereiten können. Wichtig sind flexible Übergangslösungen für Studierende, die noch keinen Aufenthaltstitel haben oder aufgrund bestehender gesetzlicher Fristen noch keine Ausbildungsförderung beziehen können. Der kostenlose Gasthörerstatus kann eine wichtige Brücke in ein reguläres Studium sein. In der Studieneingangsphase wollen wir Mentoringprogramme für Flüchtlinge öffnen. Wir GRÜNE treten außerdem dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge, beispielsweise das Durchführen von Sprachkursen für das Regelstudium, anerkannt werden kann.

Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen – ein Einwanderungsgesetz für Deutschland

Um schnellstmögliche Teilhabe für Flüchtlinge zu erreichen, wollen wir das gebührenfreie Angebot an Sprach- und Integrationskursen deutlich ausbauen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Auch die Hürden für Praktika und Ausbildungsmöglichkeiten müssen gesenkt werden. Beim demografischen Wandel und der Bekämpfung des Fachkräftemangels bieten sich uns durch schnelle Integration der Menschen, die zu uns kommen, große Chancen.

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, um Menschen, die bisher als Flüchtlinge auf illegalen Wegen nach Deutschland kommen, legale Wege der Einwanderung

zu ermöglichen. Ein Einwanderungsgesetz muss darüber hinaus für Menschen, die bereits hier sind, den Wechsel des Aufenthaltstitels ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir müssen Einwanderung endlich pragmatisch, unbürokratisch und transparent regeln.

Wir sind überzeugt: Erst wenn wir auch Möglichkeiten einer legalen Zuwanderung haben, können wir verhindern, dass sich immer mehr Menschen über das Mittelmeer in Gefahr und die Hände unverantwortlicher Schlepper begeben, um für sich eine Perspektive zu suchen. Erst wenn wir Möglichkeiten einer legalen Zuwanderung schaffen, entlasten wir das Asylsystem, weil wir auch jenen Menschen eine reale Perspektive geben, zu uns kommen zu können, die im Augenblick die Berufung aufs Asylrecht als einzige Möglichkeit sehen, unwürdigen Zuständen zu entkommen und für sich eine lebenswertere Zukunft zu realisieren.

Um Geflüchteten zügig und erfolgreich Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, brauchen wir Integrationsteams, die individuelle Hilfe aus einer Hand von Anfang an bieten. Nur so können wir lange Pausen und Brüche in der Integrationsarbeit verhindern. Damit das gelingt, müssen die Jobcenter personell deutlich gestärkt werden und finanzielle Mittel für Fördermaßnahmen erhalten. Bei der Förderung von Sprachkursen durch die Jobcenter oder der Bestellung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern darf es keine unnötigen und ausgrenzenden Hürden geben. Dies gilt ebenso für die Vorrangprüfung: Sie ist ein Relikt alter Zeiten, das schleunigst abgeschafft gehört. Damit beschleunigen wir Einstellungsverfahren und geben Unternehmen und Arbeitswilligen eine echte Perspektive.

Die duale Ausbildung ist nicht nur eine große Chance für die Integration vieler Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz. Menschen, die nach Rheinland-Pfalz kommen und hier erfolgreich eine Berufsausbildung abschließen, sind auch eine große Chance für unser Land mit seinem enormen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften. Deshalb setzen wir uns weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass bei der Aufnahme einer Ausbildung schnell und unbürokratisch ein Bleiberecht gewährt wird. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern werden wir uns nachdrücklich für die erforderlichen bundesrechtlichen Änderungen einsetzen.

Ein besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die Fort- und Weiterbildung, um den Flüchtlingen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre bereits erworbenen beruflichen Erfahrungen weiterzuentwickeln.

Dabei ist völlig klar: Soziale Standards und der Mindestlohn gelten auch für Flüchtlinge. Möglichkeiten der Mobilität sind essentiell für gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen uns für eine gute Anbindung der Unterkünfte an das Netz des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs einsetzen. Auch die Möglichkeiten zum Erwerb eines hier gültigen Führerscheins müssen verbessert werden.

Besonderes Augenmerk auf besonders schutzwürdige Gruppen

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und alleinreisende Frauen verdienen unseren besonderen Schutz. Wir GRÜNE stehen für eine Flüchtlingspolitik, die Kinder, Jugendliche und Frauen vor Übergriffen und Gewalt schützt und für sie gezielte Beratungsangebote und Hilfsmöglichkeiten bereithält. Unser besonderes Augenmerk gilt unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Wir haben hier ein am Kindeswohl orientiertes Konzept zur Inobhutnahme durch Schwerpunktjugendämter entwickelt, die während der ersten beiden Monate, der Clearing-Phase, die familiäre Situation des Jugendlichen klären, Perspektiven aufzeigen und zentrale asyl- und ausländerrechtliche Fragen bearbeiten.

Wir brauchen mehr Aufklärung und Sensibilisierung für die Themen Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung und sklavereiähnliche Ausbeutung. Viele Flüchtlinge sind aufgrund unfassbar grausamer Erlebnisse, Vergewaltigungen und Misshandlungen traumatisiert. Wir brauchen mehr Beratungsstellen und eine deutliche Aufstockung von Therapieplätzen. Zugleich ist es uns auch ein wichtiges Anliegen, das LSBTTIQ*-Flüchtlinge vor Übergriffen und Gewalt geschützt werden. Ihre spezifische Verfolgung in den Herkunftsländern muss berücksichtigt werden. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollen auch für diese Thematik sensibilisiert werden.

Wir bauen die Jugendsozialarbeit in den Gemeinden und Stadtteilen aus, damit sie sich ohne Abstriche an den bisherigen Angeboten für bereits unterstützte Jugendlichen auch um zugewanderte minderjährige Flüchtlinge kümmern kann – insbesondere gilt das auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Engagement vor Ort

Die Arbeit der unzähligen ehrenamtlich Engagierten leistet einen unermesslichen Beitrag für die Flüchtlinge. Deren helfende Hände bei Behördengängen, Arztbesuchen, Deutschkursen und beim Aufbau von Unterkünften sind gelebte Willkommenskultur und Spiegelbild einer Gesellschaft, die Flüchtlinge mit offenen Armen empfängt. Ehrenamtliches Engagement muss in hauptamtliche Strukturen eingebettet sein. Wir GRÜNE wollen die Zahl der hauptamtlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren für Ehrenamtliche ausbauen und mehr Schulungen, Seminare und Projekte anbieten. Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sollen analog zu kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern freigestellt werden.

Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechts

Als GRÜNE wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und werden es nicht zulassen, dass rechte Ressentiments auf dem Rücken der Flüchtlinge geschürt werden. Der Anstieg von fremdenfeindlich motivierten Straftaten entsetzt und besorgt uns. Wir fordern den Ausbau von Projekten gegen Rassismus und wollen einen Preis für Zivilcourage ins Leben rufen.

Humane Flüchtlingspolitik

Mit dem bundesweit ersten Integrationsministerium haben wir bereits 2011 neue Maßstäbe gesetzt und durch unsere Politik unterstrichen, dass Flüchtlingspolitik einen gesellschaftspolitischen und keinen ordnungspolitischen Zungenschlag braucht. Wir haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode die Residenzpflicht abgeschafft. Wir haben die Arbeit der Härtefallkommission verbessert und den dortigen Anteil der Flüchtlingsinitiativen erhöht.

Flüchtlinge, die nicht bei uns bleiben können, wollen wir durch einen Ausbau des Programms zur geförderten freiwilligen Rückkehr vor einer Abschiebung bewahren. Abschiebungen sind traumatisierend für die Flüchtlinge, sie sind aber auch belastend für alle an einer Abschiebung Beteiligten. Zugleich bedeuten freiwillige Ausreisen deutlich weniger Verwaltungsaufwand und weniger finanzielle Belastung.

Ebenfalls bereits zu Beginn der Legislatur haben wir die Schließung der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier durchgesetzt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, im Bund die Gesetze so zu ändern, dass wir auch das Abschiebungsgefängnis in Ingelheim schnellstmöglich und dauerhaft schließen können. Bis dahin wollen wir Abschiebehaft möglichst vermeiden und sie in den unvermeidlichen Fällen so humanitär wie möglich gestalten.

Resettlement-Programm ausweiten

Es ist dem Einsatz des GRÜNEN Integrationsministeriums zu verdanken, dass die Bundesrepublik am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen teilnimmt. Im Rahmen dieses Programms werden jährlich 500 besonders schutzbedürftige Personen in Deutschland aufgenommen. Für ein großes und reiches Land wie Deutschland ist dies jedoch eine sehr geringe Zahl. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Zahl mindestens verzehnfacht wird.

Der Bund muss handeln

Es kann und darf nicht sein, dass Menschen viele Monate auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten müssen. Der Bund muss durch massive Aufstockungen der Personalkapazitäten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Asylverfahren deutlich verkürzen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz muss endlich weg! Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes würde das Leben der Betroffenen gerechter machen und von unnötiger Bürokratie entlasten. Asylsuchende müssen endlich eine reguläre medizinische Versorgung bekommen. Bisher erhalten sie lediglich eine Akut- und Notfallversorgung, weil das Gesetz das so vorschreibt.

Integration bedeutet: miteinander leben, mitmachen, mitgestalten

Viele Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz haben einen Migrationshintergrund

und sind hier längst zu Hause. Sie leben und arbeiten hier zum Teil schon seit sehr vielen Jahren, und zahlen hier ihre Steuern. Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind auch hier geboren. Willkommens- und Anerkennungskultur sind für uns keine viel zitierten Worthülsen, sondern werden von uns durch konkrete Projekte und Initiativen mit Leben gefüllt. Schwerpunkt ist hierbei für uns die interkulturelle Öffnung von staatlichen und nicht staatlichen Organisationen und Institutionen. Menschen mit Migrationsgeschichte müssen die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Wir GRÜNE werden uns weiterhin für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Menschen aus Drittstaaten einsetzen, denn was für EU-Bürgerinnen und -bürger möglich ist, muss auch für Menschen aus dem Nicht-EU-Ausland möglich sein.

Außerdem wollen wir Voraussetzungen schaffen, um Einbürgerungen zu erleichtern. Wir werden uns auf Bundesebene für die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und für die Abschaffung des Optionszwangs einsetzen. Für alle aus Drittstaaten Kommenden besteht die einzige politische Partizipationsmöglichkeit im Engagement in den Beiräten für Migration und Integration. Daher wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir für mehr Bekanntheit und Akzeptanz dieser Gremien sorgen können.

Integration zu verwirklichen bedeutet für uns, gleiche Chancen auf Bildung und Arbeit für alle Menschen gleich welcher Herkunft zu ermöglichen. Wir fordern eine Ausweitung der anonymisierten Bewerbungsverfahren, um Diskriminierungen aufgrund des Namens oder der Herkunft entgegenzuwirken. Wir GRÜNE sehen es als Chance an, wenn ein Mensch zwei Heimaten hat. Mehrere Muttersprachen zu sprechen ist eine Bereicherung, daher wollen wir in Zukunft Angebote des bilingualen Unterrichts ausbauen.

Familienpolitik

Wir haben Rheinland-Pfalz zum Familienland gemacht. Daran wollen wir weiter arbeiten, denn Familien sind eine der wichtigsten Säulen, die eine Gesellschaft hat. Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen – ob in klassischer Ehe mit oder ohne Kinder, alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Sie alle gilt es zu schützen und zu fördern. Dies gilt insbesondere für kinderreiche Familien und Alleinerziehende, denn diese sind besonders oft von Armut betroffen.

Familie ist bunt und deshalb muss auch Familienpolitik bunt sein: Sie muss den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebensumständen Rechnung tragen. Deshalb ist Familienpolitik für uns eine Politik des Möglichmachens. Unsere Familienpolitik will den Rahmen so setzen, dass Familien in all ihren Facetten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihren selbstgewählten Lebensentwurf frei gestalten zu können. Wir wollen keine Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche Selbstbestimmung möglich machen, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern.

Die Familienpolitik in Rheinland-Pfalz trägt eindeutig eine GRÜNE Handschrift. Wir haben schon viel erreicht: Sei es beim qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung

oder bei der Unterstützung der Kinder und Jugendlichen – Rheinland-Pfalz hat sich zu einem Vorzeigeland entwickelt. Wir wollen diese erfolgreiche Politik fortsetzen und das familienfreundliche Rheinland-Pfalz zu dem familienfreundlichen Land in Deutschland machen.

Eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung

Voraussetzung für eine selbstbestimmte berufliche Zukunft der Eltern ist eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die sich an den Bedarfen von Familien mit kleinen Kindern orientiert. Dafür haben wir schon sehr viel getan und werden uns auch nach der formalen Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Kinder ab einem Jahr weiterhin mit hohem Einsatz engagieren. Bereits heute sind wir im Westen der Republik Spitze: Für 44 Prozent aller Kinder unter drei Jahren steht ein Platz zur Verfügung. Rheinland-Pfalz ist das einzige Flächenland in Deutschland, das den Kindergarten ab dem 2. Lebensjahr beitragsfrei gestaltet. Hier steht das Angebot unabhängig vom Geldbeutel der Eltern allen Kindern zur Verfügung. Das soll auch so bleiben. Abgerundet wird das Betreuungsangebot durch Kindertagespflege und den Hort als Angebote der außerschulischen Betreuung von Schulkindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Es gibt aber nach wie vor einen hohen Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten, vor allem auch in Randzeiten abends, nachts und am Wochenende. Auch für eine alleinerziehende Mutter im Schichtdienst muss es die Möglichkeit einer kindgerechten, qualitativ hochwertigen Betreuung geben. Betreuungskonzepte müssen auf Randzeitenbetreuung am Abend und in der Nacht weiterentwickelt werden. In einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass die Betreuungszeit an die Bedarfe vor Ort angepasst wird – durch einen Ausbau des verlängerten Vormittagsangebots bis 14 Uhr sowie durch einen Ausbau von Ganztagsplätzen.

Wir wollen aber nicht nur, dass Kinder gut betreut sind, sondern wir wollen gute Förderung und Bildung von Anfang an. Deshalb wollen wir Gruppengrößen und -zusammensetzungen realisieren, welche die altersgemäße und individuelle Förderung von Kindern möglich machen. Dies gilt insbesondere für die Krippengruppen. Mit dem Programm „Kita!Plus“ haben wir Kindertagesstätten weiterentwickelt: Kitas werden zu einem Ort für die ganze Familie, weil die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Eltern und die gute Vernetzung der Kitas im Sozialraum gestärkt wird. Wir haben erreicht, dass vom Land geförderte Koordinatorinnen und Koordinatoren für Familienbildung in einem Netzwerk zur Verfügung stehen. Durch ein übergreifendes Konzept aus präventiven Familienbildungs- und Familienberatungsangeboten leistet das Netzwerk einen Beitrag zur kinder- und familienfreundlichen Kommune. Das werden wir weiter ausbauen und fortführen. Für die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten müssen wir die Möglichkeit auf Weiterbildung sicherstellen und die Weiterqualifizierung fördern.

Perspektivisch wollen wir mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln, in welchen neben integrativen Angeboten und weiteren Aufgaben die Familienberatung und Familienbildung integriert werden soll.

Endlich wurde das unsinnige Betreuungsgeld durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Wir GRÜNE haben uns von Anfang an gegen dieses widersinnige, staatlich-subventionierte Fernhalten aus Bildungseinrichtungen ausgesprochen und wollen, dass die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Bundesmittel nun den Kindern zugute kommen. Jeder Kita-Platz bietet Eltern ein Stück mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und jeder Kita-Platz bietet Kindern frühkindliche Bildung, die wiederum die Grundlage für einen erfolgreichen Lebensweg ist. Dazu gehört auch, durch Unterstützung von präventiven Maßnahmen die Anforderungen an die gesundheitlichen Lebenswelten in Einrichtungen für Kinder zu erfüllen, zum Beispiel gesunde Ernährung unter Einhaltung von Qualitätsstandards und dem Einsatz regionaler Produkte mit hohem Bio-Anteil sowie präventive, gesundheitsfördernde Maßnahmen.

Auch in den Kitas setzten wir uns für umfassende Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Kindern mit Behinderungen ein. Beteiligung aller von Anfang an und Inklusion statt Ausgrenzung, das sind unsere Ziele. Je früher Inklusion stattfindet, umso selbstverständlicher gestalten sich das gesellschaftliche Zusammenleben und die erforderliche Akzeptanz. Kitas sollen sich in inklusive Kitas und Fördergruppen in gemischte Gruppen weiterentwickeln. Wir wollen für jedes Kind und seinen besonderen Bedarf, unabhängig vom Lern- oder Förderort, die notwendige professionelle Unterstützung ermöglichen. *(zu Inklusion und individuelle Förderung siehe auch S. 63)*

Um diese Ziele gebündelt umzusetzen, wollen wir das Kita-Gesetz novellieren. Zentrale Punkte sollen dabei der weitere Ausbau des Personalschlüssels und damit auch der Qualität sein, flexible Öffnungszeiten, die sich am Bedarf der Kinder und Familien orientieren und die Randstunden einbeziehen sowie die Inklusion in Kitas. Beim Personalschlüssel wollen wir eine reale Verbesserung, die sich an den von der Forschung ermittelten Werten der Fachkraft-Kind-Relation orientiert. Die Aspekte der Beobachtung und Dokumentation, der Freistellung von Leiterinnen und Leitern sowie der mittelbaren pädagogischen Arbeit und des Anteils der Ganztagsbetreuung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten wollen wir sicherstellen. Die Nachhaltigkeit für die tägliche Arbeit muss durch Evaluation und Nutzung der Evaluationsergebnisse im Diskurs mit Eltern und Fachkräften sichergestellt werden. Leitungskräfte von Kindertagesstätten haben eine Schlüsselfunktion bei der Qualitätsentwicklung. Wir wollen deshalb auf kommunaler Ebene für die Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz eine vollständige Leitungsfreistellung erreichen.

Um den Umgang mit der Natur stärker zu fördern, wollen wir die bewährten Strukturen aus dem Bereich der Umweltbildung – zum Beispiel die Forstämter und Waldpädagogik – weiter ausbauen. Durch naturnahe Spielräume, Förderprogramme wie Spielleitplanung und große Außengelände von Kindertagesstätten sollen Kinder Natur erleben und selbst mitgestalten können. Wir GRÜNE wollen ein bedarfsgerechtes Angebot an Horten sicherstellen unter Berücksichtigung des örtlichen Angebots an Ganztagschulen. Wir plädieren bei der Schulkindbetreuung für räumliche Mindeststandards und den Einsatz

von pädagogischen Fachkräften. Die betreuende Grundschule wollen wir sukzessive durch Ganztagsgrundschulen ersetzen. Im Zuge der Weiterentwicklung der Kindertagesstätten wollen wir die Elternbeteiligung auch auf kommunaler Ebene fördern und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern bei der Alltagsgestaltung je nach Entwicklungsstand sicherstellen. *(zu Eine Schule für alle siehe auch S. 74)*

Bessere Vereinbarkeit – in allen Lebensphasen

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es mehr als nur gute Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Der Staat muss durch eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die Vereinbarkeit Schritt hält mit den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder. Dazu zählt das Recht, familienbedingt auf eine Teilzeitstelle reduzieren zu können ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine volle Stelle. Wir wollen auch bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht auf Reduzierung der Arbeitszeit stärken. Dazu streben wir einen umfassenden Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit an.

Die Debatte um die sogenannte Zeitpolitik ist hoch aktuell. Zeitpolitik spielt in viele Politikfelder hinein: Von der Wirtschafts-, Frauen- und Arbeitsmarktpolitik angefangen bis hin zur Sozial- und Familienpolitik. Wir wollen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Fürsorgearbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, solidarisch absichern. Wir wollen Lohnarbeit und Fürsorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen sowie eine stärkere Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl ihres Arbeitszeitvolumens. Zugleich brauchen wir Möglichkeiten für berufliche Auszeiten, die auch Selbstständigen zugute kommen, und wollen auch Menschen mit geringem Einkommen mehr Zeit neben der Lohnarbeit ermöglichen.

Kampf gegen Kinderarmut

Wir GRÜNE wollen eine gerechte Gesellschaft. Kinderarmut hat darin keinen Platz. Das deutsche Familienfördersystem ist ungerecht und nicht dazu geeignet, Kinderarmut zu verhindern. Kinder sind dem Staat heute unterschiedlich viel wert – so bekommen Besserverdienende über die steuerlichen Freibeträge hinaus am Ende mehr als Menschen mit durchschnittlichen oder geringen Einkommen, die Kindergeld beziehen. *(zu Arbeit und soziale Teilhabe siehe auch S. 60)*

Wir wollen nicht mehr die Ehe, sondern Kinder fördern. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting schrittweise in eine Kindergrundsicherung überführen. Mit der Kindergrundsicherung setzen wir dem alten System der Familienförderung ein neues, sozial gerechtes Modell entgegen. Auch der Ausbau von Ganztagschulen stellt ein wichtiges Instrument der Bekämpfung von Kinderarmut dar und bietet Kindern wichtige kostenfreie Förderangebote. *(zu Eine Schule für alle siehe auch S. 74)*

Kostenfreiheit

Mit uns GRÜNEN wurde die Bildung von der Kita bis zur Hochschule in Rheinland-Pfalz gebührenfrei und wird es auch bleiben. Wir sind von gebührenfreier Bildung von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen überzeugt, während die CDU mit ihren Forderungen nach Gebühren die Familien belasten möchte. Gebührenfreiheit ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn gerade sozial benachteiligten Familien ermöglichen wir damit den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Qualifizierung ist der Schlüssel, um sich nicht nur selbst weiterzuentwickeln, sondern auch zu verhindern, dass Armut in die nächste Generation weitergegeben wird.

Kinderrechte stärken

Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung. Wir wollen die Rechte von Kindern auch in der Verfassung verankern. Kinder sind unsere gemeinsame Zukunft, deshalb müssen wir die Rechte von Kindern stärken, auch bei der politischen Teilhabe. Wir wollen die grundsätzlichen Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche in der Kommune und im Sozialraum und Wohnumfeld kontinuierlich weiter ausbauen. Für Menschen, die als Kinder Opfer von Missbrauch in bestimmten Einrichtungen geworden sind und so besonderes Leid erfahren haben, haben wir die Aufstockung des bundesweiten Hilfsfonds erreicht. Wir setzen uns in enger Kooperation mit Ehemaligen für eine gute Beratung, Aufarbeitung der Geschichte in Rheinland-Pfalz und Lehren aus der Vergangenheit für die heutige Heimerziehung ein. Um künftig Missbrauch besser zu verhindern, wollen wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Heimen stärken und Ombudschaften als unabhängige Anlaufstellen einrichten.

Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe

Unser Ziel ist es, Jugendliche zu eigenständigen, starken Menschen zu machen. Dementsprechend verfolgt die rot-grüne Landesregierung eine eigenständige Jugendstrategie als Querschnittsaufgabe. Dank der Jugendstrategie werden die Belange junger Menschen in allen Politikbereichen stärker berücksichtigt. Zur Umsetzung der Jugendstrategie müssen entsprechende Gelder durch die Landesregierung bereitgestellt werden. Der zweite Kinder- und Jugendbericht des Landes hat gezeigt, dass insbesondere Jugendliche sich mehr Respekt wünschen. Wir wollen ihnen diesen Respekt entgegenbringen, indem wir sie von Anfang an ernst nehmen. Dazu gehört die Absenkung des Wahlalters genauso wie die Stärkung von Jugendparlamenten und vergleichbaren Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung vor Ort. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss in den Kommunen ernst genommen werden. Daher brauchen Jugendparlamente ein eigenes Budget sowie das Antragsrecht für die kommunalen Gremien. Wir wollen die Vernetzung der kommunalen Jugendvertretung landesweit weiter ausbauen, damit sich Jugendvertreterinnen und -vertreter gegenseitig stärken und von Fortbildung profitieren können. Auch auf Landesebene wollen wir junge Menschen stärker in unsere Entscheidungen einbinden. Mit einer regelmäßigen Jugendkonferenz und einem permanenten Online-Angebot soll daher der direkte Austausch zwischen Regierung und jungen Rhein-

Land-Pfängerinnen und -Pfänger intensiviert werden. Bei öffentlichen Gestaltungs- und Verkehrsprojekten werden Kinder und Jugendliche in die Planungsverfahren einbezogen und in altersgemäßen Beteiligungsverfahren gehört. *(zu Demokratie und Beteiligung siehe auch S. 83)*

Junge Menschen brauchen Zeit und Räume für die Realisierung jugendspezifischer Interessen, Orientierungen und Handlungsformen sowie für experimentierendes Handeln. Solche Freiräume für autonomes Gestalten wollen wir ausbauen. Dazu gehört auch, den Raum für die Selbstorganisation junger Menschen zu fördern und ihn gegen die Gleichsetzung mit kommerziellen Angeboten zu verteidigen. Zentral für die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen ist auch das Thema Infrastruktur. Hier sind ein Ausbau des ÖPNV, der auch den Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung trägt, und die flächendeckende Breitbandversorgung notwendig. *(zu Neue Mobilitätskultur siehe auch S. 38)*

Es ist uns gelungen, mehr Geld für Jugendverbände und die soziale Bildung von Jugendlichen bereitzustellen. Mit der Verdoppelung des Tagessatzes für Jugendbildungsmaßnahmen und Ferienfreizeiten von zunächst einem auf zwei Euro in 2016 konnten wir eine langjährige Forderung des Landesjugendrings erfüllen. Damit unterstützen wir die zahlreichen engagierten Menschen, die Räume für non-formale Bildung junger Menschen schaffen.

Frauen- und Gleichstellungspolitik

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen, die Benachteiligungen von Frauen beendet und den unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern gerecht wird. Dafür sind die Rahmenbedingungen für die Phasen der Fürsorgearbeit, Bildung und Erwerbstätigkeit zentral. Wir GRÜNE wollen eine gerechte Teilung von Macht, Verantwortung und Chancen. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Wir GRÜNE denken sie als Ziel bei unserer Politik in allen Bereichen mit. Bei anstehenden Entscheidungen und Beschlüssen sind immer die konkreten Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis zu ermitteln (Gender Mainstreaming). Ebenso sind Ausgaben auf ihre Wirkung für die Lebenssituation von Männern und Frauen zu prüfen (Gender Budgeting). *(zu Gerechte und transparente Haushaltspolitik siehe auch S. 99)*

Die Lebensentwürfe von Frauen und Männern sind vielfältig und lassen sich nicht in Schubladen oder überkommene Rollenbilder stecken. Tatsächlich kämpfen Frauen noch immer mit strukturellen Benachteiligungen. Deutschland ist Schlusslicht in Europa, wenn es um die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen für gleichwertige Arbeit geht. Die Zahl der Frauen, die in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung arbeiten, nimmt zu. Altersarmut von Frauen ist leider weit verbreitet. Trotz aller Bemühungen gibt es auch heute noch zu viele gläserne Decken auf dem Weg in die Führungspositionen. Einflussreiche und gut bezahlte Jobs sind von Männern dominiert.

Gewalt an Frauen

Sexuelle, physische und psychische Gewalt ist für viele Mädchen und Frauen traurige Realität. Gewalt an Mädchen und Frauen darf nicht tabuisiert oder bagatellisiert werden. Die Betroffenen brauchen unsere Unterstützung. Deshalb wollen wir Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen weiter stärken. Zu viele Frauen und Kinder müssen in Frauenhäuser fliehen. Daher ist es gut und wichtig, dass die rot-grüne Landesregierung das „Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (RIGG) flächendeckend fortgeführt hat. Trotz der Sparmaßnahmen hat die rot-grüne Landesregierung die Mittel für die Frauenhäuser erhalten und die Förderung beibehalten. Aber Frauenhäuser brauchen weiterhin eine langfristige und sichere Förderzusage. Die erhöhte Förderung des Frauennotrufs mit Landeszuschüssen wollen wir fortführen. Zum Thema Genitalverstümmelung wollen wir weiter aufklären und sensibilisieren, denn auch Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz sind hiervon betroffen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Viele gut ausgebildete junge Frauen und Männer sind nicht mehr bereit, ein tradiertes Familienbild zu leben. Sie fordern Gleichberechtigung in der Partnerschaft: Elternzeit, Erwerbsunterbrechung und Arbeitszeitreduzierung für beide. Dem stehen strukturelle Hindernisse entgegen. Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt Familien vor große Herausforderungen. Viele Männer wollen nicht mehr Vollzeit arbeiten. Sie wünschen sich mehr Zeit für Familien- und Sorgearbeit. Trotzdem sind es noch immer hauptsächlich die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie – sei es zur Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen – reduzieren oder ganz aufgeben. Die Gründe dafür sind strukturelle Benachteiligungen, etwa die schlechtere Bezahlung von sogenannten CARE-Berufen, die oftmals von Frauen ausgeübt werden. Frauen und Männer wollen Wahlfreiheit nicht nur auf dem Papier. Bedeutsam war hier die Einführung des Mindestlohns auf Bundesebene. Dennoch bleibt die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen weiter Realität. Gerade Alleinerziehende werden vor große Herausforderungen gestellt und haben ein erhöhtes Armutsrisiko. *(zu Familienpolitik siehe auch S. 49)*

Wir GRÜNE setzen uns daher für den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen ein. Wir fordern flexible Arbeitszeitmodelle und Akzeptanz für Väter in Eltern- oder Teilzeit und als Hausmänner. Wir wollen Frauen darin unterstützen, für ihre eigenständige Existenzsicherung zu sorgen. Wir wollen Alleinerziehende entlasten und Altersarmut entgegenwirken. Die rot-grüne Landesregierung hat den U3-Ausbau der Kindertagesstätten erheblich vorangetrieben. Rheinland-Pfalz liegt heute an der Spitze der westlichen Flächenländer. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode die Betreuungszeiten der Kitas und Schulen weiter flexibilisieren.

Selbstbestimmung für Schwangere

Selbstbestimmung für Schwangere, optimale Versorgung und Sicherheit für Mutter und Kind: Nur mit einer fundierten, unabhängigen Beratung und einer optimalen und

flächendeckenden Versorgung durch erfahrene Hebammen lassen sich medizinische Eingriffe in der Schwangerschaft und bei der Geburt auf das notwendige Maß beschränken und gleichzeitig Sicherheit für Mutter und Kind bei einer Geburt gewährleisten, sowohl in der Klinik als auch bei der Hausgeburt.

Als ein zentrales Moment der Selbstbestimmung von Schwangeren setzen wir GRÜNE uns für die freie Wahl des Geburtsortes ein. Durch die gestiegenen Haftpflichtprämien für Hebammen steht die wohnortnahe Versorgung der Gebärenden auf dem Spiel. Wir wollen uns auf Landesebene weiter dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der Hebammen verbessert werden und sie ihre wichtige Arbeit weiterführen können. Die besondere Lebensphase der Schwangerschaft erlebt jede Frau anders und sie ist mit zahlreichen Entscheidungen verbunden. Bei jeweils ganz persönlich zu treffenden Entscheidungen über Geburtsort und -art, aber auch den Einsatz möglicher Diagnostik im Verlauf der Schwangerschaft, wollen wir Schwangeren und ihren Partnern bei Bedarf Orientierung und Unterstützung anbieten. Schwangerschaft und Geburt sind natürliche Lebensprozesse. Deshalb wollen wir die natürliche Geburt unterstützen durch das gezielte Bereithalten von Beratungs- und Informationsangeboten und einer ausgewogenen professionellen Betreuung der Gebärenden.

Echte Gleichberechtigung

Wir GRÜNE haben erreicht, das Landesgleichstellungsgesetz nach 20 Jahren zu novellieren. Ziel des neuen Gesetzes ist neben der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst auch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten sind gestärkt, die paritätische Besetzung von Gremien ist gesetzlich festgeschrieben und es sind auch Sanktionen bei Nichteinhaltung von Vorgaben vorgesehen.

Junge Frauen wählen bei Ausbildungsberufen und Studienfächern oft noch immer aus einem eingeschränkten Spektrum. Wir GRÜNE wollen junge Frauen und Männer zu geschlechteruntypischen Entscheidungen motivieren. Als Vorbild dient zum Beispiel das Ada-Lovelace-Projekt: Es ermutigt Frauen und Mädchen in Rheinland-Pfalz, Ausbildungsberufe und Studienfächer in den Bereichen Mathematik, Informationstechnik, Naturwissenschaft und Technik zu ergreifen. *(zu Berufliche Bildung siehe auch S. 81)*

Noch immer liegt der Anteil von Frauen in den kommunalen Parlamenten bei nur 16,8 Prozent. Wir haben daher das Ziel einer paritätischen Besetzung im Kommunalwahlgesetz verankert. Auch wenn eine verbindliche Quotierung von Wahllisten nicht möglich war, haben wir doch erreicht, dass die Landesregierung nach jeder Kommunalwahl einen Bericht zur Geschlechterparität erstellen muss. Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin dafür ein, mehr Frauen in die Politik zu bringen.

Auch Männer sind wichtige Akteure der Gleichberechtigung und stärker in die Pflicht zu nehmen. Männer sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Auch sie wissen, dass das traditionelle Männerbild negative Seiten hat, und wünschen sich eine gleichberechtigte Partnerschaft und eine aktive Vaterschaft. Die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf ist daher auch ein Männerthema. Wir GRÜNE wollen Männer darin unterstützen, neue Wege zu gehen und beispielsweise vermehrt Berufe zu ergreifen, die bislang mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Wir wollen die Veränderungen der Rollenbilder auch bei Männern stärker berücksichtigen.

Gleichberechtigt lernen – Gleichberechtigung lehren

Kinder erlernen Rollenbilder durch eine Vielzahl von Bezugspersonen. Schulen und Kitas leisten einen wichtigen Beitrag zur Prägung oder Hinterfragung von Rollenbildern und zur Sensibilisierung gegenüber Sexismus. Gleichberechtigung und Geschlechterrollen sollen während des Lehramtsstudiums und der Ausbildung des Lehrpersonals eingehend thematisiert werden. Identifikationsangebote und Vorbilder sind wichtig für Jungen und Mädchen. In Lernmitteln und im Unterricht brauchen wir eine geschlechter-sensible Sprache, denn Frauen und Mädchen wollen auch in der Sprache sichtbar sein.

Sexismus entgegentreten

Es werden immer noch viele Frauen an ihrem Arbeitsplatz sexuell belästigt. Besonders häufig werden vor allem diejenigen Frauen Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, die keine berufliche Qualifikation oder Ausbildung aufweisen, sich noch in der Probezeit befinden oder die noch nicht lange im Betrieb sind. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind verpflichtet, vor Belästigung zu schützen. Hier wollen wir besser informieren und stärker sensibilisieren. Und wir wollen Sexismus in den Medien entgegentreten, denn durch klischeehafte Darstellungen in den Medien werden überholte weibliche Rollenbilder manifestiert und fortgeschrieben. Offener und subtiler Sexismus gehören nicht in unsere Medienlandschaft. Redaktionen und Medienproduktionsgesellschaften wollen wir stärker sensibilisieren für Sexismus in den Medien.

Prostitution

Die Beratung der Prostituierten – und hierbei vor allem die aufsuchende Arbeit – ist von zentraler Bedeutung. Gerade ein Beratungsangebot in der Muttersprache ist hierfür ein wichtiger Baustein. In Rheinland-Pfalz ist ein Angebot vorhanden, das durch einen hohen Professionalisierungsgrad und die Möglichkeit der anonymen Inanspruchnahme gekennzeichnet ist. Verbesserungsbedarf besteht im Wesentlichen bei der Vernetzung der Einrichtungen auch mit anderen Angeboten, wie beispielsweise den Gesundheitsämtern und Schuldnerberatungsstellen. Prostituierte müssen sowohl Zugang zu Beratungsangeboten über ihre rechtliche Situation haben als auch zu Angeboten des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Darüber hinaus wollen wir Ein- und Ausstiegsprogramme stärken und dabei auf eine niedrigschwellige Zugänglichkeit achten. Prostitution hat sich verändert. Das Internet führt zu neuen Dimensionen und Formen der Prostitution. Völlig inakzeptabel sind Bewertungsportale, bei denen sexuelle Dienstleistungen von Freiern öffentlich und auf einzelne Prostituierte bezogen bewertet werden. Auf der anderen Seite nehmen Prostitutionsstätten und Großbordelle, darunter fallen auch sogenannte Flatrate-Bordelle, deutlich zu. Diese sind nicht nur auf maximalen Profit ausgerichtet, sondern auch als sittenwidrig und menschenverachtend zu verurteilen.

Es bedarf einer klaren Abgrenzung zwischen legaler Prostitution und illegalem Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Während Prostituierten das Selbstbestimmungsrecht auf freie Berufsausübung nicht abgesprochen werden darf, müssen Opfer von Menschenhandel Schutz und Unterstützung durch den Staat erfahren. Zwangsprostitution ist eine massive Menschenrechtsverletzung.

Wir lieben Vielfalt – Antidiskriminierung und Queerpolitik

Vielfaltspolitik fördert das friedliche Zusammenleben aller Menschen mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften, gleichberechtigt und mit gegenseitiger Akzeptanz. Unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung, von ethnischer Herkunft oder Behinderung soll es Menschen möglich sein, einander friedlich und ohne Diskriminierungen zu begegnen. Die Wertschätzung von Vielfalt als Bereicherung für unser Zusammenleben steht für uns GRÜNE dabei im Vordergrund. Bundesweit ist Rheinland-Pfalz mit diesem neuen Ansatz der Vielfaltspolitik zum Vorbild geworden. Das Land Rheinland-Pfalz hat 2012 eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, da trotz aller Bemühungen für viele Menschen Diskriminierung noch immer zum Alltag gehört. Diese Stelle wollen wir in Zukunft stärken. Auf GRÜNE Initiative hin hat die Landesregierung ebenfalls eine Strategie für Vielfaltspolitik entwickelt; dazu gehört auch der Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem „Netzwerk Diskriminierungsfrees Rheinland-Pfalz“. In der kommenden Wahlperiode wollen wir diese Strategie nun durchführen und weiterverfolgen.

Wir GRÜNE stehen für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz, in dem Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) aktiv bekämpft werden. Wir setzen uns für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von LSBTTIQ in allen Bereichen des Lebens ein. Durch uns GRÜNE ist Queerpolitik auch Regierungsprogramm geworden. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht und wollen diesen Weg fortsetzen.

Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen

Offenheit und Akzeptanz für LSBTTIQ ist in vielen Lebensbereichen noch keine Selbstverständlichkeit. Der Aktionsplan der Landesregierung „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ beinhaltet rund 110 Einzelmaßnahmen aus allen Ressorts und hat sich als gutes Instrument erwiesen, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Queer-Organisationen. Dafür wurde eine Zielvereinbarung mit QueerNet e.V. unterzeichnet, die wir fortsetzen wollen. Wir möchten QueerNet Rheinland-Pfalz als die zentrale Struktur- und Anlaufstelle für LSBTTIQ in ganz Rheinland-Pfalz auf sichere Beine stellen. Mit der entsprechenden Bereitstellung von Ressourcen kann QueerNet Rheinland-Pfalz die vielen ehrenamtlichen Initiativen weiterhin unterstützen und die dezentralen Strukturen ausbauen. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Beschäftigten im Land und in den Kommunen für LSBTTIQ stärker sensibilisiert werden. Auf

kommunaler Ebene konnten bereits zahlreiche positive Erfahrungen durch die Tätigkeit von LSBTTIQ-Beauftragten gesammelt werden. Daher fordern wir eine Beauftragte oder einen Beauftragten für LSBTTIQ in Rheinland-Pfalz auf Ebene der Landesregierung, der oder die nicht nur für LSBTTIQ zuständig sein soll, sondern sich stetig für die weitere Gleichstellung und gegen Diskriminierung einsetzen muss. Damit wird auch die Bedeutung und Sichtbarkeit von LSBTTIQ gesteigert. So wird die kontinuierliche Arbeit und Betreuung von Projekten wie „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiter gestärkt. Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Landesmittel für Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und die Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt deutlich erhöht wurden. Wir wollen die Strukturen in diesem Bereich weiter stärken. Nur mit starken GRÜNEN ist sichergestellt, dass der begonnene Weg fortgesetzt wird.

Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare – vollständige Gleichstellung

Warum es einen Unterschied machen soll, ob sich zwei Menschen unterschiedlichen oder gleichen Geschlechtes lieben, ist niemandem zu vermitteln. Die bisherige Praxis bedeutet eine fortgesetzte staatliche Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. In Urteilen des Bundesverfassungsgerichts wird die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft mit der Ehe in Bezug auf das Steuer- und das Adoptionsrecht verlangt. Das Land Rheinland-Pfalz ist unter Rot-Grün weiter: Wir haben bereits 2012 eingetragene Lebenspartnerschaften rückwirkend im Beamtenrecht mit der Ehe gleichgestellt. Wir wollen nun endlich auch den letzten Schritt gehen – und die Ehe vollständig für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Wir haben hierfür im Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der mehrheitlich befürwortet und dem Bundestag vorgelegt wurde. Wir setzen uns als weiteren wichtigen Schritt zur vollständigen Gleichstellung auch für das Adoptionsrecht von eingetragenen Lebenspartnerschaften ein.

Für Vielfalt und Akzeptanz – gegen Diskriminierung

Wir GRÜNE setzen auf Aufklärung, um die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTTIQ zu steigern. Der KiTa-Koffer mit Informationsbroschüren und Kinderbüchern zum Thema LSBTTIQ und Vielfalt wird von zahlreichen Trägern stark nachgefragt. Analog dazu befindet sich ein Koffer für Grundschulen in Erarbeitung. Wir GRÜNE bekennen uns zum Projekt der SchwulLesbischBiTrans-Aufklärung (SchLau) in Schulen in Rheinland-Pfalz und möchten dieses weiter unterstützen und ausweiten. Ziel des SchLau-Projekts ist es, bei jungen Menschen Akzeptanz für vielfältige Lebensweisen und für die schwierige Phase des Coming-Out zu schaffen. Wir unterstützen LSBTTIQ-Aufklärung aus Bildungsinhalt – dafür muss die Beratung von Schulleitungen, Lehrkräften und insbesondere Vertrauenslehrerinnen und -lehrern verstärkt und koordiniert werden. Auch soll die Zusammenarbeit von SchLau mit nicht landeseigenen Bildungseinrichtungen vom Land unterstützt werden. Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass das Lehrmaterial die Vielfalt der Lebensrealität abbildet. In Schulen müssen speziell die Vertrauenslehrerinnen und -lehrer zur Sichtbarkeit von Vielfalt benannt und fortgebildet werden, um für die Belange von LSBTTIQ-Schülerinnen und -Schülern sensibilisiert zu sein

Unrecht aufarbeiten

Bis 1969 war homosexuelle Liebe in Deutschland eine Straftat. Auf GRÜNEN Impuls hin hat sich der Landtag 2012 bei den Betroffenen der Strafverfolgung für das erlittene Unrecht entschuldigt – ein Meilenstein für Queerpolitik in Rheinland-Pfalz. 2014 wurde ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen in Rheinland-Pfalz gestartet. Wir brauchen Forschungsergebnisse, die in pädagogisches Material umgesetzt werden, um ein stärkeres Bewusstsein für das erlittene Unrecht zu erreichen. Wir fordern auf Bundesebene die Aufhebung dieser Urteile nach 1950 und ein sichtbares Zeichen der Wiedergutmachung.

Rheinland-Pfalz soll auch internationale Partnerschaften mit beispielsweise South Carolina, Ruanda, Burgund oder Opole nutzen, um den Austausch sowohl auf staatlicher Ebene als auch zwischen NGOs in diesem Bereich der Antidiskriminierungsarbeit zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in ihrem Herkunftsland verfolgt werden, in Deutschland Schutz vor Verfolgung bekommen.

Arbeit und soziale Teilhabe

Wir GRÜNE stehen für eine Gesellschaft, in der Vielfalt gelebt wird und die niemanden ausgrenzt. Wir wollen eine Gesellschaft, die unterstützt, wo Hilfe nötig ist, die befähigt, Engagement weckt und die niemanden abschreibt. Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz darauf vertrauen können, bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten – unabhängig von Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung. Wir wollen eine Sozialpolitik, deren zentrales Ziel die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ist. Wir GRÜNE stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut. Wir wollen uns nicht damit begnügen, finanzielle und soziale Notsituationen abzufedern. Wir setzen uns zusätzlich für die Schaffung von besserer sozialer Infrastruktur und Teilhabe ein. In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit so gering wie in keiner anderen Industrienation.

Kinder und Jugendliche müssen das Recht auf einen guten Start ins Leben haben. Dazu brauchen Familien Unterstützung und ein Bildungssystem, das nicht selektiert, sondern von Anfang an Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung zum obersten Prinzip erhebt. Zuwanderinnen und Zuwanderern darf nicht aufgrund ihres Aufenthaltsstatus oder ihres im Ausland erworbenen Abschlusses der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert werden.

Arbeit

Die Partizipation am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessern, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften erleichtern und Betriebsräte stärken sowie deren Grün-

dung unterstützen. Sozial ist nicht immer alles, was Arbeit schafft: Niedriglöhne und Lohndumping zerstören die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft und machen Beschäftigte krank. Wer arbeitet und keine entsprechende Anerkennung und Entlohnung für seine Arbeit erhält, brennt auf Dauer aus. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für Erwerbstätige zu verbessern und den arbeitsbedingten Risiken für Burnout und anderen Erkrankungen entgegenzuwirken.

Noch immer haben wir keine gleiche Entlohnung von Männern und Frauen und noch immer stoßen viele berufstätige Frauen an gläserne Decken. Zudem führen längere Arbeitslosigkeit und unterbrochene Erwerbsbiographien gerade für Frauen später oftmals zu Altersarmut. (zu Frauen- und Gleichstellungspolitik siehe auch S. 54)

Wer Vollzeit arbeitet, verdient einen Lohn, mit dem sich der eigene Lebensunterhalt ausreichend finanzieren lässt. Die Einführung des Mindestlohnes in Deutschland ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es bleibt noch viel zu tun.

Unsere Wirtschaft hat einen hohen Bedarf an Fachkräften. Daher wollen wir GRÜNE jungen Menschen von Anfang an eine gute Ausbildung und Qualifikation ermöglichen. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze sichern und ausbauen. Wir setzen uns für ein Modell nach dem Vorbild der Handwerkskammer der Pfalz ein, bei dem sich die Betriebe untereinander und solidarisch in Fragen einer guten Ausbildung unterstützen. Außerdem unterstützen wir die Betriebe, die bereits seit vielen Jahren in gesellschaftlicher Verantwortung gute Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Auch die Erhöhung der Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben, die Integration von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland sind wichtige Bausteine, um die Bedarfe zu decken. Wir GRÜNE haben deshalb auf Bundesebene den Anstoß für ein dringend benötigtes Einwanderungsgesetz gegeben, für das wir lange kämpfen. (zu Fachkräfte siehe auch S. 33)

Zeit- und Leiharbeit entwickeln sich zunehmend zu Instrumenten der Wettbewerbsverzerrung, des Lohndumpings und der Unterwanderung der Rechte der Beschäftigten. Bei Leiharbeit muss vom ersten Arbeitstag an gleiches Geld für gleiche Arbeit gelten.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen häufig in die Altersarmut. Gerade Frauen sind vielfach betroffen, insbesondere Frauen mit Kindern: Aufgrund von Fürsorgearbeit werden der Arbeitsmarktzugang oder der Wiedereinstieg häufig erschwert. Der öffentliche Dienst und insbesondere das Land als Arbeitgeber müssen hier Vorbilder für die Privatwirtschaft sein. Dies gilt für Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen in Führungspositionen sowie die Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen. Wir GRÜNE wollen die interkulturelle Öffnung von Ämtern und Verwaltungen, damit sich auch dort die Vielfalt widerspiegelt, die unsere Gesellschaft auszeichnet. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sind eine gute Möglichkeit, um Diskriminierung bei der Arbeitssuche zu verringern. Trotz insgesamt sinkender Arbeitslosenzahlen bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen bestehen. Daher brauchen wir eine Arbeitsmarktförderung für alle Menschen mit Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt. Ein Ansatz dafür ist der Passiv-Aktiv-Transfer, bei dem gezahlte Leistungen

direkt zur Förderung von sozialversicherungspflichtiger Arbeit verwendet werden. Ein sozialer Arbeitsmarkteröffnet neue Perspektiven und ermöglicht Teilhabe. Wir brauchen eine auf den Einzelfall abgestimmte Integrationsstrategie, die Qualifizierungsmaßnahmen und eine sozialpädagogische Betreuung beinhaltet. Letztere muss auf dem individuellen Unterstützungs- und Förderbedarf der Person basieren.

Kampf gegen Armut

Wir wollen nicht hinnehmen, dass immer mehr Menschen auf das Angebot von Suppenküchen angewiesen sind. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer. Nach dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht sind in Rheinland-Pfalz besonders Menschen ohne Arbeit, Alleinerziehende – und damit überwiegend Frauen –, Familien mit mehreren Kindern sowie Jugendliche von dauerhafter und verfestigter Armut betroffen, während extrem hohe Einkommen und Vermögen eines kleinen Bevölkerungsanteils weiter anwachsen. Armut hat viele Seiten: Geldmangel ist nur die offensichtlichste davon. Viel zu häufig kommen geringe Bildungs- und Beschäftigungschancen, eingeschränkte soziale und kulturelle Teilhabe, geringe Gesundheitsvorsorge, Fehlernährung, gesundheitsschädliches Verhalten und schlechter Wohnraum hinzu. All das führt zu Krankheiten und weiterer Schwächung und damit in eine soziale Abwärts Spirale. Besonders das Ausmaß der Kinderarmut in unserem reichen Land ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis. Wir GRÜNE wollen, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein, die jedem Kind das sozio-ökonomische Existenzminimum garantiert. Erschreckend ist, dass bereits junge Menschen zu Beginn ihres Erwerbslebens oder bei der Familiengründung von dramatischer Armut betroffen sind. Wir GRÜNE wollen ihnen durch spezielle Förderung und Maßnahmen eine Zukunftsperspektive geben. (zu Familienpolitik siehe auch S.)

Alleinerziehende und ihre Kinder haben ein eklatantes Armutsrisiko. Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Alleinerziehende unterstützt – eine verlässliche Kinderbetreuung und Arbeitsförderung durch das Land ermöglichen Erwerbsarbeit. Ebenso wichtig sind sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Fehlende Lohnzuwächse, zunehmendes Einkommensungleichgewicht, unterbrochene Erwerbsbiographien und das Fehlen einer Basisrente führen zu wachsender Altersarmut. Dies betrifft insbesondere Frauen. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und lehnen Kürzungen bei der Städtebauförderung als unsozial ab. Wir brauchen eine aktive Wohnungspolitik, die bezahlbares Wohnen sichert. Individuelle Hilfen wie beispielsweise das Wohngeld müssen regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden. Wir wollen die soziale Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz zielgerichtet weiterentwickeln und überhöhten Mietpreissteigerungen mit geeigneten Instrumenten entgegenwirken. (zu Wohnen siehe aus S. 68)

Unsere sozialpolitischen Schwerpunkte sind eine landesweite Bekämpfung von Armut durch Stärkung der Kommunen, bessere Beratung und Unterstützung von Menschen in besonderen Schwierigkeiten vor Ort, eine Weiterentwicklung der sozialen Wohn-

raumförderung, die umfassende Inklusion für Menschen mit Behinderungen und eine entschlossene Bekämpfung der Kinderarmut. Doch Teilhabe am sozio-kulturellen Leben muss für alle möglich sein. Auch Menschen, die jenseits dieser ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten, müssen eine finanzielle Grundlage – nicht nur zum Überleben – besitzen. Daher setzen wir GRÜNE uns für eine Abschaffung der menschenunwürdigen Sanktionen auf Leistungen nach ALG II (Hartz IV) sowie langfristig für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein.

Inklusion – Politik von und für Menschen mit Behinderungen

Rheinland-Pfalz gibt Impulse für eine moderne Politik von und für Menschen mit Behinderungen. Selbstbestimmt leben und mittendrin von Anfang an, das sind unsere Ziele. Wir wollen eine Gesellschaft der Vielfalt, in der es ein Gewinn für alle ist, verschieden zu sein. Menschen mit Behinderungen haben gleiche Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe. GRÜNE Politik geht nicht über die Köpfe der Menschen hinweg. Für uns gilt der Leitgedanke der Behindertenbewegung: „Nichts über uns ohne uns!“

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht. Rheinland-Pfalz hat 2010 einen Aktionsplan zu deren Umsetzung erarbeitet. Wir werden mit Nachdruck weiterarbeiten, um Sonderwelten für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, beispielsweise Wohnen, Arbeiten und Bildung, nach und nach zu überwinden. Wir sind verpflichtet, alle Landesgesetze und Regelungen auf ihre Vereinbarkeit mit der Konvention zu überprüfen und diese gegebenenfalls anzupassen. Wir werden Kommunen, Verbände, öffentlich-rechtliche und andere Institutionen dazu ermutigen, diesen Weg mit uns zu gehen. Zur Sicherstellung der systematischen Umsetzung wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten.

Die Stärkung des Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen und des Landesteilhabebirats hat eine herausragende Bedeutung. Sie sind bei allen grundsätzlichen Fragen rechtzeitig zu beteiligen. Bei Missachtung dieser Maßgabe wollen wir ein Vetorecht durchsetzen. Den Landesteilhabebirat und den Landespsychiatriebirat wollen wir zu einem „Landesbeirat für Inklusion und Teilhabe“ zusammenführen. Es geht um die Rechte aller Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir wollen ein flächendeckendes Netz kommunaler Beauftragter und Beiräte für die Belange behinderter Menschen einrichten und sie mit Beteiligungsrechten verbindlich ausstatten. Inklusion findet statt, wo die Menschen leben, arbeiten, ihre Freizeit genießen und füreinander da sind: im Dorf und im Quartier der Stadt. Wir streben Zielvereinbarungen zur Entwicklung inklusiver Sozialräume mit den Kommunen an.

Die Umwandlung von Sondereinrichtungen zu inklusiven Lebensräumen mitten in den Gemeinden wollen wir verbindlich entwickeln. Unser Ziel ist die Dezentralisierung großer Wohneinrichtungen. Inklusion ist mehr als ambulant vor stationär. Die Stärkung der Selbsthilfe und die unabhängige Beratung von Betroffenen für Betroffene (Peer Counseling) gehören dazu.

Barrieren abbauen

Behinderungen entstehen durch Barrieren unterschiedlichster Art. Diese müssen wir abbauen. Deshalb werden wir das Landesbehindertengleichstellungsgesetz novellieren. Wir brauchen die Festlegung überprüfbarer Ziele, Zeitvorgaben und Umsetzungsmechanismen für umfassende Barrierefreiheit. Dazu gehört auch die Verwendung leichter Sprache in der Kommunikation mit der Verwaltung. Gebärdensprache sollte von der Ausnahme zur Regel werden. Deshalb streben wir die wissenschaftliche Begleitung und Ausbildung der Gebärdensprache an einer Hochschule an. Wir wollen die soziale Wohnraumförderung stärker für die Schaffung von barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum nutzen und uns auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, den privaten Sektor zur Barrierefreiheit zu verpflichten.

Wir GRÜNE setzen uns für die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem an Selbstbestimmung und Inklusion ausgerichteten Teilhabeleistungsrecht ein. Dazu gehört der Wegfall der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit aller Leistungen, die zur gesellschaftlichen Teilhabe erforderlich sind – das gilt auch für die Assistenzleistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein Grundrecht auch für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen deshalb einen einheitlichen Kostenträger für Teilhabeleistungen von Land und Kommunen aufbauen. Wir brauchen einheitliche Standards für Bedarfsfeststellung und Leistungsgewährung, den Ausbau persönlicher Budgets und eine einheitliche Teilhabeplanung, die von der Selbstbestimmung der leistungsberechtigten Menschen ausgeht. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Unterstützung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie ihrer Familien. Wir GRÜNE wollen die Zugänge zu Beratungs-, Unterstützungs- und Entlastungsangeboten besser organisieren, denn oft werden vorhandene Leistungsangebote nicht in Anspruch genommen.

Wir wollen eine verbindliche Zielvereinbarung abschließen, die innerhalb von drei Jahren den Anteil nicht barrierefrei zugänglicher Praxen der jeweiligen Berufs- und Fachgruppe halbiert. Im Krankenhausbereich wollen wir eine Strategie zur Verbesserung der Kompetenz im Umgang mit kognitiv oder kommunikativ eingeschränkten Personen entwickeln. Mit allen Gesundheitsberufen wollen wir eine Strategie vereinbaren, um die Kommunikation mit Patientinnen und Patienten in einfacher Sprache zur Regel zu machen.

Kindertagesstätten sollen sich zu inklusiven Einrichtungen und Fördergruppen zu gemischten Gruppen weiterentwickeln. Jedes Kind braucht die notwendige professionelle Unterstützung – unabhängig vom Lern- oder Förderort. Wir brauchen bessere Übergänge von der Kita in die Grundschulen und später in die weiterführenden Schulen. Fast jedes dritte Kind mit Förderbedarf besucht mittlerweile eine Regelschule. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter beschreiten und die Schulen darin unterstützen, Inklusion erfolgreich umzusetzen.

Inklusion gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wir wollen uns für einen Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen

Arbeitsmarkt einsetzen. Wir wollen Integrationsbetriebe und vergleichbare Arbeitsmöglichkeiten weiter ausbauen, besonders in der privaten Wirtschaft. Wir wollen den Beschäftigten in den Werkstätten für Behinderung einen Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen. Dazu gehört, das Budget für Arbeit flächendeckend zu ermöglichen. Wir wollen Rheinland-Pfalz als Reiseland auch attraktiver für Besucherinnen und Besucher mit Einschränkungen machen. Darum setzen wir uns weiterhin für barrierefreien Tourismus und barrierefreie Mobilitätsangebote ein.

Gesundheit

Wir wollen gleiche Chancen für alle, gesund zu sein, gesund zu bleiben oder gesund zu werden. Bildung, Einkommen und sozialer Status haben immer noch einen viel zu großen Einfluss darauf, wie krank oder gesund wir sind. Für uns GRÜNE ist Gesundheitsvorsorge und -versorgung für alle in ganz Rheinland-Pfalz. Die steigende Zahl chronisch kranker Menschen stellt die ambulante gesundheitliche Versorgung im medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Bereich vor große Herausforderungen.

Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Krankheitsvorbeugung sind die wichtigsten Elemente der Gesundheitspolitik. Die Vermeidung und Behandlung von chronischen Zivilisations- und Umwelterkrankungen erfordert eine Offenheit für unterschiedliche medizinische Betrachtungsweisen. Präventive Maßnahmen müssen soziale und geschlechtsbedingte Ungleichheit vermindern und dafür bei den Bevölkerungsgruppen ansetzen, bei denen die höchsten Erkrankungsrisiken bestehen. Dies sind sehr häufig ärmere und sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten, denn für viele Erkrankungen gilt: Armut geht mit einem erhöhten Risiko einher. Wir unterstützen vielfältige Angebote zur Beratung und Förderung der seelischen und körperlichen Gesundheit. Wir wollen Modellvorhaben zur Krankheitsprävention in Stadtteilen und Regionen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen durchführen. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll hierbei eine wichtige koordinierende Rolle spielen.

Gesundheitsversorgung

Die wohnortnahe Versorgung mit ambulanten und stationären medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten sicherzustellen, ist für uns GRÜNE ein herausragendes Ziel. Dazu wollen wir das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ und den Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung weiterentwickeln. Pro Kopf ist die Arztdichte in Ballungsräumen viel höher als in ländlichen Regionen. Wir wollen deshalb die Niederlassung von Hausärztinnen und -ärzten, Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie grundversorgenden Fachärztinnen und -ärzten zielgenau dort fördern, wo die meisten Menschen auf einen Arzt- oder Therapeutesitz angewiesen sind. Die Honorarverteilung muss in diese Niederlassungssteuerung einbezogen werden.

Durch einen zusätzlichen Sitz zur Vertretung von Patientinnen und Patienten im gemeinsamen Landesgremium haben wir die Rechte der Menschen gestärkt, die medizi-

nische Leistungen in Anspruch nehmen. Wir haben die Rechte von untergebrachten Personen verbessert und Zwang in der Behandlung psychisch erkrankter Menschen ist nun die Ausnahme. Allen Menschen muss eine gute medizinische Versorgung zur Verfügung stehen: Ambulantisierung und gemeindenaher Psychiatrie müssen überall gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit psychischer Erkrankung oder Behinderung sicherstellen. Das Landesgesetz zu psychischen Krankheiten wollen wir deshalb novellieren. Gesundheitseinrichtungen müssen grundsätzlich barrierefrei sein. Dazu streben wir verbindliche Zielvereinbarungen an. Bei Auseinandersetzungen um die Genehmigung von Therapien oder Hilfsmitteln wollen wir Unterstützung und Beratung anbieten und gegebenenfalls aufsichtsrechtliche Möglichkeiten zur Behebung von Missständen ausschöpfen. Für Menschen mit Lernschwäche ermöglichen wir bei Krankenhausaufenthalten eine bessere Begleitung und Unterstützung. Medizinische Zentren für Menschen mit Behinderungen werden wir auch in Rheinland-Pfalz aufbauen. Wir wollen die medizinische Versorgung von Menschen ohne Wohnung oder Papiere unterstützen, die bislang ohne den Einsatz von Ehrenamtlichen nicht möglich wäre. *(zu Inklusion – Politik von und für Menschen mit Behinderungen siehe auch S. 63)*

Eine Voraussetzung für die ausreichende ärztliche Versorgung im Land ist auch eine zahlenmäßig angemessene Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern. Die Zahl der Studienplätze in Deutschland ist dafür keineswegs ausreichend. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz auszubauen. Wir wollen prüfen, ob Krankenhäuser im Land stärker in die klinische Ausbildung einbezogen werden können. Mit der unter unserer Landesregierung eingerichteten Professur für Allgemeinmedizin haben wir ein entscheidendes Element zur Förderung des hausärztlichen Nachwuchses auf den Weg gebracht.

Einen Ausbau der Verbundweiterbildungen zum Facharzt für Allgemeinmedizin wollen wir unterstützen, um mehr Hausärzte ausbilden zu können. Ausbildung und Forschung in hausärztlicher Medizin beinhaltet für uns mehr als die Zusammenführung medizinischer Fachdisziplinen. Regionale Versorgungszentren, unter anderem mit Zweigpraxen, das Modell Gemeindepflege, spezielle Transportdienste für Patientinnen und Patienten, mobile Praxisteams und telemedizinische Angebote sind für uns wichtige Elemente einer Versorgungssicherung im ländlichen Raum. Modellprojekte der sektoreübergreifenden Versorgung sollen Versorgungsdefiziten entgegenwirken. Wir streben eine regionale Vernetzung der Gesundheitsleistungen und regionale Gesundheitskonferenzen an: Regionale Netze sollen sektorale Gräben überwinden. Gesundheitsberufe und Patientenvertretungen sollen Mitspracherechte in den regionalen Gesundheitskonferenzen erhalten, um Bruchstellen in der Versorgung zu vermeiden und somit Kosten zu sparen.

Krankenhäuser

Wir GRÜNE setzen uns für den Erhalt eines wohnortnahen Angebots der Grund- und Regelversorgung ein. Spezialisierte Leistungen sollen an speziellen Krankenhäusern konzentriert und mit höchster fachlicher Qualität angeboten werden. Die Koordination der Zusammenarbeit und der Spezialisierung der Krankenhäuser im Land übernimmt stärker

als bisher die Krankenhausplanung. Die stationäre Versorgung darf nicht losgelöst von der ambulanten Versorgung betrachtet werden. Die Landeskrankenhausplanung wollen wir als Teil einer umfassenden medizinischen Versorgungsplanung weiterentwickeln. Der wirtschaftliche Druck auf Krankenhäuser führte zu Stellenstreichungen insbesondere in der Pflege. Daher streben wir eine Mindestpersonalbesetzung in unseren Kliniken an. Wir unterstützen die Pflegekammer darin, solche Standards zu entwickeln. Ziel ist es, die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen und die Versorgung der Patientinnen und Patienten durch mehr Fachkräfte zu verbessern. Die Investitionsmittel für die Kliniken sollen erhöht und zielgerichtet für die Patientenversorgung eingesetzt werden. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab.

Unsere älter werdende Gesellschaft braucht einen Ausbau stationärer, teilstationärer und ambulanter altersmedizinischer Versorgung mit einer engen Zusammenarbeit der beteiligten Berufsgruppen. Angesichts verbreiteter Anwendung von Psychopharmaka und Freiheitseinschränkung in der Altenpflege muss der Ausbau der Gerontopsychiatrie ein Schwerpunkt sein.

Rheinland-Pfalz braucht einen substantiellen Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung. Die Palliativversorgungsplätze in Kliniken wollen wir in spezialisierten Abteilungen zusammenfassen und weitere Plätze in Hospizen fördern. Gemeinsam mit der Selbstverwaltung muss die spezialisierte ambulante Palliativversorgung in Rheinland-Pfalz flächendeckend aufgebaut werden. Den Ausbau des ambulanten und stationären Bereichs wollen wir durch verbindliche Zielvereinbarungen absichern.

Pflege

Unser Ziel sind Selbstbestimmung sowie soziale und kulturelle Teilhabe für alle Menschen auch im hohen Alter. Das lässt sich nur mit gesundheitlicher Prävention und Rehabilitation sowie altersgerechten barrierefreien Wohn- und Lebensräumen erreichen. Jedes Quartier und jede Gemeinde braucht ein Entwicklungskonzept, um Versorgung, Mobilität, Unterstützung und Pflege vor Ort zu sichern. Tagesangebote und, wenn notwendig, kleine stationäre, in den Sozialraum integrierte Wohnformen schaffen soziale Kontakte, Transparenz und Sicherheit. Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz flächendeckend Pflegestützpunkte eingerichtet. Wir wollen, dass Vertreterinnen und Vertreter von Pflegebedürftigen, deren Angehörige sowie Einrichtungen, Pflegestützpunkte und Kommunen in regionalen Pflegekonferenzen zusammenarbeiten. Wachsende Überlastung sowie ungenügende Anerkennung und Vergütung drängen viele Pflegekräfte frühzeitig aus dem Beruf. Deshalb brauchen wir eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Stellenwert der Pflege. Wir gründeten die bundesweit erste Pflegekammer mit einer Pflichtmitgliedschaft, damit Pflege ihre eigenen Qualitätsmaßstäbe und Standards setzen kann. Wir wollen die Attraktivität des Berufes weiter erhöhen und haben zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege geschaffen, um den zunehmenden Fachkräftebedarf zu sichern.

Wohnen

Die Nachfrage und der Bedarf von Wohnraum sind in Rheinland-Pfalz sehr unterschiedlich. Während in ländlichen Regionen Wohnraum leer steht, ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in vielen Städten kaum zu bewältigen. Aus diesen Gründen wollen wir GRÜNE differenzierte politische Maßnahmen ergreifen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wir haben in vier Ballungszentren die Kappungsgrenze für bestehende Mietverhältnisse eingeführt. Die Mietpreissteigerung laufender Mietverträge ist in Mainz, Landau, Trier und Speyer auf 15 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt. In diesen Städten ist eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnraum gefährdet. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Ausweitung der Mietpreisbremse auch auf Neubauten ein. *(zu Soziale Öffnung und gute Studienbedingungen siehe auch S. 79)*

Darüber hinaus wollen wir dem knappen Wohnungsangebot mit speziellen Förderprogrammen begegnen. Wir haben dazu das Landeswohnraumförderungsgesetz novelliert und an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst. Die Investitions- und Strukturbank (ISB) unterstützt fortan Bürgerinnen und Bürger beim Bau oder Kauf von selbst genutzten Immobilien, bei der Schaffung von Mietwohngebäuden und bei der Modernisierung von Wohnimmobilien. Unser Ziel ist es, in fünf Jahren über 20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit Hilfe des Landes zu schaffen.

Passender Wohnraum für alle

Das Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe gilt für uns auch für die Wohnungspolitik. Wir GRÜNE setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum und für barrierefreies Bauen und Wohnen ein. Dafür haben wir die Landesbauordnung modernisiert und darin die Barrierefreiheit ausgeweitet. Wir haben das verpflichtende Kontingent an barrierefreien Wohnungen im Neubau erhöht sowie die Aufzugpflicht ab vier Stockwerken eingeführt. Damit trägt die neue Landesbauordnung erheblich zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und Familien mit Kindern bei.

Kultur

Rheinland-Pfalz mit seinem reichen kulturellen Erbe, seinen Orchestern, Theatern, Museen und Bibliotheken verfügt über ein breites kulturelles Angebot. Wir GRÜNE stehen für Kultur, die alle Menschen einbezieht. Es sind gerade auch die freien Kulturträger, kleinen Theater, Clubs und Vereine, die mit relativ bescheidenen Mitteln und großem Engagement für ein breites und attraktives kulturelles Angebot auch im ländlichen Raum sorgen. Sie brauchen unsere Unterstützung. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf Jugendclubs und -vereine legen, die nicht nur Jugendarbeit betreiben, sondern vor allem die Jugendkultur fördern und die Kulturlandschaft bereichern.

Bei der Kulturförderung kommt es auf die Kommunen an – das Land hat die Aufgabe, Kultur in der Fläche breit zu unterstützen und Einrichtungen mit großflächiger Ausstrahlung mitzufinanzieren. Mehr strukturelle Finanzierung und Förderung soll künftig die Projektfinanzierung in vielen Kulturbereichen ersetzen, um damit eine längerfristige Planbarkeit bei den Kultureinrichtungen zu ermöglichen. Die Förderung von Kunst und Kultur auf allen Ebenen wollen wir durch ein neues rheinland-pfälzisches Kulturraumgesetz unterlegen. Damit wollen wir auch in finanzieller Hinsicht die regionale Verantwortung für regional bedeutsame Kultureinrichtungen stärken. Bei der Förderung kommunaler Kulturaufgaben wollen wir künftig stärkere Anreize setzen, um die Zusammenarbeit von Kultur- und Bildungseinrichtungen auszuweiten.

Kulturelle Bildung und Leseförderung

Kulturelle Bildung fängt bei der frühkindlichen Bildung an. Wir GRÜNE haben daher auf der Landesebene die kulturelle Bildung und Leseförderung vorangebracht. Ohne uns GRÜNE gäbe es kein Landesprogramm „Jedem Kind seine Kunst“, das interessierten Einrichtungen ermöglicht, in Projekten mit rheinland-pfälzischen Künstlerinnen und Künstlern Kindern Kunst näher zu bringen. „Jedem Kind seine Kunst“ erweitert damit die Angebote für kulturelle Bildung und bietet Verdienstmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler.

Wir wollen Kindertagesstätten, Schulen, Kulturinstitutionen und -initiativen bestärken, mehr Kulturangebote für Kinder und Jugendliche zu initiieren. Einrichtungen der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche wie Jugendkunstschulen, Museumspädagogik, Jugendtheater und Musikschulen, die besonders auch im ländlichen Raum Angebote bereithalten, wollen wir in ihrer Arbeit unterstützen und absichern. Ab 2016 werden wir zum ersten Mal für kleine und kleinste Initiativen unbürokratische materielle Hilfe für interkulturelle Projekte bereitstellen.

Einrichtungen für die fachspezifische Aus- und Weiterbildung wollen wir erhalten und weiterentwickeln, darunter die Villa Musica und die neue Landesmusikakademie für den Musikbereich, das Schloss Balmoral Bad Ems für die bildenden Künste sowie das Künstlerhaus Edenkoben für den Literaturbereich.

Wir haben zur Stärkung des Bibliothekswesens ein rheinland-pfälzisches Bibliotheksgesetz verabschiedet. Allerdings brauchen die kleinen Bibliotheken weiterhin unsere Hilfe. Sie spielen – wie die großen – eine wichtige Rolle für die Leseförderung und für die Versorgung mit Literatur und weiteren medialen Angeboten sowie als Zentren der Kommunikation und der Begegnung. Sie dienen der Erfüllung des Grundrechts auf Informationsfreiheit und unterstützen damit einen gleichberechtigten Wissenszugang in unserer demokratischen Gesellschaft. Das Bibliotheksgesetz stärkt die Bibliotheken und trägt zu ihrer Absicherung bei – gerade in einer Zeit knapper Kommunalfinanzen, in der kulturelle Einrichtungen vielfach unter Druck geraten.

Kultur in Rheinland-Pfalz – vielfältig und multimedial

Wir GRÜNE wollen die Möglichkeiten zur Teilhabe an Kultur in Rheinland-Pfalz erhalten und ausbauen – auch und gerade im ländlichen Raum. Soziokulturelle Zentren und Initiativen spielen dabei eine wichtige Rolle für bürgerschaftliches Engagement, generationsübergreifende Ansätze, Angebote der Kinder- und Jugendkultur sowie für interkulturellen Dialog. Wir GRÜNE haben erreicht, dass die institutionelle Förderung der Soziokultur ausgeweitet wurde und wollen weiterhin den soziokulturellen Bereich fördern. Darüber hinaus wollen wir im gesamten Landesgebiet die regionale Vernetzung von Kulturschaffenden, Initiativen, Veranstalterinnen und Veranstaltern stärken. Der Kultursommer ist eine feste Größe im kulturellen Angebot des Landes Rheinland-Pfalz. Im Rahmen des Kultursommers 2015 wurden im ganzen Land insgesamt 250 kulturelle Veranstaltungen aus den unterschiedlichsten Bereichen gefördert, die von annähernd 800.000 Menschen besucht wurden. Wir wollen den Kultursommer auch in Zukunft unterstützen.

Wir haben die Einrichtung einer Anlaufstelle für Film- und Medienschaffende erreicht, die am Institut für Mediengestaltung der Hochschule Mainz angesiedelt ist und vom Wirtschaftsministerium gefördert wird. Ziel ist es, Film- und Medienschaffende bei der Planung und Finanzierung von Projekten beratend zu unterstützen. Seit 2014 fördert das Land junge Filmschaffende mit Stipendien. Die in Rheinland-Pfalz immer noch unterentwickelte Filmförderung wollen wir weiter ausbauen.

Wir wollen darüber hinaus die Weiterentwicklung der Arbeit von Programmkinos und die Aufrechterhaltung von Filmangeboten im ländlichen Raum fördern. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die im Land ansässigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Unterstützung junger Filmemacherinnen und -macher sowie die Filmförderung insgesamt intensivieren.

Kulturelles Erbe und Gedenkstätten

Die SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz verfügen mit ihren jüdischen Denkmälern über einen reichen Schatz an historischen Zeugnissen der jüdischen Religion in Rheinland-Pfalz. Zugleich sind sie ein eindrucksvolles Beispiel für die untrennbare Verbindung der Geschichte und Kultur unseres Landes und ganz Europas mit der jüdischen Kultur. Wir setzen uns daher für die Aufnahme der SchUM-Städte in die UNESCO-Liste der Weltkulturerbestätten ein. Trotz einer sehr großen und vielfältigen Konkurrenz ist es gelungen, die SchUM-Städte auf einem sehr aussichtsreichen Platz der deutschen Vorschlagsliste für Weltkulturerbestätten zu platzieren. Mit der Gründung der Landesstiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmahl ehemaliger Westwall“ haben wir ein einzigartiges Projekt ins Leben gerufen. Es stellt gleichermaßen Biotope und Mahnmale ins Zentrum und schlägt den Bogen zur politischen Bildung.

Die Entwicklung der kulturellen und historischen Bildung in Gedenkstätten ist eine immens wichtige Aufgabe. Erinnerungskultur ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Demokratie und fördert Toleranz und Miteinander. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit in besonderer

Weise der Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung von Menschen in der Nazizeit. Wir begrüßen insbesondere alle Initiativen, die vor Ort durch das Verlegen von Stolpersteinen und andere Gedenkprojekte das Gedächtnis auch an einzelne Menschen wachzuhalten versuchen. Die Förderung der Gedenkstättenarbeit haben wir ausgeweitet und wollen diese fortführen. Rheinland-Pfalz ist reich an bedeutenden Baudenkmalern aus unterschiedlichen Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor Herausforderungen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und energetischer Gebäudesanierung zu verbessern.

Sport

Sport macht Spaß, fördert Gesundheit, Lebensfreude, soziales Miteinander und Lernvermögen. Für uns GRÜNE erfüllt Sport auch eine gesellschaftliche Aufgabe, nämlich Menschen aus allen sozialen Schichten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung einzubeziehen. Im Sport gelingt Integration. Wir GRÜNE wollen die vielfältige Sportlandschaft im Vereins- und Breitensport in Rheinland-Pfalz fördern. Wir wollen daher in den Erhalt von Sportstätten im Land investieren. Dabei werden wir aber auch die Veränderungen durch den demografischen Wandel beachten: Dort, wo Sportstätten nicht mehr ausgelastet sind, können Kooperationen mit Nachbargemeinden und -vereinen dafür sorgen, Sportstätten zu erhalten und sinnvoll zu nutzen.

Der Klimaschutz als gesellschaftliche Aufgabe betrifft auch den rheinland-pfälzischen Sport. Sportvereine nehmen nicht nur eine öffentliche Vorbildfunktion ein, indem sie mit eigenen Projekten etwas für den Klimaschutz tun, sondern sind gerade im Jugendbereich auch Bildungsorte. Deshalb wollen wir die begonnenen Förderprojekte der Sportorganisationen und der Landesregierung zur Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz weiter ausbauen.

Für uns GRÜNE hat Sport eine große Bedeutung, wenn es darum geht, Vorurteile abzubauen und Akzeptanz zu stärken. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir deshalb die Finanzierung von Projekten gegen Rassismus, Homophobie und Gewalt im Sport, beispielsweise die Fußball-Fanprojekte, ausgebaut. Das wollen wir fortführen und insbesondere Projekte für Flüchtlinge und sozial Benachteiligte fördern. Sport muss immer auch fair und sauber bleiben. Deshalb fordern wir GRÜNE im Kampf gegen Doping Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich und eine effektive Dopingkontrolle mit einer bundeseinheitlichen Regelung und Förderung. Wir GRÜNE unterstützen die Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz an der Finanzierung der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA). Doch auch im weltweiten Zusammenhang hat Sport einen wichtigen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklung, Klima- und Naturschutz und die Lebensbedingungen der Menschen. Wir GRÜNE fordern bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen Transparenz, gesellschaftliche Mitsprache, soziale Verantwortung, die Einhaltung der Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist das Rückgrat einer solidarischen und starken Bürgergesellschaft. Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger wäre der starke soziale Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz kaum denkbar.

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement aller Generationen ist für unsere demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Besonders erfreulich ist, dass Rheinland-Pfalz beim Vergleich des ehrenamtlichen Engagements in den Bundesländern seit Jahren Spitzenplätze einnimmt. Wir GRÜNE wollen das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter stärken und den ehrenamtlich engagierten Menschen im Land Wertschätzung entgegenbringen. Deshalb haben wir die Ehrenamtskarte eingeführt, mit der Ehrenamtliche landesweit zahlreiche Vergünstigungen bekommen.

Mit dem Beauftragten für ehrenamtliches Engagement wollen wir noch mehr Menschen motivieren, sich freiwillig zu engagieren. Angebote für Freiwilligenjahre Jugendlicher, junger Erwachsener, aber auch Älterer wollen wir ausbauen.

3. GRÜN geht's weiter mit Bildung als Schlüssel zur Teilhabe für alle

GRÜN geht's weiter – weil wir für eine gute Zukunft unseres Landes gute Bildung brauchen.

Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft und den Zugang aller Menschen zu guten Lebensperspektiven. Die Weichen dafür werden schon im Kleinkindalter gestellt. GRÜNE Bildungspolitik steht für Vielfalt und Offenheit. Wir wollen Bildungswege für alle Kinder eröffnen und nicht verbauen. Deswegen haben wir in den vergangenen fünf Jahren viele Hürden beim Zugang zu Bildungsangeboten von der Kita bis zur Hochschule abgebaut und daran gearbeitet, ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule zu ermöglichen. Wir stehen für die Gleichwertigkeit der schulischen Bildung, der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung: Wir brauchen Master und Meister. GRÜNE Bildungspolitik steht auch für lebenslanges Lernen. Wir brauchen vielfältige Weiterbildungsangebote, die gesellschaftliche Teilhabe fördern.

Wir haben erreicht, dass Bildung in Rheinland-Pfalz von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei ist. Damit haben wir einen wesentlichen Beitrag zu einem gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem auf allen Ebenen geleistet. Das beginnt beim Kita-Besuch: Gemeinsam mit anderen Kindern zu spielen, spielerisch zu lernen und gut betreut zu werden ist gut für die frühkindliche Förderung. Beitragsfreie Betreuung für Kinder ab zwei Jahren legt nicht nur einen Grundstein zu gesellschaftlicher Teilhabe, sondern leistet auch einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. *(zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf siehe auch S. 55)*

Die kostenfreie Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die größere Entfernungen zur Schule zurücklegen müssen, trägt wie die Schulbuchausleihe dazu bei, dass gerade für Familien mit geringem Einkommen Bildung nicht zur Belastung wird. In einem weiteren Schritt wollen wir das System der Schulbuchausleihe vereinfachen und den bürokratischen Aufwand senken. Mit der Entwicklung eines effizienteren Systems wollen wir Handlungsspielräume für den Einstieg in eine kostenfreie Schulbuchausleihe gewinnen. Dabei sollen auch die digitalen Lernmittel einbezogen werden.

Mit der Abschaffung der Studienkonten haben wir es geschafft, dass das Erststudium in Rheinland-Pfalz komplett kostenfrei ist. In einem weiteren Schritt wollen wir erreichen, dass auch in Rheinland-Pfalz ein gebührenfreies Zweitstudium möglich wird, um den Erwerb von Mehrfachqualifikationen nicht unnötig zu erschweren. Künftig wollen wir in Rheinland-Pfalz nach Wegen suchen, um die Meisterprüfung und die Vorbereitung darauf ohne Belastung durch Gebühren möglich zu machen.

Bildung ist ein wichtiges, auch durch internationale Abkommen verbrieftes Menschenrecht. Deshalb wollen wir das Recht auf Bildung in der Landesverfassung verankern.

Eine Schule für alle

Wir GRÜNE wollen eine Schule für alle, in der Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen länger mit- und voneinander lernen können. Dafür werben wir um politische und gesellschaftliche Mehrheiten. In den kommenden fünf Jahren müssen wir längeres gemeinsames Lernen als Chance nutzen, um Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten. Wir brauchen mehr Schulen, die wohnortnah alle Abschlüsse unter einem Dach anbieten. Deshalb muss das Land gemeinsam mit den Schulträgern Wege zur Errichtung weiterer Gesamtschulen ebnen. Dazu wollen wir die Regelungen über Mindestgrößen von Schulen flexibilisieren. Vorrang muss der Einsatz von Ressourcen für die qualitative Entwicklung schulischer Angebote haben, statt Schülerinnen und Schülern unnötig weite Wege und den Kommunen als Schulträgerinnen hohe Transportkosten zuzumuten. Wir haben unter dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ dafür gesorgt, auch in Zeiten des demografischen Wandels kleine Grundschulstandorte zu erhalten. In Regionen, in denen die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht, entstehen an vielen Orten kleinere Klassen. In den kommenden Jahren werden wir weiterhin eine Priorität auf den Erhalt wohnortnaher Grundschulen setzen. Dazu kann auch eine Öffnung für mehr Vielfalt der pädagogischen Konzepte wie beispielsweise Unterricht in altersgemischten Gruppen sowie die Flexibilisierung der Eingangsstufe beitragen. *(zu Teilhabe ermöglichen von Anfang an siehe auch S. 44)*

Unser Ziel ist die qualitativ hochwertige und kostenfreie Ganztagschule für schulpflichtige Kinder. Wir brauchen neben dem fachbezogenen Unterricht auch Erholungsphasen, selbständiges Lernen und Projektarbeit, Bewegung und musische Bildung über den ganzen Tag verteilt. Dadurch verbessert sich nicht nur die Betreuungssituation, sondern auch die Qualität der pädagogischen Arbeit. Lerninhalte, die als wichtige Querschnittsaufgaben zu definieren sind (wie z.B. Ernährung und Gesundheit, Medien, Verkehrserziehung, Umweltbildung), wollen wir handlungsorientiert vermitteln. Wir wollen mehr Raum und Zeit für fächerübergreifendes ganzheitliches Lernen. Kooperationen mit den Trägern von Jugend- und Verbandsarbeit sowie mit außerschulischen Bildungsorten wollen wir dabei unterstützen. *(zu Eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung siehe auch S. 50)*

Wir wollen gemeinsam mit den Schulträgern erreichen, dass Schulbauten besser auf pädagogische Anforderungen wie einen rhythmisierten Ganztagsunterricht, Differenzierungsmöglichkeiten und Projektunterricht abgestimmt werden. Gute Arbeitsbedingungen für Lehrende und Lernende zu schaffen beginnt mit der architektonische Gestaltung von Schulgebäuden und der Ausgestaltung von Klassenräumen. Wir GRÜNE wollen die Schulbaulinie deshalb um Gestaltungskriterien erweitern, die modernen pädagogischen Ansätzen gerecht werden und den Schulträgern ermöglichen, Raum für individuelle Förderung barrierefrei bereitzustellen. Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zu schaffen heißt aber auch darauf zu achten, dass die Gebäude frei von Risikobestandteilen sind, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Vorbild ist das für Neubauten des Bundes verbindliche Bewertungssystem für nachhaltiges Bauen. Zunehmend wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern ermöglichen, dass in Schulküchen täglich frisch gekocht werden kann.

Für die Umsetzung der Inklusion ist eine Anpassung der Schulbaulinien von zentraler Bedeutung. Über die Barrierefreiheit hinaus sind künftig auch besondere räumliche Bedarfe des inklusiven Unterrichts zu berücksichtigen. Dazu gehören beispielsweise angemessene Räumlichkeiten für die Aufteilung in kleine Lerngruppen und für die Versorgung pflegebedürftiger Schülerinnen und Schüler.

Wir GRÜNE unterstützen praktische Lernprojekte wie Schulgärten, -imker oder -weingebirge. Wir wollen gemeinsam mit den Trägern ermöglichen, dass in Schulküchen täglich frisch und auch gemeinsam gekocht werden kann.

Inklusion und individuelle Förderung

Für uns bedeutet Inklusion mehr als nur gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. Inklusion heißt Anerkennung von Vielfalt. Inklusiv Bildung bedeutet Differenzierung und Wertschätzung. Eine inklusive Schule übernimmt daher Verantwortung für die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Wir haben dafür gesorgt, dass Kinder mit Förderbedarf einen gesetzlichen Anspruch auf die Teilnahme an inklusivem Unterricht haben. Damit haben wir einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geleistet. Die Kommunen unterstützen wir bei der Umsetzung der schulischen Inklusion im Umfang von zehn Millionen Euro jährlich. In Rheinland-Pfalz wird gemeinsamer Unterricht für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen an mittlerweile 270 Regelschulen angeboten, die diese Aufgabe als Schwerpunktschulen übernehmen. Mit jedem Schuljahr kommen weitere Schulen hinzu. Die in den Förderschulen vorhandenen Kompetenzen werden gebraucht, wenn sich die allgemeinen Schulen auf dem Weg zur Inklusion weiterentwickeln. Seit dem Schuljahr 2014/2015 entwickeln sich ausgewählte Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren, die Eltern, Schülerinnen und Schülern, Regelschulen und deren Kollegien bei der Umsetzung des inklusiven Unterrichts beratend und unterstützend zur Seite stehen. In der kommenden Wahlperiode des Landtags wollen wir das Angebot in Regelschulen durch fachliche Weiterbildung, weitere Förderlehrkräfte und berufsübergreifende individuelle Unterstützung so optimieren, dass die beste Förderung von Kindern mit einem besonderen Förderbedarf im Schwerpunkt Lernen grundsätzlich im Regelschulsystem sichergestellt werden kann.

Inklusion muss nach und nach zum pädagogischen Standard an allen Schulen werden. Dabei müssen sich auch die Gymnasien auf den Weg zur Umsetzung inklusiven Unterrichts machen. Unser Ziel ist es, das derzeitige defizitorientierte System der Begutachtung besonderer Förderbedarfe zu ersetzen. Wir wollen ein inklusives Modell, bei dem die individuelle Ermittlung der Potenziale und Förderbedarfe aller Schülerinnen und Schüler normal ist. Lehrkräfte an inklusiven Schulen brauchen die Möglichkeit zur Teamarbeit, in der sich unterschiedliche berufliche Qualifikationen abbilden. Sie brauchen zusätzliche Kapazitäten, um diagnostisch und pädagogisch auf alle Schülerinnen und Schüler individuell eingehen zu können.

Wir wollen eine neue Kultur der Würdigung von Lernfortschritten etablieren, die der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler besser Rechnung tragen kann. Deshalb wollen wir Noten durch Lernentwicklungsberichte ergänzen und schrittweise ersetzen. Eine zentrale Voraussetzung ist dabei, dass Lernentwicklungsberichte auch im Erwerbsleben

eine entsprechende Anerkennung finden. Eine Schule, die auf unterschiedliche Begabungen individuell eingeht, würde Versetzungsentscheidungen überflüssig machen. Gelingender inklusiver Unterricht ist maßgeblich davon abhängig, dass wir zukünftige Lehrkräfte sowie die bestehenden Kollegien auf heterogene Lerngruppen, individuelle Diagnostik und Förderung sowie zieldifferentes Lernen vorbereiten. Mit dem Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften haben wir dafür gute Grundlagen gelegt. Bereits in den Praktika der Lehramtsstudierenden sind nun Erfahrungen mit inklusivem Unterricht verankert.

Die bestehenden Kollegien brauchen gute Angebote der Fort- und Weiterbildung als Basis für die Herausforderungen des inklusiven Unterrichts. Lehrkräfte an Schulen, die sich auf den Weg zur Umsetzung der Inklusion machen, sollen verstärkt die Möglichkeit für Hospitationen im inklusiven Unterricht an anderen Schulen bekommen.

Wir wollen die Lehramtsausbildung in Rheinland-Pfalz hin zu einem schulartübergreifenden Stufenlehramt reformieren, wie es in anderen Bundesländern bereits umgesetzt wurde. Ein Lehramtsstudium, das sich nicht an Schularten, sondern am Alter der Schülerinnen und Schüler sowie an unterrichtsbezogenen Profilen orientiert, kann besser auf die individuelle Förderung aller Kinder vorbereiten. Mit der Einrichtung der Realschulen plus unterrichten ausgebildete ehemalige Hauptschullehrerinnen und -lehrer mit Realschullehrerinnen und -lehrern gemeinsam – bei unterschiedlicher Besoldung. Wir wollen den Aufstieg der ehemaligen Hauptschullehrkräfte durch eine unkomplizierte Feststellung der Bewährung im Dienst ohne umfangreiche Prüfungen vereinfachen. *(zu Barrieren abbauen siehe auch S. 64)*

Demokratie und Vielfalt an rheinland-pfälzischen Schulen

Wir haben die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen, Schülern und Eltern gestärkt. Durch Erfahrungen mit demokratischer Mitbestimmung lernen Schülerinnen und Schüler, wie sie sich in einer Gemeinschaft einbringen können. Demokratische Mitwirkung in der Schule stärkt auch die Kompetenz für demokratische Beteiligung im späteren Leben. Sie trägt zur Verbesserung des Unterrichts bei, wenn Lehrkräfte die Rückmeldungen und Anliegen der Schülerinnen und Schüler einbeziehen. Deswegen wollen wir Beteiligungsmöglichkeiten wie Klassenräte und Schulparlamente ausweiten. Wir streben an, dass an einer wachsenden Zahl von Schulen Schulparlamente Entscheidungen fällen, die die gesamte Schule betreffen. In diesen Schulparlamenten sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Mitarbeitende und Eltern vertreten sein. Auch die Schulleitungen sollen von den an der Schule beteiligten Gruppen gewählt werden können. *(zu Demokratie und Beteiligung siehe auch S. 83)*

Wir GRÜNE setzen uns für eine vielfältige Schule ein, in der alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Identität gemeinsam lernen können. Durch die Einführung eines Programms „Schule der Vielfalt“ soll Diskriminierung an teilnehmenden Schulen in Rheinland-Pfalz abgebaut werden. Eine Schule der Vielfalt muss dem gesellschaftlichen Wandel bei religiösen und weltanschaulichen Orientierungen Rechnung tragen. Wir befürworten deshalb neben dem christlichen und jüdischen Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts, um die Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu erreichen und ihre

gesellschaftliche Integration zu fördern. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es gleichwertige Alternativen geben. Tatsächlich dominiert derzeit im „Ersatzfach“ Ethik ein lückenhaftes Angebot mit einem außerordentlich hohen Anteil an Unterrichtung durch fachfremde Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen schrittweise erreichen, dass Philosophie/Ethik-Lehrkräfte bedarfsgerecht an den Schulen eingesetzt werden. Die religiöse und weltanschauliche Vielfalt braucht Antworten, die weiter gehen, als Schülerinnen und Schüler in immer mehr und immer kleinere Untergruppen aufzuteilen. Deshalb wollen wir zunehmend ermöglichen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von religiösen und weltanschaulichen Orientierungen im gemeinsamen Unterricht religionskundliche, lebenskundliche und ethische Inhalte behandeln können.

Digitale Medienkompetenz stärken

Zur Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern gehört, dass sie an allen Schulen kostenlose Internetzugänge nutzen können. Es ist auch die Aufgabe der Schulen, die Fähigkeit zu einem kompetenten Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Wir wollen die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung eines fächerübergreifenden Medienbildungsansatzes unterstützen, um die aktive Nutzung und Gestaltung digitaler Medien in allen Unterrichtsfächern gewährleisten zu können. Wir wollen die Umstellung auf digitale Lernmittel begleiten. Die Digitalisierung soll für alle Schülerinnen und Schüler offen sein und sich nicht auf kommerzielle Angebote beschränken. Digitale Lernmittel sollen interaktiv sein. *(zu Internet und digitale Infrastruktur siehe auch S. 95)*

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz bewältigen große Herausforderungen. Dazu gehört der deutliche Anstieg der Studierendenzahlen in den vergangenen Jahren, eine gewachsene Forschungsleistung und die Aufgabe, im System der zweistufigen Abschlüsse Bachelor und Master gute Studienangebote und -bedingungen zu schaffen. Seit Beginn der GRÜNEN Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz haben sich die Bedingungen an den Hochschulen des Landes verbessert. Die mit dem Studienkontenmodell verbundenen Studiengebühren haben wir abgeschafft. Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen auch in Zeiten der Schuldenbremse deutlich gestärkt. Die jahrelange einseitige Fokussierung auf ausgewählte Bereiche der Spitzenforschung haben wir überwunden und die Verbesserung der Bedingungen in der Fläche des Wissenschaftslandes Rheinland-Pfalz in den Mittelpunkt der Hochschulpolitik gerückt.

Verlässliche Finanzierung und gute Beschäftigung in der Wissenschaft

Die immer wieder befristeten Hochschulpakete des Bundes und der Länder haben den Hochschulen zwar zusätzliches Geld für zusätzliche Aufgaben gebracht, aber keine langfristigen finanziellen Planungshorizonte eröffnet. Dadurch ist es bundesweit nicht nur zu einem problematischen Anstieg des Anteils befristeter Beschäftigung gekommen, die Laufzeiten der Arbeitsverträge für das wissenschaftliche und künstlerische Personal

wurden auch immer kürzer, zu großen Teilen sogar kürzer als ein Jahr. Die Planbarkeit und Attraktivität einer Karriere in der Wissenschaft steht mit dieser Entwicklung auf dem Spiel und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat darunter sehr gelitten.

Dem haben wir in Rheinland-Pfalz entschieden entgegengesteuert: Durch die Aufstockung des Hochschulsondervermögens um mehr als 380 Millionen Euro seit 2011, mehr Grundmittel zur Kompensation von Kostensteigerungen und durch die Bereitstellung von jährlich zusätzlich 25 Millionen Euro für Personal- und Sachmittel haben wir die Möglichkeiten der Hochschulen für gute Forschung, Lehre und gute Studienbedingungen deutlich verbessert. Mit der Einrichtung von 300 zusätzlichen unbefristeten Stellen trägt das Land zur Verbesserung der Perspektiven für das Personal an den Hochschulen bei. Alle Hochschulen des Landes entwickeln ein Leitbild für gute Beschäftigung, das unter anderem einen verantwortungsvollen Umgang mit Stellenbefristungen vorsieht.

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin auf allen Ebenen für eine Verstärkung der Bund-/Länder-Finanzierung ein, um den Hochschulen mehr Planungssicherheit für Qualität und Kontinuität in Forschung und Lehre zu ermöglichen. Unabhängig davon werden wir die bestehenden Möglichkeiten des Landes nutzen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven zu bieten. Dafür wollen wir in den kommenden Jahren weitere Stellen, die mit Hochschulpakt-Mitteln finanziert sind, entfristen. Die Frauenförderung der Hochschulen wollen wir mit fachbezogenen, verbindlichen Zielquoten für die einzelnen Qualifikationsstufen intensivieren.

Demokratische Beteiligung an Hochschulen und Transparenz der Wissenschaft

Die Hochschule in der Demokratie muss eine demokratische Hochschule sein. Sie braucht eine starke Selbstverwaltung und institutionelle Autonomie. Als öffentlich finanzierte staatliche Einrichtungen haben die Hochschulen des Landes zugleich eine gesellschaftliche Verantwortung und die Pflicht, transparent zu arbeiten. Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Hochschulräte nicht mehr hinter verschlossenen Türen, sondern hochschulöffentlich tagen. Wir wollen die Aufgaben der Hochschulräte auf beratende Funktionen und Initiativrechte konzentrieren. Sie sollen künftig nicht mehr abschließend über wichtige Fragen der Hochschulselbstverwaltung entscheiden und nicht mehr das ausschließliche Recht haben, Vorschläge für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten zu unterbreiten. Wir haben durchgesetzt, dass die Hochschulen in den Geltungsbereich des Transparenzgesetzes einbezogen sind. Darauf aufbauend wollen wir die Transparenzregeln für Hochschulen und öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ausweiten und wissenschaftsadäquat weiterentwickeln. Wir wollen die Beteiligung der Hochschulmitglieder – also der Studierenden, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Professorinnen und Professoren – stärken und die Mitwirkung der nicht professoralen Gruppen aufwerten. Dazu wollen wir, vergleichbar mit den Bürgerentscheiden auf der kommunalen Ebene, realisieren, dass hochschulweite Abstimmungen möglich werden. Bei solchen hochschulweiten Entscheidungen sollen sich die Angehörigen aller Mitgliedsgruppen mit gleichem Stimmrecht beteiligen können, zum Beispiel an der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten, soweit dies verfassungskonform möglich ist. Wir unterstützen die Einrichtung paritätisch besetzter Hochschulgremien. Dies ermöglicht Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Professorinnen und Professoren eine gleichberechtigte Teilhabe an allen wichtigen Entscheidungen.

Das Miteinander des Landes und der Hochschulen bei der weiteren Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wissenschaftslandschaft wollen wir ausbauen. Dabei wollen wir die Einbeziehung der gewählten Hochschulgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten des Landtags sicherstellen. Wir brauchen einen transparenten Hochschulentwicklungsplan, bei dem das Land gemeinsam mit den Hochschulen in einem transparenten, beteiligungs- und ergebnisoffenen Verfahren Zielsetzungen entwickelt und verbindlich vereinbart. Dies gilt auch für die Drittmittelforschung. *(zu Transparenzgesetz: Mit einem Klick zur transparenten Verwaltung siehe auch S. 85)*

Soziale Öffnung und gute Studienbedingungen

Die soziale Öffnung der Hochschulen braucht mehr als die Abwesenheit von Studiengebühren. Durch den steigenden Anteil junger Menschen, die ein Studium aufnehmen, ist die Studierendenschaft vielfältiger geworden. Wir begrüßen, dass die Hochschulen des Landes Programme entwickelt haben, um dieser zunehmenden Vielfalt zu begegnen, und wollen sie auf diesem Weg weiter unterstützen. Wir GRÜNE setzen uns für eine weitere Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte ein. Die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen muss erleichtert werden. Zum Beispiel sollen anfallende Gebühren abgeschafft werden. *(zu Teilhabe ermöglichen von Anfang an siehe auch S. 44)*

In der laufenden Wahlperiode sind 1.400 zusätzliche Wohnheimplätze an den Hochschulstandorten entstanden. Zudem hat die Landesregierung für neue Wohnanlagen eine Obergrenze für sozial verträgliche Mieten definiert. Wir GRÜNE setzen uns weiter für bezahlbaren Wohnraum für Studierende an den rheinland-pfälzischen Hochschulstandorten ein. Die Vereinbarkeit von Studium und Familie hat das Land gemeinsam mit Kommunen und Studierendenwerken durch die Errichtung zusätzlicher Campus-Kitas unterstützt. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen. Die soziale Betreuung wollen wir angesichts der gestiegenen Studierendenzahlen mit den Studierendenwerken bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass ein Nachfolgeprogramm für den Hochschulpakt des Bundes und der Länder eine weitere Säule zur Finanzierung der gewachsenen Aufgaben bei der sozialen Betreuung der Studierenden umfasst. *(zu Wohnen siehe auch S. 68)*

In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung gemeinsam mit den Hochschulen daran gearbeitet, die Arbeitsbelastung im Studium auf ein verträgliches Maß zu begrenzen und die Wahlmöglichkeiten bei den Studieninhalten sowie die Flexibilität bei der zeitlichen Gestaltung des Studiums zu erhöhen. Wir konnten erreichen, dass in Rheinland-Pfalz der Übergang vom Bachelor- ins Masterstudium weitgehend ohne örtliche Zulassungsbeschränkungen (Master-NCs) möglich ist. Das Land hat den Hochschulen 40 Millionen Euro in den Jahren 2011 bis 2014 zur Verfügung gestellt, um sie bei der Entwicklung innovativer Studienangebote zu unterstützen. Bei der Fortführung des Bologna-Prozesses werden wir uns weiter am Leitbild eines selbstbestimmten Studiums orientieren und den offenen Übergang vom Bachelor- ins Masterstudium sicherstellen. Wir GRÜNE trauen Studierenden eine freie Gestaltung ihres Studiums zu. Deshalb wollen wir das Studium in Teilzeit und Interdisziplinarität stärken. Das gelingt beispiels-

weise durch die vereinfachte Anerkennung von Leistungen, welche in unterschiedlichen Studiengängen oder Hochschulen erbracht wurden. Außerdem müssen Anwesenheitspflichten drastisch reduziert und perspektivisch wieder komplett abgeschafft werden.

Forschung, Nachhaltigkeit und Wissenschaftsinfrastruktur

Neugier und Verantwortung sind die Grundlagen des Forschens. Sie bezeichnen zugleich das Spannungsfeld, in dem sich Forschungspolitik bewegt und Orientierung geben muss. GRÜNE Forschungspolitik will Neugier fördern und verantwortliches Handeln für die Gesellschaft stärken. Eine gelingende soziale, ökologische, kulturelle und ökonomische Entwicklung ist in ganz besonderer Weise auf Wissenschaft angewiesen. Heute kann kaum ein wichtiges gesellschaftliches Problem ohne den Beitrag der Forschung gelöst werden.

Wir wollen, dass die Ergebnisse der Forschung an öffentlichen Hochschulen zunehmend frei verfügbar für alle im Netz veröffentlicht werden (open access). Zudem wollen wir erreichen, dass die Hochschulen wissenschaftliche Vorhaben mit einer breiten Einbeziehung der Bevölkerung ausweiten. Wir wollen regional vernetzte und gesellschaftlich wirksame Wissenschaftseinrichtungen. Deshalb unterstützen wir die Ausweitung von Kooperationen der Hochschulen mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Eine Folge des Bologna-Prozesses ist, dass Fachhochschulen und Universitäten näher zusammenrücken und ihre Ausbildungen gleichwertig geworden sind. In Rheinland-Pfalz haben wir dieser Annäherung Rechnung getragen und Fachhochschulen in Hochschulen umbenannt. Durch geänderte Rahmenbedingungen hat ihr Forschungsauftrag an Bedeutung gewonnen und ihre Forschungsleistung ist gewachsen. Wir wollen den Fachhochschulen ermöglichen, ihre Aktivitäten im Bereich der Forschung weiter auszubauen. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten zu erweitern, an forschungsstarken Fachbereichen der Fachhochschulen zu promovieren.

Wir brauchen die wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen. Beiträge der Wissenschaft zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung wollen wir unterstützen. Die Forschungsinitiative des Landes wollen wir fortführen und eine entsprechende Profilbildung der Hochschulen gezielt fördern. Wir begrüßen, wenn sich Hochschulen mit Zivilklauseln auf die Ausrichtung der Forschung und Lehre auf friedliche und zivile Zwecke verpflichten. Wir streben an, den Auftrag der Wissenschaft im Hochschulgesetz entsprechend zu präzisieren.

Im rheinland-pfälzischen Klimaschutzgesetz haben wir das Ziel festgeschrieben, dass die Hochschulen spätestens ab dem Jahr 2030 klimaneutral arbeiten. Wir wollen erreichen, dass die Hochschulen, die diesen Schritt noch nicht gegangen sind, schnellstmöglich auf den Bezug von Ökostrom umstellen und in eigener Verantwortung Pläne zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen entwickeln. *(zu Klimaschutz ist bei uns Gesetz siehe auch S. 10)*

Die Investitionen des Landes in den Hochschulbau und die Wissenschaftsinfrastruktur wollen wir auf hohem Niveau fortführen. Dabei werden wir die Aufenthaltsqualität der Hochschulbauten und -areale, die energetische Situation sowie die Beteiligung des Personals und der Studierenden an der Planung der Bauvorhaben besonders beachten. Die Auswahl der Bau- und Ausstattungsmaterialien soll nach baubiologischen Gesichtspunkten erfolgen.

Die gegenwärtige Verteilung der Aufgaben und die Gestaltung von Planungsprozessen im Hochschulbau wollen wir überprüfen und sachgerecht weiterentwickeln.

Berufliche Bildung

Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins Berufsleben entscheidend. Wir wollen allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung bieten. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Wir bekennen uns deshalb mit aller Deutlichkeit zum Meistertitel und zur dualen Ausbildung.

Das duale System bietet vielen Jugendlichen eine sowohl theoretische als auch praxisorientierte Berufsbildung. Es legt somit die Grundlagen für den erfolgreichen Start ins Berufsleben. Unter dem Motto „Nach vorne führen viele Wege“ haben wir das Bewusstsein für die Chancen und die Bedeutung der dualen Ausbildung erhöht. Gut qualifizierte Meisterinnen und Meister sind auch für Zukunftsaufgaben wie die Gestaltung der Energiewende und der Digitalisierung unserer Wirtschaft unverzichtbar. Deshalb wollen wir uns weiterhin nicht nur für den Erhalt des Meisterbriefs einsetzen, sondern auch fördernde Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Ausbildungsquote schaffen. *(zu Fachkräfte siehe auch S. 33)*

Die duale Ausbildung ist nicht nur eine große Chance für die Integration vieler Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz, Flüchtlinge, die erfolgreich eine Berufsausbildung abschließen, sind auch eine große Chance für unser Land mit seinem großen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften. Deshalb setzen wir uns weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass bei der Aufnahme einer Ausbildung schnell und unbürokratisch ein Bleiberecht gewährt wird. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern werden wir auf die hierfür nötigen bundesrechtlichen Änderungen drängen. *(zu Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen – ein Einwanderungsgesetz für Deutschland siehe auch S. 45)*

Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, den kommunalen Gesellschaften und Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Die Ausbildungsleistung von Betrieben soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden. Die Offenheit und Durchlässigkeit der Bildungswege in Rheinland-Pfalz wird nicht zuletzt durch die berufsbildenden Schulen gewährleistet, die von Angeboten für Jugendliche ohne Abschluss bis zur beruflichen Oberstufe alle schulischen Schritte ermöglichen. Durch eine entsprechende Prioritätensetzung haben wir die Grundlagen dafür geschaffen, dass der Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen halbiert werden konnte. Angebote in der Ausbildungsvorbereitung wollen wir auf die Jugendlichen ohne hinreichende Ausbildungs- und Betriebsreife konzentrieren. Für die am Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen müssen anrechnungsfähige Qualifizierungen im Mittelpunkt stehen, statt sie in Warteschleifen ohne klar definierte Fortschritte zu halten. Dazu brauchen wir eine Reform des Übergangssystems, die alle beteiligten Akteurinnen und

Akteure einbezieht und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer Unterstützungsstruktur anbietet. Dafür wollen wir zusätzliche Jugendberufsagenturen mit dem Ziel flächendeckender Zuständigkeitsbereiche einführen.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz ist so vielfältig wie die Menschen. Sie umfasst kulturelle und politische Bildungsmöglichkeiten, Fremdsprachenlernen, Gesundheitsbildung, das Nachholen von Schulabschlüssen, Alphabetisierungskurse und noch viel mehr. Sie bietet berufsbezogene Qualifizierungsmöglichkeiten und ermöglicht das Lernen aus Freude an der persönlichen Entwicklung.

GRÜNE Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Wir stehen zu einer starken eigenständigen Erwachsenenbildung, die ein breit gefächertes Angebot für alle Interessierten bereithält. Deshalb haben wir die Förderung der Volkshochschulen und der anerkannten Weiterbildungsorganisationen mit ihrer starken zivilgesellschaftlichen Verankerung auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ausgebaut und erhöht.

Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir Grundbildung und Alphabetisierung zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Weiterbildungspolitik gemacht. Ein Erfolg dieser Schwerpunktsetzung ist der Aufbau eines landesweiten Kompetenznetzwerks Grundbildung und Alphabetisierung. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

Den „QualiScheck“ als breit angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung wollen wir fortführen. Den Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung haben wir durch die gleichberechtigte Einbeziehung der Auszubildenden gestärkt. Wir wollen die Freistellungsmöglichkeiten bekannter machen, damit mehr Berufstätige von der Möglichkeit Gebrauch machen, bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch zu nehmen. Bundesweite Studien zeigen, dass die Situation vieler Beschäftigter prekär ist, für die Honorartätigkeiten in der Weiterbildung einen bedeutenden Teil ihres Einkommens ausmachen. Deshalb wollen wir den Anstoß dazu geben, auf der Landesebene ein Leitbild für gute Beschäftigung in der Weiterbildung zu entwickeln.

Wir wollen weiterhin der besonderen Bedeutung der politischen Bildung Rechnung tragen. Politische Teilhabe setzt informierte Bürgerinnen und Bürger voraus. Neben den klassischen Angeboten der Landeszentrale für politische Bildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren setzen wir zunehmend auf Angebote wie den Wahl-O-Mat, die viele Nutzerinnen und Nutzer via Internet erreichen. *(zu Demokratie und Beteiligung siehe auch S. 83)*

Der besonderen Verantwortung für die Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit im Aufgabenfeld der Landeszentrale werden wir weiter Rechnung tragen. Die Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen rassistische und ausgrenzende Tendenzen muss weiterhin einen hohen Stellenwert in der politischen Bildungsarbeit haben. *(zu Kampf gegen Rechts siehe auch S. 91)*

4. GRÜN stärkt weiter Demokratie, Teilhabe und Bürgerrechte

GRÜN geht's weiter – für eine demokratische Gesellschaft, in der sich alle einbringen können. Wir GRÜNE sind die Partei für Freiheits- und Bürgerrechte. Wir wollen die Rechte der Menschen gegenüber dem Staat ausbauen und die Demokratie und den Rechtsstaat stärken. Wir wollen den transparenten Staat, nicht aber den gläsernen Bürger.

Wir GRÜNE stehen für eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört auch, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur bei Wahlen alle vier oder fünf Jahre ihr Kreuzchen machen, sondern ihre Meinung gefragt ist, wenn es um konkrete Entscheidungen geht. Wir sorgen für mehr Transparenz des Landtags und der kommunalen Räte wie auch der Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen.

Wir achten die religiöse und weltanschauliche Vielfalt. Dabei setzen wir auf staatliche Neutralität und Gleichbehandlung. Rechtssicherheit und die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sind kostbare und hohe Güter. Staatliche Strukturen wollen wir daher so stärken, dass sie die Menschen und deren Rechte schützen, und setzen dazu auf eine gut ausgebildete und motivierte Polizei, eine effiziente, unabhängige Justiz und einen effektiven Brand- und Katastrophenschutz.

Wer ein friedliches Zusammenleben bedroht und durch Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit den gesellschaftlichen, demokratischen Konsens zerstören will, trifft auf unseren entschiedenen Widerstand.

GRÜNE Politik stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher, ob am Regal im Lebensmittelmarkt oder beim Einkauf im Internet. Dafür brauchen wir klare Regeln für den Schutz und gute Informationsgrundlagen für mündige Entscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher. In der Drogenpolitik wollen wir neue Wege gehen, um Prävention, Information und Hilfsangebote zu stärken.

GRÜNE Medienpolitik steht für Vielfalt und Qualität – gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Teilhabe bedeutet in Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung auch, dass wir für alle Menschen einen guten Zugang zum Internet brauchen.

Demokratie und Beteiligung

Wir stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger einlädt, an Entscheidungen mitzuwirken. Die repräsentative Demokratie wollen wir durch mehr direkte Demokratie ergänzen und bereichern. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen in Rheinland-Pfalz bei der Vorbereitung von Entscheidungen in den Kommunen und auf der Landesebene wollen wir ausweiten. Eine lebendige Demokratie braucht gleichermaßen starke Parlamente und starke kommunale Räte sowie die direkte Teilhabe und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Auf GRÜNE Initiative wurde eine Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ eingerichtet. In intensiver Arbeit hat diese Kommission die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz auf den Prüfstand gestellt und umfangreiche Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Durch unser Engagement sinken nun Schritt für Schritt die Beteiligungshürden. Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Planungs- und Entscheidungsprozessen soll in den Kommunen und auf der Landesebene stärker zum Einsatz kommen. Wir wollen eine Servicestelle für Bürgerbeteiligung schaffen, die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Kommunen bei Beteiligungsprozessen beraten und unterstützen soll. Mit dem Beteiligungsverfahren zur Einrichtung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald haben wir bereits unter GRÜNER Verantwortung neue Standards in Sachen Bürgerbeteiligung gesetzt.

Für Volksbegehren auf Landesebene wollen wir die derzeit noch sehr hohen Hürden weiter absenken. Wir haben in einem ersten Schritt die freie Sammlung der Unterschriften ermöglicht. Damit entfällt die Pflicht, für die Unterstützungsunterschrift eine Amtsstube aufzusuchen. Wir setzen uns weiter gegen die Verweigerungshaltung der CDU zu verfassungsändernden Mehrheiten ein, damit die Sammelfrist für Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens von drei auf sechs Monate verlängert und das Unterschriftenquorum auf drei Prozent der Stimmberechtigten gesenkt werden kann. Das bestehende Mindestbeteiligungsquorum von 25 Prozent bei Volksentscheiden wollen wir durch ein niedrigeres Zustimmungsquorum in Höhe von 15 Prozent der Wahlberechtigten bei einfachen Gesetzen ersetzen.

Auch auf kommunaler Ebene haben wir die Hürden für Bürgerbegehren gesenkt und die Gemeindeordnung entsprechend angepasst. Die Unterschriftenquoten haben wir, nach Größe der Kommunen gestaffelt, auf neun bis fünf Prozent gesenkt. Das Zustimmungsquorum haben wir in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 20 auf 15 Prozent gesenkt. Außerdem haben die Initiatorinnen und Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht mehr die Pflicht, einen Kostendeckungsvorschlag zu erstellen, sondern die Verwaltung muss eine Kostenschätzung für die Umsetzung des jeweiligen Anliegens vorlegen. *(zu Starke Kommunen siehe auch S. 100)*

In den kommunalen Parlamenten setzen wir uns ebenfalls für mehr Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz ein. So haben wir erreicht, dass die Ausschusssitzungen der kommunalen Räte künftig öffentlich sind. Ratssitzungen können auch via Livestream übertragen werden. Darüber hinaus werden die Bürgerinnen und Bürger bei Haushaltsberatungen in den Kommunen in Zukunft früher informiert. Wir werden uns für die Öffentlichkeit der Sitzungen in Vertretungen und bei der Mitbestimmung der Räte in kommunalen Vereinigungen und Gesellschaften starkmachen.

Mit allem Nachdruck wollen wir weiterhin die Absenkung des Wahlalters erreichen, damit junge Menschen auch in der Wahlkabine ihrer Meinung Ausdruck verleihen können. Kinder- und Jugendbeteiligung muss bereits von Anfang an Grundprinzip in unseren Bildungseinrichtungen sein. Auch die demokratische Teilhabe von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft wollen wir durch eine Erweiterung des Wahlrechts erreichen. Zudem wollen wir verbliebene Einschränkungen des Wahlrechts abbauen und

die Teilhabe von Menschen ermöglichen, für die dauerhaft eine Betreuung bestellt ist. *(zu Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe siehe auch S. 53)*

Ein wichtiges und niedrigschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Auch dieses wollen wir stärken und setzen uns dafür ein, dass der Petitionsausschuss für die Behandlung von öffentlichen Petitionen grundsätzlich öffentlich tagt. Wenn öffentliche Petitionen auf der Online-Plattform des Bürgerbeauftragten mehr als 1000 Mitzeichnungen erreicht haben, sollen die Petentinnen und Petenten zusätzlich auch Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten, um ihr Anliegen in öffentlicher Sitzung vorstellen und begründen zu können.

Transparenzgesetz: Mit einem Klick zur transparenten Verwaltung

Das erste Transparenzgesetz für Rheinland-Pfalz ist ein GRÜNER Meilenstein für eine neue Kultur der Offenheit und Partizipation in den Verwaltungen. Die Holschuld der Bürgerinnen und Bürger wird dabei durch eine aktive Bringschuld der öffentlichen Verwaltungen abgelöst. Das heißt, nicht die Bürgerin oder der Bürger muss aktiv werden, um Informationen bei der Verwaltung zu beantragen, sondern die Verwaltung veröffentlicht diese von sich aus.

Rheinland-Pfalz ist das erste Flächenbundesland mit Transparenzgesetz. Mit dem Transparenzgesetz erreichen wir, dass staatliches Handeln grundsätzlich öffentlich nachvollziehbar ist, private Daten jedoch geschützt werden. Das trägt auch zur Förderung der demokratischen Meinungsbildung bei. Schon der Prozess der Entstehung des Transparenzgesetzes ist vorbildlich in Sachen Transparenz und Beteiligung. Erstmals konnten sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung des Gesetzes einbringen. Dafür hat die Landesregierung eine Online-Beteiligung, Workshops und andere Beteiligungsformen durchgeführt. Diese Art von Beteiligung soll als Beispiel für kommende wichtige Gesetzgebungsverfahren dienen. Die Umsetzung des Transparenzgesetzes werden wir intensiv begleiten. Darüber hinaus werden wir uns für weitere Schritte hin zu mehr staatlicher Transparenz einsetzen.

Das „Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz“ muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, um den Grundsätzen von Open Data gerecht zu werden. Nach und nach wollen wir die Aufbereitung und Veröffentlichung von mehr Daten und eine bessere Nutzerfreundlichkeit des Portals erreichen.

Damit die Bürgerinnen und Bürger sich über ihre konkreten Informationsrechte kundig machen können, haben wir die Einsetzung eines Informationsfreiheitsbeauftragten durchgesetzt. Diese Funktion ist nun beim Datenschutzbeauftragten angesiedelt, der nur dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Er nimmt eine unabhängige und vermittelnde Position zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den Behörden andererseits ein und garantiert so mehr staatliche Transparenz. Der Aufgabenbereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erhält durch das neue Transparenzgesetz, aber auch durch das Thema Datenschutz, noch stärkere Bedeutung. Dem muss die Ausstattung Rechnung tragen.

Transparente Politik, transparenter Landtag, transparente Abgeordnete

Unsere GRÜNEN Landtagsabgeordneten veröffentlichen alle ihre Nebeneinkünfte. Wir haben zudem durchgesetzt, dass die Einkünfte und Nebentätigkeiten aller Abgeordneten veröffentlicht werden. Wir GRÜNE haben damit in Rheinland-Pfalz die transparenteste Regelung aller Bundesländer geschaffen.

Darüber hinaus haben wir durch die Einführung eines Lobbyregisters offengelegt, welche Interessenvertretungen Zugang zum rheinland-pfälzischen Landesparlament haben. Dieses Lobbyregister wollen wir noch ausbauen und weitere Interessengruppen, die bisher nicht erfasst werden, in das Register aufnehmen. Künftig wollen wir erreichen, dass ausscheidende Mitglieder der Landesregierung, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Spitzenbeamtinnen und Spitzenbeamte in den Ministerien eine Karenzzeit einhalten müssen: Ihnen soll erst nach drei Jahren erlaubt sein, Verträge mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu schließen, deren Geschäftsfeld im Zusammenhang mit der jeweiligen bisher ausgeübten Tätigkeit für die Landesregierung steht, um Interessenkollisionen vorzubeugen.

Bisher war es mit großem Aufwand verbunden und nur unter besonderen Voraussetzungen möglich, an einer Landtagsdebatte teilzunehmen. Heute können alle Interessierten den Sitzungen des Landtags folgen, weil wir GRÜNE die Einrichtung einer Live-Übertragung im Internet erreicht haben. Die Übertragung von Landtagssitzungen wollen wir schrittweise auch auf die Ausschüsse ausweiten.

Für staatliche Neutralität, religiöse und weltanschauliche Vielfalt

In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichbehandlung selbstverständlich. Niemand darf benachteiligt werden, egal was er oder sie glaubt oder nicht glaubt und welcher religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaft er oder sie sich anschließt oder nicht anschließt. Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit. Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den Grundsatz der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen. Dazu gehört beispielsweise, Erziehung zur Gottesfurcht aus den im Schulgesetz und in der Landesverfassung festgelegten Bildungszielen staatlicher Schulen des Landes zu streichen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Staat und Kirchen in Rheinland-Pfalz finanziell zu entflechten. Daher streben wir an, dass die Staatsleistungen an die Kirchen abgelöst werden, wie es im Grundgesetz der Bundesrepublik vorgesehen ist. Kirchliche Einspruchsmöglichkeiten bei der Verleihung akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen wir abschaffen. (zu *Demokratische Beteiligung an Hochschulen und Transparenz der Wissenschaft siehe auch S. 78*)

Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir reduzieren und die Regelungen des Feiertagsgesetzes vorwiegend darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen vor kon-

kreten Beeinträchtigungen wie störendem Lärm zu schützen. Auch Veranstaltungen an anderen anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter wollen wir entsprechend vor Störungen schützen – wie etwa das Gedenken der Opfer der NS-Verbrechen.

Landes- und bundespolitisch streben wir GRÜNE die Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts an. Gerade in Rheinland-Pfalz sind Kirchen und ihre Einrichtungen in vielen Regionen und für viele Berufsfelder bedeutende Arbeitgeberinnen. Daher führt der Ausschluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund ihrer religiösen oder weltanschaulichen Orientierung oder aus anderen Gründen zu erheblichen Beschränkungen beim Zugang zu Arbeit und Beschäftigung. Deshalb setzen wir uns für einen diskriminierungsfreien Zugang jenseits des Kernbereichs kirchlicher Verkündigung ein. Wir wollen zudem für die Bediensteten in kirchlichen Einrichtungen eine Gleichstellung mit anderen Angestellten beim Streikrecht und der Personalvertretung erreichen. (zu *Arbeit und soziale Teilhabe siehe auch S. 60*)

Rechtsstaat und innere Sicherheit

Unsere Demokratie und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt brauchen Gesetze und Regeln. Rechtssicherheit und die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sind kostbare und hohe Güter. Sie zu gewährleisten ist staatlicher Auftrag und uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Deswegen wollen wir staatliche Strukturen so stärken, dass sie die Menschen und deren Rechte schützen.

Wir brauchen eine gut ausgebildete und motivierte Polizei, eine effiziente, unabhängige Justiz und einen effektiven Brand- und Katastrophenschutz. Auch in Zeiten der Angst vor besonderen Bedrohungen muss der Staat einen wirksamen Schutz bieten, ohne die Bürgerrechte zu beschneiden und Freiheitsrechte immer weiter einzuschränken. Auch deshalb gilt für uns der Grundsatz: Prävention ist besser als Repression. In der Bekämpfung des islamistischen Terrors setzen wir GRÜNE auch auf Prävention. Wir haben frühzeitig erkannt, dass hier Präventionsangebote zur Deradikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz notwendig sind. Durch Beratung von Angehörigen und Bildungseinrichtungen sowie Ausstiegshilfen wirken wir Radikalisierungsverläufen entgegen. Dieses Konzept wollen wir in den kommenden Jahren bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Für eine gut ausgestattete Polizei und effektive Kriminalprävention

Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem Menschen sicher leben können. Seit vielen Jahren sinkt die Kriminalitätsrate in Rheinland-Pfalz immer weiter – bei einer gleichzeitig steigenden Aufklärungsquote. Als GRÜNE setzen wir auf eine gut qualifizierte und motivierte Polizei.

Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten ein. Nicht zuletzt deshalb wurden unter der rot-grünen Landesregierung deutlich mehr Neueinstellungen vorgenommen als je zuvor. Die Zahl der Neueinstellungen wurde bereits im Jahr 2013 auf 440 und seit 2014 auf 500 angehoben. Gleichzeitig kann die Hochschule

der Polizei am Hahn mit derzeit knapp 1.200 Studierenden einen Höchststand vermelden. Dadurch können wir die Personalausstattung der Polizei mittelfristig auf dem derzeitigen Niveau halten und weiter ausbauen. Wir wollen das Gesundheitsmanagement für Polizistinnen und Polizisten weiter ausbauen, um den besonderen Belastungen des Polizeidienstes besser gerecht zu werden. Die Vereinbarkeit von Polizeidienst und Familie wollen wir stärken und dafür auch eine Weiterentwicklung der Wechselschichtdienstmodelle in den Blick nehmen.

Bei der Aus- und Weiterbildung wollen wir Schwerpunkte in den Bereichen Deeskalationsstrategien und der Befragung von Zeugen oder Zeuginnen setzen, denn eine gelungene erste Befragung erleichtert die Aufklärung von Straftaten und dient damit dem Opferschutz. Zudem setzen wir uns für eine Stärkung interkultureller Kompetenzen ein und haben erreicht, dass heute mehr Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund im Dienst sind als noch vor fünf Jahren. Die bestehenden Programme zur Förderung von Frauen in der Polizei werden wir ausbauen und an die besonderen Herausforderungen der Polizeiarbeit anpassen. Wir wollen die Polizei für Bewerberinnen und Bewerber mit einem mittleren Schulabschluss weiter öffnen und entsprechende Qualifikationsmöglichkeiten ausweiten.

Wir setzen weiterhin auf den Ausbau der präventiven und sozialen Arbeit in der Kriminalpolitik. Die Angebote des Täter-Opfer-Ausgleichs, der Einrichtungen für die präventive Täterarbeit sowie verschiedener Gewaltpräventionsprogramme, insbesondere die Arbeit der Leitstelle Kriminalprävention, wollen wir ausweiten und schrittweise eine bessere Erreichbarkeit in allen Landesteilen ermöglichen.

Die Polizei hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt hin zu mehr Transparenz. Wir GRÜNE haben erreicht, dass durch eine erweiterte Kennzeichnungspflicht in allen Einsatzlagen das Verhalten einzelner Polizistinnen und Polizisten aufgeklärt werden kann. Rheinland-Pfalz ist zudem, ebenfalls auf GRÜNE Initiative, das erste Bundesland, das einen Beauftragten für die Landespolizei eingesetzt hat. Gegen den Widerstand der Opposition, jedoch am Ende auch mit Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei, haben Bürgerinnen und Bürger wie auch Polizistinnen und Polizisten einen Ansprechpartner, wenn es darum geht, mögliches Fehlverhalten oder Anliegen und Missstände im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit vorzutragen.

Gegen den Überwachungsstaat

Für uns sind Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen für ein gutes Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Ein Grundpfeiler unserer Demokratie ist das im Grundgesetz verbürgte Recht der Versammlungsfreiheit. Wir GRÜNE wollen das Recht auf Versammlungsfreiheit stärken. Demonstrierende müssen vor Kriminalisierung geschützt werden. Die anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Wir wollen Kommunikationsteams einführen, die alle an öffentlichen Veranstaltungen Beteiligte einbeziehen. Dadurch und durch eine bessere Schulung der Polizeikräfte in Deeskalationsstrategien wollen wir die Planung und Nachbesprechung von Polizei-Großeinsätzen verbessern. Eine unbegründete Speicherung personenbezogener Daten lehnen wir strikt ab. Inter-

netzperrlisten und dem Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur erteilen wir eine klare Absage, da sie rechtsstaatlich und technisch unverantwortlich sind. Das Instrument der Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab.

Statt Bürgerrechte einzuschränken, streben wir durch eine Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes die Stärkung der Bürgerrechte an. Eine Zwischenbilanz hat ergeben, dass die meisten Anfang 2011 von der SPD eingeführten neuen Eingriffsbefugnisse nicht angewendet wurden. Keine der wenigen durchgeführten Maßnahmen hat nachweislich zu einem Ermittlungserfolg geführt. Wirkungslose sowie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger übermäßig einschränkende Eingriffsbefugnisse wie die Online-Durchsuchung und die Telekommunikationsüberwachung wollen wir zurücknehmen. Wir setzen uns dafür ein, die Datei „Gewalttäter Sport“ unter Berücksichtigung der Rechtsschutzinteressen von Betroffenen neu zu gestalten. Betroffene sollen über eine Aufnahme in die Datei informiert werden. Die Kriterien, die zur Aufnahme in diese Datei führen, müssen transparent und objektiv nachvollziehbar sein. Die völlig intransparenten sogenannten „SKB-Datenbanken“, wie es sie auch in Rheinland Pfalz gibt, sollen abgeschafft werden.

Verfassungsschutz unter demokratischer Kontrolle

Das Versagen der Geheimdienste bei der rechtsextremen Terror-Serie des NSU sowie die zunehmende Überwachung und Speicherung von Kommunikationsdaten haben das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Geheimdienste erschüttert. Konsequenzen daraus müssen auch für den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz gezogen werden. Die Arbeit des Verfassungsschutzes muss nachvollziehbarer und besser kontrolliert werden. Wir GRÜNE fordern eine umfassende, tief greifende Reform des rheinland-pfälzischen Landesverfassungsschutzes.

Wir wollen die Aufgaben des Verfassungsschutzes reduzieren: Wir wollen erreichen, dass das Sammeln von Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zukünftig nicht in einem Geheimdienst, sondern in einer transparent arbeitenden öffentlichen Stelle erfolgt. Dadurch wird diese Arbeit nachvollziehbarer und es wird klarer, warum was dokumentiert wird. Die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sollte bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Landeseinrichtungen konzentriert werden, die bereits jetzt eine umfangreiche und erfolgreichere Präventionsarbeit leisten. So können beispielsweise das Netzwerk für Demokratie und Courage oder die entsprechenden Präventionsprogramme der Landeszentrale für politische Bildung (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) noch stärker unterstützt werden, um eine noch bessere Präventionsarbeit, etwa an Schulen, zu leisten. Besuche des Verfassungsschutzes an Schulen lehnen wir dagegen ab.

Der Verfassungsschutz braucht eine effektive parlamentarische Kontrolle. Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) soll daher künftig durch eine hauptamtliche Geschäftsstelle mit Fachleuten aus dem rechtlichen und dem IT-Bereich in ihrer Arbeit unterstützt werden. Die bereits bestehenden Kompetenzen der Kontrollkommission wie das Recht auf Einsicht in Akten und Dateien sowie das Betretungsrecht für die Räume

des Verfassungsschutzes sollen erhalten bleiben. Die Kommission soll dem Landtag künftig einmal jährlich in Form eines Berichts Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen.

Der Einsatz von V-Leuten ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Wir wollen deshalb einen weitgehenden Verzicht auf solche Einsätze erreichen. Nur in besonders begründeten Fällen soll künftig der Einsatz von V-Leuten möglich sein, wenn die für den Verfassungsschutz zuständige Parlamentarische Kontrollkommission hierzu die Genehmigung erteilt. Als Teil der Vorbereitung der Verfassungsschutzreform soll in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz- und Informationsfreiheit eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die sämtliche personenbezogenen Datenbestände des Landesverfassungsschutzes überprüft.

Für eine bürgernahe Justiz und einen humanen Strafvollzug

Wir GRÜNE setzen uns für eine Justiz ein, die effizient, unabhängig und bürgerfreundlich arbeitet. Die Selbstverwaltung der Justiz wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickeln. Die Justiz gewährleistet, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und in einem angemessenen Zeitraum ihre Rechte geltend machen können. Dazu bedarf es einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung. Zu einer bürgerfreundlichen Justiz gehört auch, dass Gerichtsurteile zugänglich gemacht werden und hierfür entsprechende kostenfreie Internetdatenbanken eingerichtet werden. Die Häuser des Jugendrechts als Orte einer organisierten Zusammenarbeit von sozialen Trägern, Polizei und Justiz wollen wir stärken und ausbauen.

GRÜNE Politik setzt im Strafvollzug auf Resozialisierung und Integration. Die Befähigung zu einem Leben ohne Straftaten ist der bestmögliche Beitrag des Strafvollzugs zum Schutz vor weiteren Verbrechen. Wir GRÜNE haben erreicht, dass der Landtag Rheinland-Pfalz eines der bundesweit modernsten und am konsequentesten auf die Wiedereingliederung ausgerichteten Vollzugsgesetze beschlossen hat. Dazu gehört auch, das Übergangsmanagement mit Unterstützungsangeboten vor, während und nach der Haftentlassung zu optimieren.

Eine Unterbringung im offenen Vollzug bereits zu Beginn der Haft kann eine Chance sein, den Abbruch sozialer Beziehungen oder den Verlust des Arbeitsplatzes zu vermeiden. Zudem bietet der offene Vollzug gute Möglichkeiten zur Vorbereitung auf die Haftentlassung. Deshalb wollen wir schrittweise dafür sorgen, dass die Plätze im offenen Strafvollzug deutlich ausgeweitet werden.

Wir haben erreicht, dass die Altersgrenze zur Pensionierung der Bediensteten im Allgemeinen Vollzugsdienst, der mit erheblichen Belastungen verbunden ist, nicht angehoben wurde, und wollen für die Bediensteten im Strafvollzug ein zeitgemäßes Gesundheitsmanagement aufbauen.

Für eine schnelle Feuerwehr und einen funktionierenden Katastrophenschutz Zehntausende ehren- und hauptamtliche Kräfte sorgen im Brand- und Katastrophenschutz, in Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen für die Sicherheit der Menschen in

Rheinland-Pfalz. Landesweit stehen sie für schnelle und kompetente Hilfe in Notfällen. Der Brandschutz kann sich auf die Arbeit von über 55.000 ehrenamtlichen Kräften stützen. Ihre Arbeit gehört zur notwendigen Daseinsvorsorge und braucht im Flächenland Rheinland-Pfalz weiterhin gute Rahmenbedingungen und Unterstützung. Wir GRÜNE stehen dafür, dass die Feuerwehr im Dorf bleibt. Sie garantiert den Schutz der Bevölkerung, trägt zum sozialen Zusammenhalt bei und bereichert das kulturelle Leben in vielen Gemeinden. Zur Unterstützung der Wehren vor Ort wollen wir weiterhin garantieren, dass die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer für Brandschutzaufgaben eingesetzt werden. Wie auch in anderen Bereichen streben wir bei den Feuerwehren eine weitere interkulturelle Öffnung an. Für die Absicherung und Entwicklung ehrenamtlicher Strukturen ist die Nachwuchsarbeit gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels von besonderer Bedeutung. Deshalb wollen wir eine professionelle Unterstützung und Vernetzung der Nachwuchsarbeit ausweiten.

Kampf gegen Rechts

Im Kampf gegen Rechts setzen wir auf eine starke Zivilgesellschaft, denn dieser Kampf ist unser aller Aufgabe. Ob im Internet oder auf der Straße, ob in sozialen Netzwerken oder am Stammtisch: Wir stellen uns rechten Parolen und Ideologien entgegen. Wir GRÜNE setzen uns landesweit und auch vor Ort für breite Bündnisse mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Institutionen und Antifa-Gruppen ein. Aufrufe zu friedlichen Aktionen gegen rechte Aufmärsche dürfen nicht kriminalisiert und Proteste nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Antifaschistischer Widerstand ist legitim und notwendig. Dazu gehört unter anderem auch, dass Menschen zusammenkommen und sich rechten Gruppen friedlich, aber entschieden in den Weg stellen. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum keinen Fuß breit den Neonazis und rassistischen Rechtsparteien zu überlassen: Rheinland-Pfalz stellt sich quer!

Für uns GRÜNE bedeutet der Einsatz für eine offene Gesellschaft gleichzeitig entschieden gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vorzugehen. Jede Form von Menschenfeindlichkeit lehnen wir ab. Antisemitismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung von Obdachlosen, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Altersdiskriminierung, Wohlstandschauvinismus oder Sexismus treten wir überall entschieden entgegen.

Wir wissen aus Studien und aus unserer Alltagserfahrung, wie verbreitet menschenfeindliche Ressentiments bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft sind. Auch den Flüchtlingen, die ihren Weg nach Rheinland-Pfalz finden, begegnen viele Menschen mit diffusen Ängsten oder sogar offener Ablehnung. Das zeigt nicht zuletzt der Zulauf zu rechten, rechtsextremen und rassistischen Bewegungen, wie Pegida, AfD oder „Der dritte Weg“. Hier wird auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und Muslimen populistisch Stimmung gegen die solidarische, tolerante und weltoffene Gesellschaft gemacht. Mit diesen Hasspredigern ist kein demokratischer Staat zu machen. Demokratische Politik hat die Verantwortung, dem offen entgegenzutreten, damit kein gesellschaftliches Klima entsteht, das in offene Feindseligkeit, Übergriffe und Gewalt

umschlägt. Wer menschenfeindliche Ressentiments bedient und daraus politisches Kapital schlagen will, kommt für eine politische Zusammenarbeit mit uns GRÜNEN nicht in Frage.

Wir wollen vor allem die Prävention stärken, um rechtes Gedankengut gar nicht erst entstehen zu lassen. Wer in einer gesellschaftlichen Kultur von Mitbestimmung ernst genommen wird, wird sich nicht für dumpfe rechte Parolen begeistern. Bildung, Aufklärung, Mitbestimmung und die Transparenz staatlichen Handelns sind die Schlüssel für eine starke Zivilgesellschaft. Wir setzen dabei auf Präventionskonzepte mit pädagogisch qualifiziertem Personal, die auf der Ebene menschenfeindlicher Einstellungen ansetzen. Daher haben für uns die Unterstützung des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus sowie des Netzwerks für Demokratie und Courage eine große Bedeutung. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode zusätzliche Finanzmittel für Präventionsmaßnahmen gegen Rechts zur Verfügung gestellt und werden das auch weiter tun.

Verbraucherschutz

Ob es um den Einsatz von Gentechnik geht, um faire Energiepreise, sichere Finanzprodukte, unbedenkliches Kinderspielzeug oder um den digitalen Verbraucherschutz und den Umgang mit den Daten der Menschen: Fast überall sind heutzutage Belange von Verbraucherinnen und Verbrauchern betroffen. Ihre Interessen dürfen den Wirtschaftsinteressen nicht untergeordnet sein.

Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, was genau sie kaufen und sich darauf verlassen können, dass Produkte sicher sind und halten, was sie versprechen. Betrug darf sich nicht lohnen und wer Verbraucherinnen und Verbraucher wissentlich schädigt, muss dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Wir GRÜNE treten für die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher ein. Wir wollen daher die bereits bestehenden Beratungs- und Informationsangebote stärken und ausbauen. Den gesetzlichen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir verbessern und gegen Angriffe wie durch die geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSa verteidigen.

Verbraucherzentralen

Die Verbraucherzentralen sind eine tragende Säule im rheinland-pfälzischen Verbraucherschutz. Sie informieren und beraten die Menschen bei vielen alltäglichen Fragestellungen und sind eine Anlaufstelle für Beschwerden. Um die wichtige Arbeit der Verbraucherzentralen weiter zu verstetigen, haben wir deren Finanzierung in Höhe von jährlich 1,7 Millionen Euro sichergestellt und wollen sie noch weiter ausbauen. In Kooperation mit der neuen Energieagentur haben wir in den vergangenen Jahren auch die Energieberatung gestärkt, damit die Menschen von der Energiewende profitieren und sie mitgestalten können. Die Beratung über Energieeinsparungen, über effiziente Nutzung von Strom, Öl und Gas sowie über Fördermöglichkeiten bei Erneuerbarer Ener-

gien muss auch in Zukunft eine tragende Säule der *Energiewende von unten* sein. (zu *Die Energiewende muss weitergehen* siehe auch S. 11)

Wissen, was drin ist

Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf gute Informationen über die Herstellung und Inhaltsstoffe von Produkten angewiesen. Bei Lebensmitteln wollen viele Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht wissen, ob Gentechnik zum Einsatz kam. Bei Geldanlagen muss klar erkenntlich sein, welche Risiken bestehen. Und bei Textilien steigt die Nachfrage nach sauberen Produkten ohne Gift und ausbeuterische Arbeit. Wir setzen uns daher auf Bundes- und Europaebene vehement für die Ausweitung obligatorischer Produktinformationen ein. Wir wollen eine umfassende, leicht verständliche und schnell erkennbare Darstellung dieser Informationen. (zu *Gutes Essen – für alle* siehe auch S. 28)

Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen nicht nur Transparenz und Informationen, sie brauchen auch echten Schutz. Nicht alles, was die Gesundheit schädigen kann, muss gleich verboten werden – Mündigkeit bedeutet auch, Risiken einschätzen zu können. Aber ob Gift im Spielzeug, schädliche Weichmacher im Plastik oder der Einsatz von Umweltgiften bei der Produktion von Lebensmitteln: Wir setzen uns vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse für strenge Grenzwerte und umfassende Informationspflichten ein. Inhaltsstoffe, die ein unkalkulierbares oder gar lebensbedrohliches Risiko für die Menschen bedeuten, gehören nicht in unsere Produkte. Dem Thema der geplanten Obsoleszenz, also dem einkalkulierten Verschleiß von Produkten, wollen wir in den nächsten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Einen großen Teil unseres Konsums wickeln wir mittlerweile im Internet ab. Damit wird der digitale Verbraucherschutz immer wichtiger. Fragen zu Risiken beim Online-Bezahlen, zur gewerblichen Verwendung von Nutzerdaten oder zu Eigentums- und Nutzungsrechten für Online-Medien sind für uns GRÜNE kein Neuland. Auch in diesem Bereich werden wir uns weiterhin für starke Verbraucherrechte einsetzen. Wir unterstützen die Aktivitäten der rheinland-pfälzischen Verbraucherschutzzentralen, die in diesem Bereich bereits gute Arbeit leisten.

Gutes Essen braucht eine starke Lebensmittelkontrolle

Wir wollen die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit die Lebensmittelkontrolle ihrer wichtigen Aufgabe gerecht werden kann. In Rheinland-Pfalz unterstützt das Landesuntersuchungsamt die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Bewältigung dieser Aufgaben. Seit 2015 wird es von einer neu geschaffenen Stabsstelle unterstützt, die in Krisenfällen die Schlagkraft der Behörden verbessern wird. Insbesondere bei aufwendigen und hoch spezialisierten Lebensmittelkontrollen wollen wir die Kommunen stärker unterstützen. (zu *Nein zur Agro-Gentechnik, Antibiotika-Missbrauch und Pestizidbelastung* siehe auch S. 23)

Drogen- und Suchtpolitik

Unser Ziel ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Suchtmitteln, dazu ist die Kriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten der falsche Weg. Erst wenn Verbote und Strafen nicht mehr im Vordergrund stehen, gibt es Raum und Geld für effektive Hilfe. Wir GRÜNE wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Jugendschutz und Entkriminalisierung. Unser Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren.

Regulieren statt kriminalisieren

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Freigabe von Cannabis mit strengem Jugendschutz und unter staatlicher Kontrolle ein. Der durch die Kriminalisierung entstandene Schwarzmarkt für Cannabis liegt in den Händen der organisierten Kriminalität. Jugendschutz ist hier ein Fremdwort – keine Dealerin und kein Dealer fragt nach dem Personalausweis. Wir wollen erwachsene Konsumentinnen und Konsumenten nicht länger kriminalisieren und dafür sorgen, dass der Schwarzmarkt austrocknet. Damit wollen wir auch die Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Massenverfahren im Bereich von Cannabis entlasten. Als einen allerersten Schritt haben wir deshalb die Eigenbedarfsgrenze in Rheinland-Pfalz von vorher sechs auf zehn Gramm erhöht. Mittelfristig wollen wir ein staatlich reguliertes und überwacht System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis schaffen, bei dem – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie Suchtprävention greifen. Dazu wollen wir uns auch für Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Erhalt und Ausbau von Beratungsstellen und Hilfsangebote für Betroffene

Wer abhängig ist, braucht Hilfe – und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtetes Hilfs- und Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Wir wollen daher die niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die mit den derzeitigen Schwarzmarktbedingungen entstehen, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen entgegentreten. Dazu gehören Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und Informationsmöglichkeiten, die wir durch die Ermöglichung von Substanzanalysen (Drugchecking) ergänzen wollen.

Aufklärung über Medikamentenabhängigkeit, Alkohol- und Nikotinprävention weiterführen und ausbauen

Dem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten und risikoarmen Konsum zum Ziel haben. Wir setzen uns für eine Beschränkung der Alkohol- und Tabakwerbung ein. Wir wollen Jugendliche und junge Erwachsene besser für die Risiken sogenannter Partydrogen und Legal Highs sensibilisieren. Dem Thema Sucht im Alter wollen wir ebenfalls verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Medien- und Netzpolitik

Bürgerinnen und Bürger müssen sich durch die Medien gut informieren können, um sich ihre eigene Meinung zu bilden. Deshalb wollen wir Unabhängigkeit, Vielfalt, Qualität und den Zugang zu Medien on- wie offline garantieren. Wir wollen ein buntes und vielfältiges Internet, denn der freie und gleichberechtigte Zugang zu Medien ist für uns GRÜNE eine wesentliche Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, ob jung oder alt, arm oder reich, Medien kompetent und sorgsam nutzen können.

Internet und digitale Infrastruktur

Die Menschen in Rheinland-Pfalz brauchen einen schnellen Internetanschluss. Mittelständische Unternehmen sind ebenso darauf angewiesen wie Winzerinnen und Winzer, die ihren Wein online vermarkten, oder ländliche Regionen, die angesichts von Abwanderung und demografischem Wandel nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten dürfen.

In den vergangenen Jahren haben wir deshalb das vom Land bereitgestellte Geld für den Ausbau von Breitbandanschlüssen mehr als verdoppelt und konnten die Grundversorgung deutlich verbessern. Über zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Haushalte können heute bereits grundsätzlich auf Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zurückgreifen. Rheinland-Pfalz liegt im Zubau schneller Netze bundesweit auf dem 2. Platz. Nun wollen wir bis Ende 2018 flächendeckend Hochgeschwindigkeitsanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s ausbauen. Auch wenn auf diesem Weg zunächst ein Mix aus verschiedenen Technologien zum Einsatz kommen wird, ist unser langfristiges Ziel, dass der flächendeckende Glasfaserausbau bis zum Gebäude (fibre to the building) so normal wird wie ein Stromanschluss.

Die Gleichbehandlung von Daten im Sinne der Netzneutralität ist für uns ein wichtiges Ziel. Wir wollen freie, öffentlich zugängliche Internetzugänge fördern und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese rechtssicher genutzt und betrieben werden können. Die Freifunk-Initiativen im Land wollen wir bei ihrer Arbeit für frei zugängliche Netze unterstützen. Um unabhängig von großen Softwareherstellern zu werden, wollen wir in der öffentlichen Verwaltung verstärkt auf freie und offene Software (Open Source Software) setzen. Insbesondere an Schulen wollen wir eine konsequentere Umstellung von kommerzieller auf freie Software. Damit ermöglichen wir Schülerinnen und Schülern auch eine Vertiefung des Unterrichtsstoffes zu Hause, ohne dass sie hierfür teure Lizenzen erwerben müssen. (zu *Digitale Medienkompetenz stärken* siehe S. 77)

Rundfunkpolitik

Der neue SWR-Staatsvertrag trägt die Handschrift GRÜNER Regierungsbeteiligungen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Mit ihm haben wir die Grundlagen für einen modernen und multimedialen öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschaffen. Schon vor dem Urteil zum ZDF-Staatsvertrag haben wir in den Gremien des SWR für mehr

Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit, Unabhängigkeit und Transparenz gesorgt. So haben wir beispielsweise mehr Plätze für Frauen in den Rundfunkgremien garantiert und den Einfluss der Politik eingeschränkt. An den öffentlich-rechtlichen Rundfunk können auch deshalb besondere Anforderungen gestellt werden, weil er über allgemeine Beiträge finanziert wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gilt: Qualität vor Quantität. Wir wollen beim SWR einen Leitbildprozess anstoßen, der den Bildungs- und Kulturauftrag stärkt und ökologische Verantwortung des öffentlichen Rundfunks reflektiert.

Durch das Internet können die Haushalte schon jetzt unabhängig von der Zeit und flexibel auf Angebote der Rundfunkanstalten zurückgreifen – deshalb zahlen sie auch den neuen Rundfunkbeitrag. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen das 7-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abschaffen. Gerade das neue Jugendangebot von ARD und ZDF wird als Online-Plattform nur erfolgreich sein, wenn die Online-Angebote länger als sieben Tage im Netz stehen dürfen.

Die Drittsendezeiten in den privaten Fernsehprogrammen wollen wir langfristig als Bereicherung der Vielfalt des Fernsehangebots erhalten. Wir wollen auch die Vielzahl lokaler Bürger- und Campusmedien erhalten und fördern. Medienkompetenz wird gestärkt, wenn Bürgerinnen und Bürger selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote gestalten und sich direkt am medialen Meinungsbildungsprozess beteiligen können.

Jugendschutz für alle Medien weiterentwickeln

In der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) begonnen. Unser GRÜNER Einsatz hat erreicht, dass Interessierte den Entwurf in einem transparenten, breiten und ergebnisoffenen Beteiligungsverfahren kommentieren und bewerten konnten. Damit wurden die Fehler der gescheiterten Novellierung von 2010 vermieden und verlorenes Vertrauen wurde wieder aufgebaut. Diesen Prozess wollen wir weiterführen.

Derzeit entwickeln die Länder den Jugendschutz für Internet und Telemedien, während der Bund für DVDs und andere Trägermedien eigene Regeln aufstellt. Das ist antiquiert und bleibt hinter den Entwicklungen der Medienlandschaft zurück. Wir treten für einen einheitlichen Kinder- und Jugendschutz ein und dafür, dass Bund und Länder sich auf ein möglichst einheitliches Regelwerk verständigen.

5. GRÜN geht's weiter für starke Regionen mit soliden Haushalten

GRÜN geht's weiter – weil gute Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes solide Grundlagen brauchen. Wir bringen die Finanzen des Landes in Ordnung. Nur ein Land, das nicht dauerhaft immer höhere Schuldenberge auftürmt, bleibt auch in Zeiten besonderer Herausforderungen handlungsfähig. Deshalb haben wir GRÜNE den Landeshaushalt konsequent in Ordnung gebracht und das Haushaltsdefizit in nur fünf Jahren um über eine Milliarde Euro verringert. Mit uns gibt es keine Verschwendung von Steuergeldern für sinnlose Prestigeprojekte mehr. Wir haben die Effizienz gesteigert, die Ausgaben gezügelt und die Einnahmen gestärkt. Gleichzeitig investieren wir in die Zukunftsbereiche Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit. So sichern wir dauerhaft die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung. Für viele öffentliche Aufgaben brauchen wir handlungsfähige Gemeinden, Städte und Kreise als starke Basis. Kommunen schaffen Raum für gute Schulbildung und den Sport, sie verantworten Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung, bringen Flüchtlinge unter und sorgen für öffentliche Infrastruktur. Wir GRÜNE wollen deshalb Hilfen des Landes zum Schuldenabbau in den Kommunen ebenso fortführen wie die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Mit übergreifenden Ansätzen und einer Kooperation des Landes mit den Kommunen begegnen wir auch den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Unsere Gesellschaft wird älter und bunter. Weniger Kinder stehen mehr älteren Menschen gegenüber. Dazu kommen die zugewanderten Bürgerinnen und Bürger, die hier mit ihren Familien dauerhaft leben. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel aktiv gestalten. Er betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Wir wollen heute gute Bedingungen schaffen, damit gesellschaftliche Teilhabe und gute Lebensbedingungen für alle auch morgen bestehen bleiben.

Schon jetzt gibt es Regionen in Rheinland-Pfalz, die von einem starken Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet sind. Wir GRÜNE wollen dort mit kreativen Lösungen möglichst viel an Grundversorgung erhalten.

Deshalb wollen wir das in dieser Legislatur begonnene Modellprojekt „Starkes Land – starke Kommunen“ fortsetzen und ausbauen, um die Lebensqualität und die Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu erhalten. Die bisherigen fünf Modellregionen des Landes wollen wir erweitern. Wir setzen auf intensive und dauerhafte interkommunale Zusammenarbeit und eine effiziente und abgestimmte regionale Infrastrukturförderung.

Haushalt und Finanzen – solide und nachhaltig

Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik funktioniert nur mit starken GRÜNEN. Mit uns werden der nächsten Generation in Rheinland-Pfalz keine Schuldenberge hinterlassen. Seit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN befindet sich Rheinland-Pfalz auf einem Konsolidierungskurs. Wir haben den Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse geebnet. Wir haben das strukturelle Defizit von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf

400 Millionen Euro im Jahr 2016 zurückgeführt. Trotz des deutlichen Fortschritts ist der Konsolidierungsprozess noch nicht abgeschlossen. Deshalb müssen wir auch in Zukunft Ausgaben senken, Einnahmen steigern und die Effizienz staatlichen Handelns erhöhen. Mit uns GRÜNEN wird spätestens 2020 der Landeshaushalt strukturell ausgeglichen sein.

Wir wollen sichere Einnahmen für Rheinland-Pfalz

Bei der kommenden Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen werden wir GRÜNE besonders darauf achten, dass die Länder und Kommunen eine spürbare Verbesserung ihrer Einnahmen erfahren. Deshalb wollen wir die Überführung des Solidaritätszuschlages in die Einkommens- und Körperschaftsteuer. Wir setzen uns dafür ein, dass die Altschulden von Ländern und Kommunen auf solidarischem Wege abgebaut werden, um die Zinslasten der öffentlichen Haushalte zu senken. Wir wollen, dass die kommunale Finanzkraft eine wichtige Rolle bei der Verteilung der Mittel des Länderfinanzausgleichs spielt, denn die hohe Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen stellt auch das Land vor große Herausforderungen.

Bei der Neuregelung wollen wir darüber hinaus, dass Anreize für die Länder geschaffen werden, die eine effektive Steuerfahndung für sie lohnenswert machen. Bei der Sozialgesetzgebung brauchen wir eine stärkere Beteiligung des Bundes. Ganz im Sinne von „Wer bestellt soll auch bezahlen!“ fordern wir die Einführung des Konnexitätsprinzips auch für den Bund. Damit entlasten wir unsere Kommunen zum Beispiel bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich wollen wir, dass die Länderparlamente beteiligt werden und ihre Budgetrechte gewährleistet bleiben.

Einer Politik der Steuersenkungen auf Pump und auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit, die vor allem höhere und höchste Einkommen entlastet, lehnen wir ab. Wir wollen verlässliche Grundlagen für die Finanzierung staatlicher Aufgaben erhalten und dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir wollen daher die Erbschaftsteuer erhalten und reformieren und die Vermögenssteuer wieder einführen. Beides sind wichtige Landessteuern. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich auseinander gegangen. Mit den höheren Einnahmen aus der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der erneuerten Erbschaftsteuer wollen wir kleinere und mittlere Einkommen begünstigen und notwendige Investitionen in gute Bildung und Ausbildung, öffentliche Infrastruktur, Umwelt- und Klimaschutz tätigen. Wir GRÜNE wollen damit auch den Menschen bessere Bildungs- und Startchancen ermöglichen, die nicht von Erbschaften profitieren und nicht reich geboren sind. Wir wollen Steuervermeidung erschweren und Steuerhinterziehung bekämpfen.

Die rheinland-pfälzische Finanzverwaltung leistet im Umgang mit den häufiger werdenden Selbstanzeigen hervorragende Arbeit. Wir wollen die Steuerfahndung und Betriebsprüfung weiter stärken, indem wir deren Fort- und Weiterbildungsangebote verbessern. Den Stellenbedarf und die Stellenentwicklung in der Finanzverwaltung wollen wir regelmäßig überprüfen und anpassen sowie gegebenenfalls neue Betriebsprüfer und Steuerfahnder einstellen. Denn eine gut funktionierende Steuerverwaltung bringt mehr ein, als sie kostet.

Schluss mit Steuergeldverschwendung für Prestigeprojekte

Wir wollen Steuergelder sinnvoll einsetzen. Deshalb muss jedes neue Projekt in Rheinland-Pfalz von Beginn an einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden. Wir haben den Landeshaushalt auf Verschwendungen durchforstet. Mit der Veräußerung des Nürburgrings und des Regionalflughafens Zweibrücken ist es uns gelungen, die jahrelange Subvention solcher Projekte mit Steuergeldern zu beenden. Der Nürburgring und die Formel 1 kosten die Steuerzahler aufgrund unseres GRÜNEN Einsatzes keinen Cent mehr. (zu *Solide Finanzierung für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur* siehe auch S. 36)

Der Flughafen Hahn befindet sich derzeit in einem Umstrukturierungsprozess mit dem Ziel, ohne neue Steuergelder auszukommen. Um solche Fehlentwicklungen künftig zu verhindern, wollen wir die landeseigenen Betriebe und Gesellschaften durch einen Beteiligungsausschuss verstärkt parlamentarisch kontrollieren und Landesbeteiligungen transparenter und nachvollziehbarer machen.

Gerechte und transparente Haushaltspolitik

Wir sehen Gender Budgeting als Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und zur Erhöhung der Transparenz des staatlichen Budgets. Unser Leitgedanke dabei ist, die Geschlechterwirkung des Haushalts sichtbar zu machen. Wir wollen in Modellprojekten prüfen, inwieweit der Landeshaushalt der Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit entspricht. (zu *Frauen- und Gleichstellungspolitik* siehe auch S. 54)

Wir wollen einen verständlichen und transparenten Landeshaushalt. Jede interessierte Bürgerin und jeder interessierte Bürger muss sich schnell im Landeshaushalt zurechtfinden können. Deshalb haben wir GRÜNE großen Wert darauf gelegt, dass der gesamte Haushalt für jede und jeden online zugänglich und anschaulich dargestellt ist. Wir treten für eine zielgerichtete Modernisierung des Haushaltsrechnungswesens und für eine Haushaltsrechtsreform auf Landesebene ein. Es muss sichtbar und verständlich werden, wie viel und wofür in den öffentlichen Haushalten Geld ausgegeben wird, welche Folgekosten bei Projekten und Maßnahmen entstehen und ob verborgene Kosten bestehen. (zu *Demokratie und Beteiligung* siehe auch S. 83)

Zukunftsfähige Landesverwaltung

Ein großer Teil des Konsolidierungsbeitrags des Landes entfällt auf den Personalbereich. Wir GRÜNE wissen, dass wir den Landesbeschäftigten viel abverlangt haben. Deshalb wollen wir unsere Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten in den nächsten Jahren mit konkreten Schritten zeigen. Wir wollen ein umfassendes Gesundheitsmanagement aufbauen. Außerdem wollen wir GRÜNE die Arbeitswelt unserer Beamtinnen und Beamten moderner gestalten. Dies kann Modelle für flexible Altersteilzeit beinhalten, aber auch einfachere Möglichkeiten des Wechsels aus und in das Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

Starke Kommunen

Unsere Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger da. In den Städten, Kreisen und Gemeinden wird Politik für die Menschen unmittelbar erfahrbar. Hier werden aus abstrakten Programmen wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung, bei der Jugend- und Sozialarbeit oder beim Sport konkrete Angebote für die Menschen. Wir GRÜNE stehen für eine offene Kommune, in der sich Politik und Verwaltung im steten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern befinden. Die Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Dienstleistungen bürgernah und bürgerfreundlich anzubieten. Sie sind bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Aufgaben wie beispielsweise der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen unverzichtbar. Gerade deshalb braucht unser Land starke Kommunen mit stabilen und verlässlichen Einnahmen. Wir haben den Kommunen in den vergangenen fünf Jahren über eine halbe Milliarde Euro mehr zukommen lassen. Diesen Weg einer kommunalfreundlichen Politik wollen wir konsequent weiter beschreiten. Wir wollen durch einen kommunalen Sicherungsplan erreichen, dass die Kommunen von ihren Schulden entlastet werden, die Einnahmen verlässlicher werden und nicht immer neue Aufgaben ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen werden. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ausweiten.

Kommunalreform – mutig und bürgernah

Wir GRÜNE wollen eine Kommunalreform, die mutig ist. Das Leitbild unserer Politik für starke Kommunen ist die Absicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale Strukturen wandeln sich beispielsweise durch den Bevölkerungsrückgang in vielen Landesteilen und die Lage der kommunalen Finanzen. Sie müssen mit sich verändernden Anforderungen an eine moderne Verwaltung Schritt halten, beispielsweise mit den Möglichkeiten der heutigen Informations- und Kommunikationstechnologien. Kaum ein Land in der Bundesrepublik hat so kleine Ortsgemeinden, Kreise und kreisfreie Städte wie Rheinland-Pfalz. Die Herausforderungen der Zukunft erfordern eine Optimierung der bestehenden kleinteiligen kommunalen Strukturen in Rheinland-Pfalz. Durch neue technische Möglichkeiten, eine Verbesserung von Verfahrensabläufen, Verwaltungsprozessen und der Organisation kommunaler Behörden ist es möglich, dass in größeren Einheiten eine Verbesserung der Bürgernähe und des Bürgerservices erreicht werden kann.

Uns GRÜNEN ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Reformprozess wichtig. Die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ hat für die Weiterentwicklung der Kommunalreform wegweisende Empfehlungen für den Beteiligungsprozess ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage wollen wir erreichen, dass flächendeckend konstruktive Bürgerbeteiligungsprozesse durchgeführt werden können. Wir GRÜNE haben bereits 2008 die bisher weitestgehenden Vorschläge aller Parteien für eine Reform auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte vorgelegt. Wir wollen die Verwaltungskosten über alle Ebenen, insbesondere die Zahl der Kreise und kreisfreien Städte, reduzieren. Wir GRÜNE setzen auf eine breite und frühzeitige Bürgerbeteiligung zur zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform. Nach diesem grundlegenden

Dialogprozess der Bürgerinnen und Bürger zur Ausgestaltung der Reform sollen die Menschen vor Ort mitentscheiden, wie die sich daraus ergebenden Zuordnungen gestaltet werden. (zu *Demokratie und Beteiligung* siehe auch S. 83)

Die Zuschnitte der Landtagswahlkreise in Rheinland-Pfalz sind aufgrund des demografischen Wandels auf Dauer nicht verfassungsgemäß. In der vergangenen Wahlperiode wurden Wahlkreisreformen für die Landtagswahl 2016 durchgeführt, um die im Landeswahlgesetz vorgeschriebene Mindestgröße je Landtagswahlkreis sicherstellen zu können. Dies reicht aber für die nächsten Jahre nicht aus. Auch wurden Wahlkreise neu gebildet, die die gewachsenen regionalen Bezüge unzureichend abbilden. Wir wollen daher in der kommenden Wahlperiode eine umfassende Wahlkreisreform unter Einbeziehung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entwickeln und umsetzen.

Kommunalfinanzen

Wir wollen lebenswerte Kommunen in Rheinland-Pfalz. Deshalb müssen unsere Kommunen über eine angemessene Finanzausstattung verfügen. Die Kommunen können am besten auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort reagieren. Wir haben ihre Handlungsmöglichkeiten mit zahlreichen Reformen in der letzten Legislaturperiode deutlich ausgedehnt.

Mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs haben wir für eine spürbare und nachhaltige Entlastung der Kommunen gesorgt. Insgesamt wird die Summe der Gelder, die unter den Kommunen verteilt werden, bis zum Jahr 2016 um über eine halbe Milliarde Euro aufgestockt. Zusätzliche Mittel fließen vor allem in die Landkreise und kreisfreien Städte, um die stark gestiegenen Aufgaben im sozialen Bereich schultern zu können. Mit dieser Reform wird endlich mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Mittel zwischen Land und Kommunen, aber auch zwischen den Kommunen hergestellt. Wir GRÜNE wollen perspektivisch die Methode der Verteilung der Mittel auf ein Verfahren umstellen, bei dem klare und nachvollziehbare Kriterien die Grundlage sind. Indikatoren für den Finanzbedarf können dabei beispielsweise die Einwohnerzahl sein, die Anzahl der Erwerbslosen oder die Zahl der Kinder in der Gemeinde. Mit dem kommunalen Entschuldungsfonds unterstützt das Land die Kommunen jährlich mit rund 85 Millionen Euro bei der Verringerung ihrer Kredite. Dazu gehört auch, dass die beteiligten Kommunen selbst zur Senkung ihres Defizits beitragen, beispielsweise mit einer Anpassung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Wir wollen den kommunalen Entschuldungsfonds fortführen.

Der Bund darf sich bei gesamtgesellschaftlichen Aufgaben nicht zu Lasten der Kommunen seiner Finanzverantwortung entziehen. Unsere Kommunen brauchen beispielsweise eine bessere Unterstützung des Bundes bei den großen gesamtstaatlichen Herausforderungen, unter anderem der Eingliederung von Menschen mit Behinderung und den Hilfen für Flüchtlinge.

Kommunale Förderprogramme weiterentwickeln

Wir wollen die Entwicklung unserer Kommunen gezielt fördern. GRÜNE Stadt- und Dorfentwicklung ist nachhaltig, ökologisch und steigert die Lebensqualität in unseren Gemeinden. Mit kommunalen Förderprogrammen und Landeswettbewerben wie „mehr MITTE bitte!“ oder „Starke Kommunen – Starkes Land“ wollen wir den Ausbau der Zusammenarbeit von Kommunen zur nachhaltigen Erfüllung ihrer Aufgaben und unsere Leitlinie Innen- vor Außenentwicklung fördern. Der demografische Wandel macht nicht vor unseren Kommunen halt. Das ist uns bewusst. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel gestalten. Deshalb muss in die bestehende Förderstruktur unseres Landes eine Komponente eingeführt werden, die Gemeinden mit starkem Bevölkerungsrückgang bei den notwendigen Anpassungsleistungen unterstützt. *(zu Stärkung des ländlichen Raums siehe auch S. 25)*

6. GRÜN denkt weiter – grenzüberschreitend, global und europäisch

GRÜN geht's weiter – weil wir eine Politik brauchen, die über den Tellerrand hinausweist und rheinland-pfälzische Politik in europäischer sowie globaler Verantwortung gestaltet. „Global denken, lokal handeln“ – dieses Motto der Bewegungen, aus denen wir GRÜNE hervorgegangen sind, ist heute aktueller denn je.

Rheinland-Pfalz mit seiner Einbindung in grenzüberschreitende europäische Regionen braucht eine starke, demokratische und solidarische Europäische Union. Wir GRÜNE stehen zu unserer globalen Verantwortung für eine nachhaltige, friedliche und solidarische Entwicklung – auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Die Folgen von Krieg, Armut und Klimawandel zeigen, dass es höchste Zeit ist für eine konsequente Friedenspolitik und eine ebensolche Entwicklungszusammenarbeit.

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz endlich atomwaffenfrei wird. Mit der von uns GRÜNEN durchgesetzten Gründung der rheinland-pfälzischen Friedensakademie leistet das Land einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung. Die Chancen der Umwandlung ehemaliger Militärstandorte für neue, sinnvolle Nutzungen wollen wir ergreifen. Deshalb wollen wir die Konversion fortführen und stärker den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort anpassen.

Europa

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Aber tragende Werte – Freiheit, Solidarität, Demokratie und Achtung der Menschenwürde – stehen vor einer großen Bewährungsprobe. Der europäische Umgang mit der Wirtschaftskrise hat ebenso wie die anhaltende Herausforderung von weltweiten Fluchtbewegungen deutlich gemacht, dass sowohl das Fundament des europäischen Einigungsprozesses als auch seine Errungenschaften keineswegs selbstverständlich und aktuell sogar bedroht sind. Dazu trägt auch die deutsche Bundesregierung bei, die nicht zuletzt mit ihrer einseitigen Sparpolitik die Legitimationskrise der EU verstärkt hat. Der menschenunwürdige Umgang mit Flüchtlingen in einigen europäischen Ländern ist für uns ein weiteres, konkretes Alarmsignal. Die nationale, ja mancherorts nationalistische Rhetorik in den Mitgliedstaaten nimmt zu und die Abschottungstendenzen werden größer – auch bei uns in Deutschland. Dem wollen wir uns entschieden entgegenstellen. Die Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts war, dass Frieden und Stabilität nur durch europäische Solidarität gewährleistet werden können, niemals durch nationale Alleingängen und Egoismen. Dies gilt auch bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen. Dabei dürfen europäische Bürgerrechte und die Freiheit auch im Streben nach mehr Sicherheit nicht geopfert werden.

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Tagtäglich pendeln viele tausend Menschen in den Grenzgebieten mit Frankreich, Luxemburg und Belgien und erfahren, was sie an der Europäischen Union haben. Gerade wir Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer wissen, dass ein friedliches Miteinander und ein ungehinderter Grenzübergang kostbare Güter sind. Wir GRÜNEN wollen daher keinen Zweifel daran lassen, dass wir die Europapartei

sind: Nur eine starke, demokratische und solidarische EU ist der Garant dafür, dass die Teilung des Kontinents und der Rückfall in nationalstaatliches Denken und Nationalstaaterei mit sämtlichen verheerenden Wirkungen dauerhaft der Vergangenheit angehören.

Unser Bekenntnis zu Europa ist auch ein politischer Auftrag: Wir wollen Europa weiterentwickeln. Europa ist mehr als nur ein Wirtschaftsraum, es muss eine soziale und eine politische Union sowie international eine Zivilmacht werden. Wir streiten leidenschaftlich für mehr Demokratie und mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger in der EU und für mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der vielfältigen Krisen. Mit unserem Konzept des „Green New Deal“ legen wir GRÜNE als einzige Partei einen umfassenden Vorschlag zur ökologischen und sozialen Fortentwicklung Europas vor. Wir wollen die Ursachen der vielgestaltigen europäischen Krise an der Wurzel packen mit unseren GRÜNEN Alternativen zu einer Krisenpolitik, die ohne langfristige Perspektive und ohne Blick für das Ganze auf Probleme reagiert. Zur europäischen Solidarität gehört für uns auch, dass Europa politisch Verfolgte willkommen heißt und die Lasten, die durch Flucht und Migration für einzelne Mitgliedstaaten entstehen, gemeinsam trägt. Die Antwort Europas auf internationale Konflikte darf nicht der Ruf nach immer neuen und von Mal zu Mal martialischeren Militäreinsätzen sein. Der Friedensnobelpreisträger EU sollte vielmehr besonnen reagieren und auf allen Ebenen seine zivilen Fähigkeiten ausbauen und zum Einsatz bringen, um Kriege, Terror und deren Ursachen zu überwinden. Und die EU sollte ihren Teil dazu beitragen, dass Waffenexporte eingeschränkt und die Finanzquellen despotischer und terroristischer Regime ausgetrocknet werden. Europafeindlichen und populistischen Stammtischparolen treten wir entschieden entgegen und verteidigen die europäische Wertegemeinschaft. Statt sich abzuschotten muss Europa mehr tun und eine aktive Rolle spielen, um international Fluchtursachen zu bekämpfen. (zu Integrations- und Flüchtlingspolitik siehe auch S. 41)

Aber Europa ist nicht nur durch rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen bedroht, sondern europäische Politik macht sich selbst durch übertriebene Marktideologie angreifbar. Dann etwa, wenn die mitgliedstaatliche Ausgestaltung der Daseinsvorsorge – wie die Wasser- Abfall- oder Energieversorgung oder der öffentliche Nahverkehr sowie die Kultur und Bildung – in Gefahr gerät. Der erfolgreiche Kampf der europäischen Bürgerinitiative „Right2water“ gegen die beabsichtigten Privatisierungsbemühungen der Europäischen Kommission, den wir GRÜNE von Anfang an aktiv mitgetragen haben, ist ein gutes Beispiel dafür. (zu Gewässerschutz und Wasserversorgung siehe auch S. 18)

Unser Engagement für ein besseres Europa ist auch der Grund, weshalb wir TTIP – ein Freihandelsabkommen mit den USA-, das Mehrstaaten-Dienstleistungsabkommen TISA sowie das fertig verhandelte Abkommen mit Kanada, CETA, in ihrer jetzigen Ausgestaltung ablehnen. Freihandel und wirtschaftlicher Austausch sind eine wichtige Grundlage für Wohlstand, aber weder Demokratie, noch Arbeits- und Sozialstandards oder Verbraucher- und Umweltschutz dürfen dabei auf der Strecke bleiben. Demokratie braucht Transparenz – auch in der EU. Wir lehnen die Politik der EU-Kommission ab, mit dem

Ansatz „Better Regulation“ die Voraussetzung für TTIP und Ceta durch Deregulierung zu schaffen. Einen Vertrag, der die Handlungsfähigkeit der Kommunen und gesetzgeberische Entscheidungsmöglichkeiten durch Sonderklagerechte für Konzerne, regulatorische Kooperation und Kohärenz oder Liberalisierungsklauseln einschränken könnte, lehnen wir ab. Der von der EU-Kommission vorgelegte Vertragstext für CETA widerspricht GRÜNEN demokratischen Grundsätzen und Zielen in der Umwelt-, Sozial-, Verbraucherschutz-, sowie Datenschutz- und Eine-Welt-Politik. Zudem stellt CETA in weiten Teilen eine Blaupause für TTIP dar. Aus diesen Gründen werden wir als Teil der zukünftigen Landesregierung CETA die Zustimmung verweigern. TTIP auf Basis des derzeitigen Verhandlungsmandates lehnen wir in seiner jetzigen Ausgestaltung ebenfalls ab.

Rheinland-Pfalz und seine Kommunen profitieren von der EU durch vielfältige finanzielle Förderungen. Gelder aus den Strukturfonds der neuen Förderperiode werden wir durch neue und überarbeitete Förderprogramme für die Umsetzung des sozial-ökologischen Wandels nutzen: für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für die Verbesserung unserer Lebensqualität in den ländlichen Räumen, für gute Ernährung und eine nachhaltige Entwicklung der Land-, Wein- und Forstwirtschaft ebenso wie für eine moderne ressourcensparende Industrie und die Unterstützung benachteiligter Gruppen.

Städte- und Gemeindepartnerschaften sowie grenzüberschreitende Kooperationen sind eine wichtige wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung für unser Land, die wir GRÜNE ebenso wie die Begegnung von Menschen durch den Austausch im Bildungs- und Hochschulbereich pflegen und ausbauen wollen. Die bewährte Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnerregionen Opole (Polen), Mittelböhmen und Burgund liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen die europabezogene Bildung im Land stärken und sind froh, dass mit der Einrichtung weiterer Europaschulen 2015 dazu ein wichtiger Schritt erfolgt ist. (zu Eine Schule für alle siehe auch S. 74)

Europapolitik ist Querschnittspolitik und muss immer mitgedacht werden. Europäische Vorgaben setzen oftmals den Rahmen für den Entscheidungsspielraum, den Parlament und Landesregierung haben. Gerade in der Migrations-, Umwelt- und Energiepolitik, welche wir GRÜNE in den vergangenen Jahren erfolgreich gestaltet haben, spüren wir die europäischen Vorgaben. Es ist selbstverständlich, dass wir – nicht zuletzt über den Bundesrat – mit aller Kraft dafür streiten, europäische Politik GRÜNER zu machen. Mit der „Europastrategie“ hat die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode diesem Querschnittsgedanken Rechnung getragen und ihr europapolitisches Leitbild über alle Ressorts hinweg formuliert. Sie wollen wir fortschreiben.

Die eine Welt

Auch ein Bundesland hat eine entwicklungs- und außenpolitische Verantwortung, der wir uns stellen. Entwicklungspolitik ist aktive Friedenspolitik. Im engen Dialog mit den entwicklungspolitisch aktiven Nichtregierungsorganisationen haben wir die Weiterentwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien in Angriff genommen. Wir sehen es aber auch als solidarische Aufgabe der Industrieländer, die Länder des Globalen Südens bei der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Nach wie vor treibt

uns der Grundsatz an: „Global denken, lokal handeln“. Da Land und Kommunen mit ihrer öffentlichen Beschaffung eine große Marktmacht haben, wollen wir diese Stück für Stück nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Mit einer Verwaltungsvorschrift haben wir bereits durchgesetzt, dass keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden dürfen und dass die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bei Ausschreibungen Berücksichtigung finden. Wir wollen nun weiter gehen und zum Beispiel auch eine verbindliche Einhaltung aller IAO-Kernarbeitsnormen per Gesetz festschreiben.

Das Engagement des Landes und die Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen wie dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V., der Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) oder dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) wollen wir ausweiten. Die intensive Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen Partnerland Ruanda ist eine feste Säule rheinland-pfälzischer „Außenpolitik“. Durch zahlreiche dezentrale Initiativen lebt diese Partnerschaft und es findet ein sehr intensiver Austausch zwischen beiden Ländern statt. In der Graswurzelpartnerschaft wird von vielen, vielen Menschen, Vereinen, Kommunen und Organisationen vorbildliche Arbeit geleistet – oftmals ehrenamtlich. Wir wollen diese Partnerschaft weiter ausbauen und stärken und dafür sorgen, dass vor allem junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu engagieren. Als GRÜNE haben wir immer auch den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei Ruandas, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ruanda weiterentwickeln. Wir werden uns deshalb auch weiter für die Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen Menschenrechtsdialog mit der ruandischen Regierung einsetzen.

Friedenspolitik

Mit der im Herbst 2014 gegründeten „Friedensakademie Rheinland-Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung“ haben wir Friedenspolitik in Rheinland-Pfalz einen festen Ort gegeben. Diese Akademie soll die zivilen und präventiven Strategien des Konflikt- und Krisenmanagements stärken.

Mit der Vernetzung der vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen in Rheinland-Pfalz, der Ausbildung und Qualifizierung von Friedensfachkräften sowie der anwendungs- und lösungsorientierten Forschung und Lehre übernimmt die Friedensakademie einen wichtigen Anteil daran, dass Rheinland-Pfalz seinen Beitrag für die Stärkung der weltweiten Friedensarbeit leistet. Auch die intensive Beschäftigung mit Umweltveränderungen als Konfliktursache zeichnet ihre Arbeit aus. Wir wollen sie ausbauen und auch in Zukunft weiter durch das Land finanziell unterstützen – Frieden muss immer wieder neu erarbeitet werden und ist nicht kostenlos zu haben.

Mit großer Sorge sehen wir, dass in Büchel weiterhin Atomwaffen lagern und nun auch noch modernisiert werden sollen. Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ trainieren deut-

sche Pilotinnen und Piloten den Abwurf von Atomwaffen. Nach unserer Überzeugung verstößt die nukleare Teilhabe, die der deutschen Bundesregierung auch ein Mitspracherecht über den Einsatz dieser tödlichen Bomben zuspricht, gegen das Grundgesetz und gegen internationales Recht. Deshalb werden wir nicht müde zu fordern, dass die Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz sofort abgezogen und unschädlich gemacht werden müssen und die Bundesregierung ihre rechtswidrige „nukleare Teilhabe“ endlich aufgibt. Wir GRÜNE werden weiterhin beharrlich auf die Bundesregierung einwirken, endlich ernsthaft mit den USA über den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland zu verhandeln. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie gegenüber den US-Streitkräften vehement und unter Ausschöpfung all ihrer Möglichkeiten die Einhaltung deutschen und internationalen Rechts einfordert. Wir kritisieren die Intransparenz der US-Militärbehörden, wie sie sich beispielsweise wieder im Skandal um möglicherweise aktive Anthrax-Sporen auf dem US-Militärgelände in Landstuhl zeigte. US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz, insbesondere in Ramstein, leisten darüber hinaus einen Beitrag für die Überwachung durch die NSA und für völkerrechtswidrige Drohneinsätze, denen auch viel zu oft Unbeteiligte, Kinder oder ganze Familien zum Opfer fallen. Die aktive und passive Unterstützung des Drohnenkriegs von deutschem Boden aus lehnen wir ohne Wenn und Aber ab und wir werden uns entschieden für die Beendigung dieses Krieges einsetzen.

Zu unserer GRÜNEN Friedenspolitik gehört auch, dass wir Schluss gemacht haben mit der Monopolstellung der Bundeswehr an unseren Schulen. Seit 2011 haben auch die Friedensinitiativen im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung Zugang zum Unterricht, wenn es darum geht, junge Menschen über „Friedens- und Sicherheitspolitik“ zu informieren und neben militärischen Lösungen von Konflikten auch zivile und gewaltfreie Bearbeitungsformen in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass Schule kein Ort für militärische Rekrutierung oder Beeinflussung sein darf. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher in der neuen Wahlperiode kündigen. *(zu Eine Schule für alle siehe auch S. 74)*

Konversion

Die Konversion von militärischen und zivilen Flächen ist eine herausragende Aufgabe der Landespolitik, die wir beherzt voranbringen wollen. Entscheidungen im Hinblick auf Fragen der Militärpräsenz müssen auch volkswirtschaftliche Aspekte mit berücksichtigen. Darum fordern wir die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Studie des Landes. Diese soll exemplarisch in der Westpfalz, der Region mit der größten militärischen Dichte, durchgeführt werden. Mit einer vorausschauenden Konversionspolitik wollen dafür sorgen, dass eine Verringerung der US-Stationierungen in Rheinland-Pfalz keine Bedrohung für einzelne Kommunen und Regionen darstellt, sondern als Chance für einen neuen Schub und neue Wege in der Regionalentwicklung verstanden wird.

Konversion ist für uns eine bedeutende Aufgabe der Strukturpolitik und der Landesplanung mit dem Ziel, Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu schaffen und zu erhalten. Dem Militär überlassene, aber von ihm nicht mehr genutzte Flächen wollen wir daher

aktiv zurückfordern. Eine umweltpolitisch wichtige Aufgabe ist die zeitnahe Identifizierung von militärischen Altlasten durch eine systematische Bestandsaufnahme, um die Bevölkerung vor möglichem Schaden zu schützen und die Verursacher gegebenenfalls rechtzeitig haftbar machen zu können. Die Konversionspolitik vergangener Landesregierungen hat zum Teil gescheiterte Prestigeprojekte hervorgebracht. Wir setzen auf Konversionskonzepte, die zu der jeweiligen Region passen, und Akteurinnen und Akteure vor Ort bei der Konzeption sowie als Beteiligte einbeziehen. Und wir setzen uns ein für eine Umwidmung von Konversionsflächen nach ökologischen und sozialen Maßstäben. *(zu Schutz der Böden und Altlastensanierung siehe auch S. 20)*

Die Umnutzung ehemaliger französischer Militäranlagen zur Landesgartenschau in Landau ist ebenso wie der Umweltcampus Birkenfeld ein Beispiel für gelungene Konversion. Weitere Modellprojekte wollen wir in den kommenden Jahren realisieren, dabei ist vieles denkbar: „grüne“ Stadtviertel, die verkehrsberuhigt sind und auf den demografischen Wandel ausgerichtete Quartierslösungen anbieten, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle bis hin zur Nutzung von Flächen für erneuerbare Energien. Dazu wollen wir bestehende Beratungsstrukturen stärken und ausbauen, um den betroffenen Regionen kompetent zur Seite zu stehen. Aber wir sagen auch ganz klar: Der Bund darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen und sich von Konversionskosten entlasten. Die Gewinne aus der Veräußerung ehemaliger Militärflächen und -Anlagen sollten den betroffenen Bundesländern und Kommunen zur Bewältigung ihrer Konversionsaufgaben zur Verfügung gestellt werden.

